Antifaschistisches INFO BLATT

Nr. 18

Mai/Juni 1992 4,- DM

Ausgang der Kommunalwahlen

Rassistische Überfälle

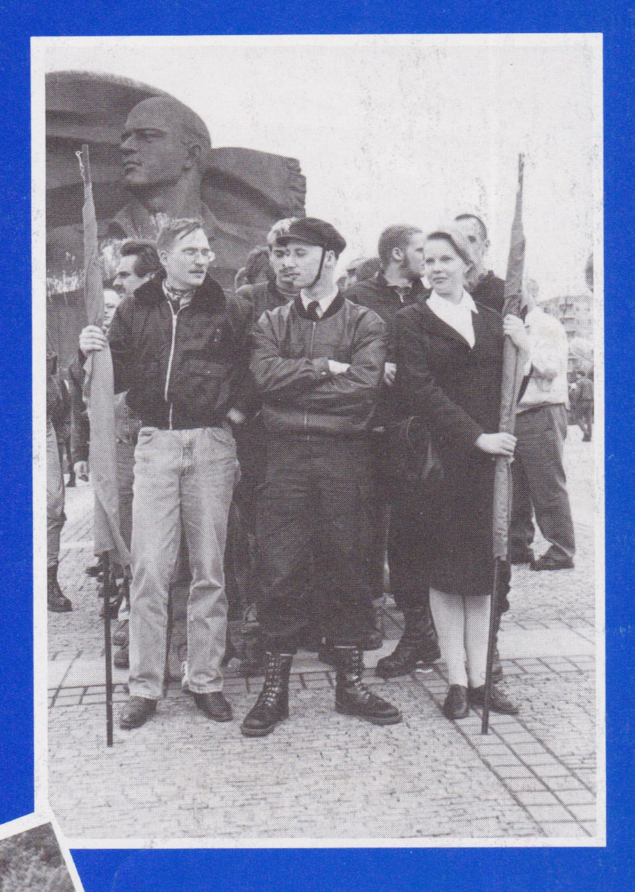
Rassismus und Kriminalisierung der Antifa in den Medien

Antifaschistische Aktivitäten und Aktionen

Berichte aus Schweden und Dänemark

Die »Neue Rechte«

Neues von der GdNF



Die »deutsche Elite« bei der Aufstellung

und beim »heil«losen Abmarsch nach dem Eingreifen durch Antifas

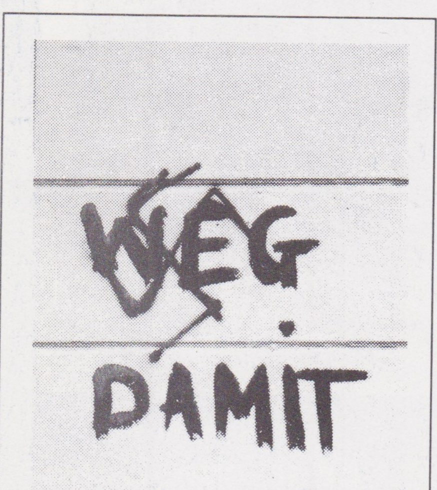
Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen,

das Buch »Drahtzieher im braunen Netz«, an dem ein Teil unserer Redaktion mitgearbeitet hat, ist im März erschienen. Es ist in Teilen der linken und antifaschistischen Presse sehr positiv besprochen worden. Große Beachtung fand auch der Film »Wahrheit macht frei«, der nun endlich – wenn auch zu später Stunde und nur im Kabelfernsehen – im WDR zu sehen war. Seitdem fanden Veranstaltungen zu diesem Thema in einigen Städten der BRD regen Zulauf. Ein großer Teil der Auflage des Buches ist jetzt bereits verkauft. Das bestätigt uns in der Annahme, wie wichtig einerseits fundierte Aufklärungsarbeit über Hintermänner und Organisationen des rechtsextremen Spektrums ist. Darüber hinaus darf die Diskussion über die gesellschaftlichen Ursachen für deren Erstarken und über die praktischen Möglichkeiten antifaschistischer Initiativen nicht zu kurz kommen.

Der Schwerpunktteil dieser Ausgabe, zum Thema »Neue Rechte«, ist umfangreicher als sonst ausgefallen. Die »Neue Rechte« ist innerhalb des rechten Lagers zur vorherrschenden Kraft geworden, sie verfügt nicht nur über ein umfangreiches Netz von Zeitschriften, Stiftungen und Organisationen, ihre Programme und Schlagwörter werden auch von Teilen der der etablierten Politiker und Parteien aufgegriffen. Aufgrund der Wahlkandidatur einiger Gruppierungen aus diesem Spektrum, scheint es uns besonders geboten, ausführlich auf Ideologie und zwei Organisationen der »Neuen Rechten« (Nationalistische Front und Junge Nationaldemokraten) näher einzugehen. Jüngstes Beispiel einer solchen Kandidatur ist das Wahlbündnis »Die Nationalen«, das zu den Berliner Bezirkswahlen antritt. Über die Verhinderung einer geplanten Kundgebung dieser Gruppe mit dem Geschichtsfälscher David Irving, könnt ihr weiter hinten lesen.

Wir berichten wie immer in dieser Ausgabe über eine ganze Reihe antifaschistischer Aktivitäten und versuchen zudem die Diskussion über Antifa fortzusetzen. Dazu gehört auch die Auswertung der Wahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg.

Wegen Umfang und Bedeutung des zusammengetragenen Materials, waren wir gezwungen einen Teil der vorliegenden Artikel auf die nächste Ausgabe, die noch im Sommer herauskommen soll, zu verschieben. Wir bitten bei den AutorInnen um Verständnis und hoffen, daß die Aktualität der Artikel dieser Ausgabe diesen Schritt nachvollziehbar macht. In der nächsten Nummer des Infoblatts wollen wir u.a. die notwendige Diskussion über Antifa fortsetzen und die verschobenen Beiträge bringen.



Antifaschistisches Infoblatt
Nr. 18, Mai 1992
V.i.S.d.P. und Kontaktadresse
L. Meyer
Gneisenaustraße 2a
1000 Berlin 61

Antifaschistisches INFO *im Abo*

Das Antifa-Info ist natürlich auch im Abonnement zu beziehen. Dies geht folgendermaßen: Ihr schreibt uns, ab welcher Ausgabe ihr das Info beziehen wollt und an welche Adresse die Hefte gehen sollen. Dazu könnt Ihr den Bestellvordruck verwenden. Wenn ihr uns den schickt und die passende Knete gleich in den Briefumschlag steckt, kann eigentlich nichts mehr schiefgehen.

Ist Euch das mit dem Bargeld zu unsicher, legt einen Scheck bei. Solltet ihr das Geld lieber überweisen wollen, so ist auch das kein Problem: Wir teilen Euch auf Anfrage mit, wohin die Knete überwiesen werden kann. Wenn Ihr das Geld überweist, unbedingt die Versandadresse mit angeben. Noch eins: Wir schicken nur noch Abos raus, wenn sie bezahlt sind – also Cash im Voraus.

Ein Einzelabo umfaßt fünf Ausgaben und kostet 25,– DM. Die Versandkosten sind darin bereits enthalten. Die Abos werden nicht automatisch verlängert. Über Förderabos für 30.– DM oder mehr freuen wir uns riesig. Ihr unterstützt damit die Antifa-Arbeit und das Erscheinen des Infos.

Für Menschen, die mehr als fünf Exemplare pro Nummer bestellen, für WeiterverkäuferInnen, Info- und Buchläden gibt es bessere Konditionen, also Rabatt: Ab fünf Exemplaren kostet die Nummer 3,60 DM, ab zehn Nummern nur noch 3,20 DM, jeweils plus Versandkosten.

Erscheint 4 bis 6 mal im Jahr
Zu beziehen über:
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

Ein Schwerpunkt wird der irnternationalen Teil bilden, der in dieser Ausgabe zu kurz kommt. Hier liegen u.a. Artikel zur Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft, zum Ku-Klux-Klan und zu Skinhead-Terror in den Niederlanden vor. Zugunsten der Aktualität mußten wir auch wieder das Interview mit dem Antifaschisten Alfred Burger verschieben. Nächstes Mal kommt es aber ganz sicher rein.

Leider lag ein Bericht und eine Stellungnahme zur Aktion, an deren Folgen der DL-Funktionär Gerhard Kaindl starb, nicht mehr vor, obwohl wir diese Aktion bereits diskutiert hatten. Da der Artikel die Diskussion in unseren Reihen voranbringen soll, wird er in jedem Fall nachgeliefert. Wir hoffen, daß diese Diskussion über Methoden und Inhalt antifaschistischen Kampfes bereits jetzt geführt wird.

Solange verweisen wir auf eine vorläufige Stellungnahme der unabhängigen Antifagruppen Berlin, die wenige Tage nach dem Tod Kaindls veröffentlicht wurde. Mittlerweile hat es in Berlin über sieben Haussuchungen gegeben, in deren Verlauf eine Frau vorläufig festgenommen wurde. Offensichtlich ermittelt die Polizei in Richtung türkischer AntifaschistInnen. In dem Artikel »Der Feind steht immer links« könnt ihr Hintergründe dazu schon jetzt finden.

Berlin, 15. Mai 1992 *Eure Info-Redaktion*

Abobestellung

An das Antifa-Info

Gneisenaustr. 2a , 1000 Berlin 61

Ich möchte das Antifa-Infoblatt im Abonnement für fünf Ausgaben zu DM 25,- (incl. Versandkosten) beziehen. Das Abo verlängert sich nicht automatisch.

Bitte sendet mit ab Ausgabe Nr. ____ die weiteren folgenden fünf Ausgaben an die Adresse:

Den Betrag von DM ____ habe ich bar/als Scheck beigelegt.

Für ein Förderabo bekommt Ihr DM ____.

Bitte schickt mir für DM 4,- DM pro Heft folgende alte Ausgaben. ____

Den Betrag von DM ____ habe ich bar/als Scheck beigelegt.

Aus dem Inhalt

Die Aufgaben der Linken in der BRD

Die innenpolitische Situation nach den Wahlen und den Streiks



Die innenpolitische Situation bietet im Frühjahr 1992 ein widerspruchsvolles Bild: Einer allgemeinen Rechtsentwicklung, wie sie bei den Wahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein und in der Debatte über das Asylrecht zum Ausdruck kommt, steht die größte Streikbewegung im Öffentlichen Dienst seit Bestehen der BRD gegenüber. Die Mehrheit der Beschäftigten ist nicht bereit, sich im »nationalen Interesse«, für den »Aufbau im Osten«, ein Lohnverzicht diktieren zu lassen. Beide Ereignisse, sowenig sie unmittelbar miteinander zu tun haben, zeigen die Schwierigkeiten auf, in denen sich die Koalition befindet. Rapide ist das Ansehen und die Autorität der Regierung bei den Wählern und in der arbeitenden Bevölkerung gesunken.

Außenminister Genscher ist nach 23 Jahren der Regierungsmitgliedschaft zurückgetreten. Er ahnt oder weiß, daß die Zeit seiner »Erfolge« ihrem Ende zugeht. Auseinandersetzungen und Streitereien in und zwischen den Koalitionsparteien nehmen zu. Die Verbände von Unternehmern und Industrie bescheinigen der Regierung, daß sie die ihr gestellten Aufgaben nicht lösen konnte. Die Diskussion über die Bildung einer großen Koalition wird in allen Parteien geführt. Die BRD steht – anderthalb Jahre nach der Vereinigung – vor tiefgreifenden Änderungen und Erschütterungen, die auch die jetzige Regierungskoalition ins Wanken bringen kann.

Zum Zeitpunkt, da wir die Erstellung der neuen Ausgabe abschließen, ist der ÖTV-Streik gerade beendet. Die Mitglieder der Gewerkschaft haben den ausgehandelten faulen Kompromiß in einer Urabstimmung mit Mehrheit abgelehnt. Harte Tarifauseinandersetzungen in der Metall- und Druckindustrie scheinen noch bevorzustehen. Die Zeit der sozialen Ruhe, des »friedlichen« Ausgleichs der Klasseninteressen geht ihrem Ende entgegen. Wenn dies auch noch keine unmittelbaren politischen Auswirkungen hat, so liegt doch hier eine längerfristige Chance und Aufgabe für uns und die verbliebene Linke. Im Streik stehen KollegInnen verschiedener Herkunft und Nationalität für ihr gemeinsames Interesse ein. Hierbei wird Solidarität praktisch erfahrbar. Diese praktische Erfahrung ist oft mehr wert als die vielen Flugblätter und Propagandaschriften.

Wir werden uns bemühen, in den nächsten Ausgaben ausführlicher über die sozialen Konflikte und die innenpolitische Situation zu berichten. Im folgenden geht es um die Schlußfolgerungen aus den Wahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Die aktuellen Ereignisse konnten wir noch nicht berücksichtigen.

Zum Wahlausgang in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein

Alle, die sich in der vergangenen Zeit selbstzufrieden zurückgelehnt hatten in der vermeintlichen Gewißheit, das Erstarken faschistischer Parteien sei eine Übergangserscheinung, sind nun Lügen gestraft. Die Wahlschlappen von REPUBLIKANERn und DVU waren vorübergehender Natur und keine Anzeichen für einen Rückgang der Rechtsentwicklung der neuen BRD. Während die Politik der Herrschenden so rassistisch und auf deutsche Großmachtpolitik bedacht ist, bescheren 15% der WählerInnen in Baden-Württemberg, bzw. 10% in Schleswig Holstein den faschistischen Parteien das beste Wahlergebnis seit 1945. Politik und Medien reagieren in mittlerweile schon gewohntem Maße hilflos und beruhigen mit der Mär vom Protestwähler vor allem sich selbst. Zur Erinnerung: Als 1928/29 die NSDAP ihre ersten Wahlerfolge errang, prophezeiten die bürgerlichen

Parteien, wie auch SPD und KPD, deren baldigen Niedergang. Daran hielten sie bis zu jenen verhängnisvollen Wahlen im Januar 1933 fest.

Für uns besteht kein Anlaß uns nun ebenfalls selbstzufrieden zurückzulehnen und zu sagen: *»Seht ihr, wir haben es doch schon lange vorrausgesagt.«* Entscheidend ist, daß die antifaschistische Bewegung diesen Rechtsruck nicht verhindern konnte, daß sie nicht in der Lage war die Kreise der Bevölkerung zu erreichen, die sich von den Neofaschisten beeinflußen lassen, daß die Linke nicht in der Lage ist in gesellschaftliche und soziale Auseinandersetzungen einzugreifen und Alternativen zu Nationalismus und Rassismus glaubwürdig aufzuzeigen. Es ist also höchste Zeit für eine ehrliche Analyse der politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, sowie der Politik antifaschistischer Initiativen und Kräfte.

1. Wir stehen erst am Beginn eines Prozesses, in dem faschistische Politik eine Massenbasis in der BRD gewinnen kann.

2. Die bürgerlichen Parteien und die meinungsführenden Medien versuchen der Konkurrenz von ganz rechtsaußen durch Übernahme von Forderungen und Inhalten des faschistischen Spektrums zu begegnen – mit dem Erfolg einer verbreiterten Legitimationsbasis für neofaschistische Parolen.

3. In der arbeitenden Bevölkerung ist eine weitgehende Rat- und Orientierungslosigkeit vorhanden. Die übergroße Mehrheit läßt die Versclechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen immer noch passiv über sich ergehen.

4. Die Nutznießer dieser Entwicklung sind faschistische Parteien und Organisationen von den REP bis zur NSDAP/AO, die konservativen Scharfmacher in den Regierungsparteien, sowie die Unternehmerverbände. (siehe Artikel in diesem Heft: Die Reaktion auf dem Vormarsch)

5. AntifaschistInnen sind in der BRD eine kleine Minderheit, was nicht gleichzeitig bedeutet, daß die Mehrheit neofaschistisch eingestellt ist. Die Politik antifaschistischer Initiativen erreicht nur einen kleinen Teil der Bevölkerung.

6. Erfolge zeigt die antifaschistische Arbeit dort:

– wo die Gegenwehr und Überzeugungsarbeit geleistet wird, die im Rahmen der eigenen Kräfte möglich ist und auch dort politisch agiert wird, wo Rechte rekrutieren.

– wo nicht mit für die Bevölkerung schwer verständlichen Parolen aufgetreten wird, sondern wo Offenheit besteht zum Dialog, um voneinander zu lernen und die verschiedenen Ansichten, Nöte und Ängste ernst genommen werden.

– wo wir eine Austrahlungskraft besitzen, weil wir unsere Vorstellungen von einem selbstbestimmten Leben, von solidarischen Verhalten untereinander, praktizieren und der herrschenden Leistungsideologie entgegenhalten.

Die Linke in der BRD ist weitgehend zerfallen. Von den heute bestehenden Antifa-Gruppen zu erwarten, sie könnten auf sich alleine gestellt den Rutsch nach rechts stoppen, wäre eine gefährliche Illusion. Die Orientierung einer neuen Linken, und damit auch der Antifa, ist untrennbar verbunden mit der Zunahme von ausgetragenen sozialen Konflikten und Klassenauseinandersetzungen.

Erst wenn es für die Bevölkerung erfahrbar wird, daß es besser ist, die eigenen Interessen selbst in die Hand zu nehmen, solidarisch auch mit Immigrant- Innen und Flüchtlingen, entsteht eine Basis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus. Wir erwarten in diesem Prozeß keine schnellen spektakulären Erfolge, sondern können uns einen Fortschritt nur in Form einer beharrlichen, alltäglichen Überzeugungsarbeit bei gleichzeitig lebendigem Widerstand vorstellen.

Dazu gehört auch, daß die Antifa-Gruppen untereinander von den Erfolgen und Mißerfolgen aus der antifaschistischen Praxis lernen, verstärkt zusammenarbeiten, um sich gegenseitig zu unterstützen. Gerade in der Zusammenarbeit von Antifa-Gruppen in einigen Regionen der BRD sind in letzter Zeit einige Fortschritte erzielt worden und auch an einer bundesweiten Vernetzung der unabhängigen und autonomen Antifa-Gruppen wird gearbeitet.

Das Antifa-Info soll in diesem Sinne ein Werkzeug für alle Interessierten sein. Wir werden uns auch weiterhin bemühen, gut recherchierte Hintergrundartikel zu veröffentlichen, die als eine Wissensgrundlage in der alltäglichen Auseinandersetzung dienen können. Darüberhinaus haben wir ein Interesse daran, die Diskussion für einen effektiven Widerstand verstärkt öffentlich zu führen. Wir halten einen nach außen dargestellten Einheitsbrei für wenig produktiv und streben eine lebendige Auseinandersetzung an, die ohne die Drohung des Entzuges der gegenseitigen Solidarität geführt wird. ■

1. Mai – Chaotenfrei ???

Im Vorfeld der berliner Wahlen zu den Bezirksverordneten-Versammlungen versuchten faschistische Parteien mit Kundgebungen und Demonstrationen auf sich aufmerksam zu machen. Am 1. und 8. 5. konnten die Antifaschisten ihre Aufmärsche verhindern.

Unter diesem Motto hat die FAP in diesem Jahr zu einer Demonstration am Tag der nationalen Arbeit aufgerufen. Der angemeldete Treffpunkt war 15.00 Uhr am S-Bhf. Ernst-Thälmann-Park in Berlin-Prenzlauer Berg. Innerhalb eines Tages lief die Gegenmobilisierung und – um es vorweg zu nehmen – sie endete mit einem vollen Erfolg.

Was spielte sich genau ab?

Ab 13.00 Uhr trafen die Nazis vereinzelt am S-Bhf. ein. Einer der ersten war der FAP-Vorsitzende FRIEDHELM BUSSE, der zusammen mit MIRKO TAMBACH, einem der verdeckt arbeitenden Kader der Berliner JN, zum Treffpunkt gekommen war. Tambach verdiente sich seine ersten Sporen bei den Hooligans des Ost-Berliner Fußballklubs 1.FC Union und kam nach der Maueröffnung über die Junge Union zur JN. Obwohl die FAP die Demo organisiert hatte, war das gesamte Spektrum der Naziszene vertreten. Auch die sich sonst so von den militanten Nazis abgrenzenden nationalen Kräfte waren mindestens durch PETER BOCHE (DIE NATIONALEN) und Tambach (JN) vertreten. Ebenfalls angerückt waren die Lichtenberger um HASSELBACH, RIECHERT, LUTZ, BAUMERT bis zum Weddinger ARNULF-W. PRIEM, der aber noch vor dem vermeintlichen Beginn der Kundgebung von der Polizei verhaftet wurde, weil sich in seinem Auto scharfe Waffen befunden hatten.

Um 14.30 sah es am Treffpunkt der antifaschistischen Gegendemo, dem Ernst-Thälmann-Denkmal, eher erschreckend aus. Die Nazis hatten sich massiv um das Denkmal herum verteilt, um so durch ihre Anwesenheit abzuschrecken. Das gelang ihnen zum Glück nicht und das Bild änderte sich innerhalb weniger Minuten. Die Nazis mußten sich enger um das Denkmal zusammenziehen – sofort war zu erkennen, daß sie nur etwa 100 Personen waren. Einige von ihnen hatten allerdings schon zu diesem Zeitpunkt die Hosen voll und verdrückten sich schleunigst. Der BGS bildete sofort einen Schutzring um die Verbliebenen, um den herum sich die inzwischen ca. 300 Antifas verteilten.

Die Gegendemonstranten wurden immer zahlreicher, was u.a. auf eine große Unterstützung durch die AnwohnerInnen zurückzuführen war. Die Aktion blieb nicht eine reine Sache der organisierten Antifas. Es nahmen auch zahlreiche Personen u.a. aus der PDS und den Gewerkschaften daran teil

Ca. eine Stunde blieb es bei dieser Situation. Das am Vorabend abgesprochene Konzept wurde nun in die Tat umgesetzt. Zum einem wurden die Nazis massiv blockiert, so daß es ihnen unmöglich war, ihre geplante Demonstration in die Tat umzusetzen. Gleichzeitig war es durch die guten örtlichen Gegebenheiten für kleinere Gruppen immer wieder möglich, dicht an die Nazis heranzukommen und diese mit einem Stein-Pyro-Hagel einzudecken. Abgerundet wurde das Ganze durch ständige Ansagen über Megaphon, daß wir keinen Wert auf eine Konfrontation mit der Polizei legen und die Steine einzig und allein für die Nazis bestimmt waren, welche sie auch in fast allen Fällen trafen.

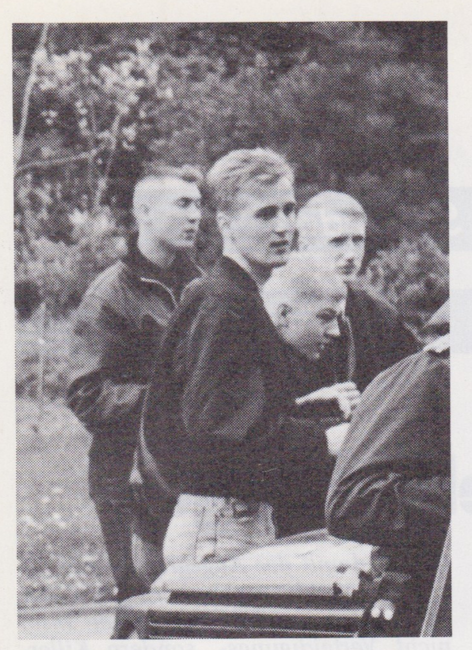
Die mehrheitliche Befolgung dieser Abmachung ist als ein großer Erfolg zu werten, denn wie oft ist es schon vorgekommen, daß wir uns auf eine sinnlose Eskalation der Gewalt mit der Polizei eingelassen haben und die Nazis die lachenden Dritten waren.

So zogen es die Faschisten vor, mit dem BGS einen gemeinsamen Rückzug zu planen. Trotz des Einsatzes von drei Wasserwerfern war es nicht möglich, die immer wieder anrückenden Antifas an massiven Steinwürfen zu hindern und so unverletzt zum Bahnhof zu gelangen. Deswegen hielt die eingenommene Marschordnung auch nur ganze 50 m und zum Schluß zogen es die Faschisten vor, eine Flucht ohne Sieg und Heil anzutreten.

Am S- Bhf. angekommen, wollten sie in die S-Bahn einsteigen; die wurde aber massiv über die Gleise hinweg mit Steinen eingedeckt, so daß sie doch lieber wieder in den Schutz der Polizei zurückkehren wollten. Die wollten sie aber auch nicht und so hauten die auch noch mal kräftig drauf und prügelten die Nazis somit in die S-Bahn hinein, wo sie sich ganz mutig auf den Boden schmissen. Zu bemerken wäre zu solchen Aktionsformen

Die Pistole, die bei Priem im Kofferraum gefunden wurde. Hier ist er zusammen mit »Bomber« aus Berlin-Lichtenberg zu sehen, kurz vor seiner Festnahme wegen unerlaubten Waffenbesitzes.





Mirko Tambach (2.v.l.) mit Norbert Weidner (Kreisverband Rhein-Sieg) kurz vor der Flucht ohne »Sieg und Heil«

noch, daß sehr genau darauf geachtet werden muß, daß unbeteiligte Personen nicht zu Schaden kommen. In diesem Fall hatte die Polizei unseres Wissens nach dafür gesorgt, daß Unbeteiligte vorher in andere Wagen umsteigen mußten.

Nochmals Grüße an die AnwohnerInnen und vorbeikommende PassantInnen, die unserer Aktion im allgemeinen gut gesonnen waren, verständlich die Unterschiede bei der Wahl der Mittel. Wir können dazu nur sagen: Solange dieser "demokratische" Staat nicht Willens ist, faschistische Kundgebungen zu verhindern, werden wir es mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen und dazu gehörten dieses Mal auf alle Fälle massive Steinwürfe.

Fazit

Nach wie vor ist es den Nazis bisher nicht möglich, in Berlin angekündigte, öffentliche Auftritte durchzuführen. Besonders in Vorbereitung auf die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung werden sie das eventuell noch öfter probieren (hoffentlich mit dem gleichen einschlagenden Erfolg wie dieses Mal).

Eine Bemerkung zur Berichterstattung in den öffentlichen Medien können wir uns hier nicht ersparen. Den absoluten Vogel schoß diesmal nicht etwa die Springer-Presse ab, sondern die TAZ. Alle anderen berichteten davon, daß AntifaschistInnen einen Aufmarsch der rechtsextremen FAP verhindert haben. Die TAZ, die sonst immer darauf drängt, die Faschos zu ignorieren und sie somit nicht aufzuwerten, boten hier dem FAP- Vorsitzenden eine Möglichkeit, sein Gesülze über diese Zeitung an die Öffentlichkeit zu bringen und machten damit Propaganda für die Faschisten. Außerdem brachten sie nicht etwa ein Foto mit, für diesen Tag typisch, flüchtenden Nazis, sondern zeigten sie wirklich genau die zwei Minuten, in denen sie ungestört in Positur am Denkmal stehen konnten. ■

Kundgebung der »Nationalen« verhindert

Zehntausend hatten sich zur Demonstration am 9.Mai zu dem Kapitulationsmuseum in Berlin-Karlshorst eingefunden. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis ost- und westberliner Gruppen. Mit der erfolgreichen Mobilisierung konnte eine Kundgebung der »NATIONALEN« verhindert werden.

In der Villa in Karlshorst, in der die Rote Armee später das Kapitulationsmuseum einrichtete, wurde die Wehrmachtsführung am 8.Mai 1945 gezwungen, die Urkunde ihrer Niederlage zu unterschreiben. An dieser Stelle meldeten die »Nationalen« - hinter diesem Namen verbirgt sich vor allem die »LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT« – ihre Kundgebung an. Hauptredner sollte der Geschichtslügner DAVID IRVING sein. Mit der Provokation an diesem geschichtsträchtigem Ort wollten sich die »Nationalen« zugleich einen Namen kurz vor den Bezirkswahlen machen.

Erst drei Tage vor der geplanten Durchführung konnte sich der Innensenat aufgrund des massiven Drucks durch die Öffentlichkeit zu einem Verbot der »Nationalen«-Kundgebung durchringen. Das Gericht bestätigte dies und ließ zugleich die Gegen-Demonstration des antifaschistischen Bündnisses zu. Noch bis zum Vorabend des 9.Mai war es unklar, ob die »Nationalen« nicht mit einer einstweiligen Anordnung vor Gericht erfolgreich sein würden (wie es in ähnlich gelagerten Fällen durchaus üblich ist). Doch die antifaschistische Mobilisierung war mittlerweile so in die Breite gegangen, daß mit etlichen Tausend TeilnehmerInnen zu rechnen war. Zugleich war klar, daß eine antifaschistische Demonstration auch trotz Verbot stattfinden sollte.

In dem Bündnis hatte sich eine breite Palette von politischen Gruppen und Gewerkschaften zusammen gefunden, darunter die Unabhängigen Antifa-Gruppen, PDS, Jusos, GEW, HBV und der DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg. Zahlenmäßig überwogen unter den KundgebungsteilnehmerInnen die junge (vor allem aus Westberlin) und die ganz alte Generation aus dem Osten Berlins; letztere fühlte sich, wahrscheinlich aufgrund ihrer persönlichen Erlebnisse in der Nazi-Zeit, nochmal besonders von den Faschisten provoziert und bedroht. Bedauerlich ist, wie Bündnis 90 und Neues Forum mit dem verstärktem Auftreten von Faschisten umgehen: Aus Angst vor Auseinandersetzungen lehnten sie eine Teilnahme ab.

Das Hin und Her um das Verbot der beiden Kundgebungen hat den »Nationalen« sicherlich eine Menge Öffentlichkeit gebracht und ihren Namen in Berlin vor den Wahlen bekannt gemacht. Dennoch halten wir es für unumgänglich, auf solche Provokationen mit einer breiten Mobilisierung zu antworten. Eine vor dem Kapitulationsmuseum durchgeführte Nazi-Kundgebung hätte Maßstäbe für folgende Veranstaltungen dieser Art gesetzt. Die organisierten Faschisten wissen, welchen Durchbruch es für sie bedeutet, wenn ihre Geschichtslügen öffentlich »diskutiert« werden. Dies ist für sie ein wichtiger Schritt zur Rehabilitierung der NS-Ideologie und letztendlich zur Wiederzulassung der NSDAP. Leuten wie Irving, der sich als Geschichtswissenschaftler ausgibt, muß die Maske heruntergerissen und als das behandelt werden, was sie sind: als Faschisten. Es muß Ende damit sein, daß er in allen möglichen Ländern große Verlagshäuser findet, die seine Bücher veröffentlichen. Damit hat er glücklicherweise aufgrund der Arbeit von AntifaschistInnen im In- und Ausland zunehmend Schwierigkeiten.

Die antifaschistische Mobilisierung zum 9.Mai war ein Erfolg. Seit längerer Zeit wieder beteiligte sich ein breites Spektrum auch traditioneller Organisationen, das dann auch noch ein Verbot der Faschisten-Veranstaltung durchsetzen konnte. Zu hoffen ist, daß damit in Berlin auch wieder die Bereitschaft zu gemeinsamen antifaschistischen Aktivitäten gewachsen ist. ■



aus Schweden

und Dänemark

Deutsche Neonazis bei Wehrübungen

Deutsche Neonazis reisen schon seit Jahren nach Schweden, um dort paramilitärisch ausgebidet zu werden. Nachdem wir im Antifa-Info 17 erste Hinweise dazu veröffentlicht haben, liegt uns jetzt ein Augenzeugenbericht über eine dieser Übungen, die im Sommer 1991 stattfand.

Zur Erinnerung: Der Berliner Neonazi ANDREAS HACKMANN aus dem Umkreis der NATIONALEN ALTERNATIVE prahlte mit einer Postkarte vom Juli 1991 an die Antifa-Jugendfront mit seiner Teilnahme an einem Wehrsportlager in Schweden – Värmland, bei Arjäng. Im nun vorliegenden Bericht von Augenzeugen wird geschrieben, daß sie im Sommer 1991 eine Gruppe von *»etwa 20 jungen Männern, aus ganz Deutschland, und zwei uniformierte Anführer, die militärische Kommandos gaben«* in der Nähe von Lenhartsfors beobachtet haben.

Lenhartsfors ist eine Kleinstadt bei Arjäng in Südwestschweden und liegt inmitten eines weitverzweigten, gering besiedelten und unbewachten Seengebietes, nahe der norwegischen Grenze. Auf einer der vielen unbewohnten Inseln im Seengebiet »Foxen« wurde eine Gruppe von Deutschen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren beim Training beobachtet: Den jungen Männern wurde beigebracht *»welche Stellen am Körper (Schlagadern etc.) man treffen und wie das Messer gedreht werden müsse, damit der Angegriffene mit Sicherheit verblute.«* Nach Angaben der Beobachter wurden auf *»jener Insel nicht Verteidigungs-, sondern Killertechniken geprobt.«*

Kurze Zeit später sahen sie *»einen Reisbus (Berliner Kennzeichen) mit 30 bis 40 Glatzen«* an sich vorbeifahren. Die ortsansässige Bevölkerung bestätigte, daß seit spätestens 1985 solche Übungen in diesem Gebiet stattfinden. Einige erzählten, daß sie *»die deutschen Touristen mit den Uniformen, Abzeichen und Stiefeln«*, die nur kommen um *»Krieg zu spielen«* nicht leiden können. ■

Briefbombe gegen Antirassisten

Nachdem wir schon in den letzten Ausgaben auf den Terror skandinavischer, speziell schwedischer Faschisten eingegangen sind (Infos 12 u.17), erreichte uns jetzt eine neue Schrekkensnachricht aus Dänemark. »Am Montag, dem 16.März 92, um 11.30 Uhr krachte es im Büro der kleinen trotzkistischen Partei »nternationale Sozialisten« (zu vergleichen mit der westdeutschen SAG) im Kopenhagener Arbeiterviertel Norrebro. Der Genosse, der im Büro anwesend war, hatte soeben die Post erhalten und wurde beim Öffnen eines dicken A3-Briefpaketes regelrecht in Stücke gerissen.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß der bzw. die Täter aus dem Umfeld der im Untergrund agierenden Faschos kommen. Eine genauere Bestimmung ist wegen der diffusen, zersplitterten faschistischen Strukturen eine schwierige Aufgabe, zumal dieses Spektrum keinerlei bekannte Anlaufstellen besitzt und bis jetzt auch keinerlei öffentliche Auftritte wie z.B. Demos durchgeführt hat. ... Die wenigen, sehr wohl bekannten Führungspersonen der verschiedenen rechtsextremistischen Gruppen und Parteien haben sich in der Öffentlichkeit bewußt ein legales, biederes, parlamentarisch-orientiertes Image zugelegt«, so ein Ausschnitt aus einem dänischen Flugblatt über das Attentat.

Im benachbarten Schweden üben Nazis schon seit zwei Jahren Terror gegen Einzelpersonen mit Hilfe von Briefbomben aus. Im Jahr 1990 wurden drei Mitglieder der hitleristischen NORDISCHEN REICHS PARTEI als Urheber von Briefbombenattentaten gegen schwedische AnntirassistInnen verurteilt. Die terroristischen Neonazis aus Schweden, die sich heute in der VAM (Weißer arischer Widerstand), em illegalen Flügel des STORM- Netzwerkes organisiert haben, unterhalten über die NSDAP/AO schon seit Jahren beste Kontakte zu dänischen Faschisten. Einer der Ansprechpartner in Dänemark ist die DÄNISCHE NATIONALSOZIALISTISCHE BEWEGUNG des HINRICH POUL KNUDSEN, ebenfalls Teil der NSDAP/AO. Außerdem berichteten AntifaschisInnen aus Malmö/Schweden über einen regen Kontakt zwischen dänischen Nazis und der STORM-Gruppe in Malmö und Lund.

Die Briefbombe gegen Henrik Christensen ist ein deutliches Anzeichen dafür, daß schwedische Nazis nun ihre Taktik des organisierten bewaffneten Untergrundkampfes auch nach Dänemark exportieren wollen. Eine weiterer Grund für den Anschlag könnte eine Racheaktion für den von schwedischen und dänischen Antifas verhinderten Aufmarsch am 30.November in Lund, bei Malmö, sein: Damals mußten die Nazis unter Polizeischutz aus der besetzten Innenstadt geleitet werden.

Henrik Christensen war Opfer eines Angriffes, der allen AntifaschistInnen gegolten hat. Der seit Jahren aktive Antirassist hinterläßt einen Sohn. Wir trauern um Henrik Christensen! ■

Wahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg:



Die Reaktion auf dem Vormarsch

Alle, die nach den spektakulären Wahlerfolgen der Republikaner und der DVU 1988/89 deren Untergang oder ihr Verschwinden in der Bedeutungslosigkeit vorhersagten, wurden mit den Wahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg eines Besseren belehrt. In den letzten zwei Jahren konnten die beiden großen Volksparteien, CDU/CSU und SPD, Wähler, die nach rechts abwanderten oder sich der Stimme enthielten, noch einmal an sich binden. Doch das war ein kurzfristiger »Erfolg«, hervorgerufen durch die Sondersituation der Vereinigung und die damit verbundenen Erwartungen. Die CDU versprach den Bürgern der DDR die »soziale Marktwirtschaft«, die Einführung der begehrten D-Mark. Sie konnte dadurch die Hoffnungen und Erwartungen in Wählerstimmen ummünzen. Der Bevölkerung in den alten Bundesländern versprach sie eine Vereinigung, die ohne große Anstrengungen und Opfer zu verwirklichen sei. Die SPD, als »Anwalt des kleinen Mannes«, als Korrektiv zur Regierung, wurde in ihrer Oppositionsrolle durch die Wähler bestätigt.

Inzwischen ist der kapitalistische Alltag wieder eingekehrt. Zu den Befürchtungen und Ängsten, die das Wahlverhalten der alten Bundesbürger Ende der 80er Jahre beeinflußten, sind neue Unsicherheiten hinzugekommen. Sie werden hervorgerufen durch die Kosten der Vereinigung, die immer klarer zu Tage treten und Ängste vor tiefgreifenden Verschlechterungen der eigenen Lebenssituation schüren. Die Republikaner und die DVU profitieren davon. Sie konnten ihre Wahlergebnisse von vor drei Jahren nicht nur wiederholen, sie haben kräftig hinzugewonnen.

Zählt man/frau zu den Prozenten der Republikaner und der DVU noch die Stimmen für die anderen rechtspopulistischen und faschistischen Parteien und Wahlvereinigungen hinzu, so sind es in Baden-Württemberg 15% und in Schlewig-Holstein auf 10% der Wähler, die den bisherigen »Volksparteien« die Gefolgschaft versagten und nach rechtsaußen abwanderten, während die Wahlbeteiligung in den letzten Jahren ständig gesunken ist.

Die traditionelle Parteienlandschaft bricht auf

Wir wollen hier nur die allgemeinen, übereinstimmenden Entwicklungen herausarbeiten. Diese hatten schon im vorigen Jahr den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft ihren Stempel aufgedrückt; sie waren bereits angelegt mit den ersten spektakulären Erfolgen der Republikaner und der DVU 1988/89. Auf länderspezifische und regionale Besonderheiten können wir nicht eingehen, z.B. auf die »Barschel-Wahl« vor vier Jahren, die den Sozialdemokraten die absolute Mehrheit von 55% bescherte. Ihre diesjährigen Verluste stellen nur die »normalen« Kräfteverhältnisse zwischen SPD und CDU wieder her.

Es sind vor allem fünf Tatsachen, die bei den Wahlresultaten auffallen:

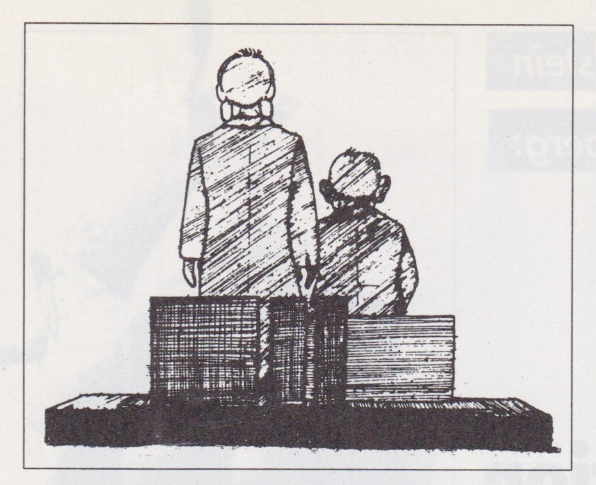
● In beiden Bundesländern haben die Regierungsparteien erdrutschartige Verluste hinnehmen müssen. Der bisherigen parlamentarischen Opposition kam der Vertrauensverlust der Regierung nicht zugute. Es waren fast ausschließlich die Republikaner bzw. die DVU, die davon profitierten.

● Republikaner und DVU erhielten ihre Stimmen von den Anhängern der beiden großen »Volksparteien« und von Leuten, die bei der letzten Abstimmung nicht wählen gegangen sind.

»Daß die Republikaner im Südwesten der Republik mehr Resonanz gefunden haben als je eine rechtsradikale Formation zuvor, liegt am relativ guten Abschneiden bei früheren Wahlen, ... vor allem aber an der Tatsache, daß sich ihre Klientel in zwei ganz verschiedenen Sozialgruppen festmachen läßt: einerseits großstädtische Wähler im sozial schwachen Milieu (die Zielgruppe der SPD)*; andererseits kleinstädtische und kleinbürgerliche Wähler* (bisher eher zur CDU tendierend).« (Frankfurter Rundschau vom 7.4.92)

● Die größten Erfolge für die Republikaner gab es in Baden-Württemberg, dem Bundesland mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit, mit vergleichweise geringen wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Es ist also nicht der direkte soziale Abstieg, sondern die Angst davor, die Unsicherheit, was die kommenden Jahre an Verschlechterungen bringen werden, die die Wahlentscheidung für die Rechtsextremen beeinflußte.

● Die Wähler in Schleswig-Holstein bzw. in Baden-Württemberg haben je-



weils in ihrem Bundesland die – aus früheren Wahlkämpfen bekanntere – rassistische Partei gewählt. Es handelt sich also nicht um die Zustimmung zu einer bestimmten Partei oder deren politischen Programm; im Moment kann jede Partei rechts von der CDU/CSU gewinnen, wenn sie nur in der entsprechenden Region bekannt ist.

● Es gab keine Kandidatur von Parteien, Bündnissen oder Splittergruppen links von der SPD und den Grünen mehr.

Mit den Wahlerfolgen der Republikaner und der DVU und ihrem Einzug in die Parlamente einzelner Bundesländer beginnt sich die bisherige Parteienlandschaft der Bundesrepublik zu zersetzen. Sie war bisher geprägt von stabilen, parlamentarischen Verhältnissen, in denen die FDP als Mehrheitsbeschaffer diente und in der jeweiligen Koalition als Anwalt der Unternehmerverbände für eine Politik der Einschränkung sozialer Leistungen fungierte. Sie diente damit auch als Blitzableiter für den Koalitionspartner, wenn Entscheidungen der Regierung auf innerparteiliche Kritik stießen. Mit der Wende und dem vorsichtigen, langsamen Abbau sozialer Leistungen war die innenpolitische Lage gekennzeichnet durch eine fortschreitende Polarisierung der Gesellschaft, die innerhalb der Parlamente zu einer Blockbildung führte: Auf der einen Seite die konserativ/liberale Regierungskoalition, auf der anderen Seite Sozialdemokraten und Grüne, die in verschiedenen Bundesländern eine Koalition bildeten.

In ein rot/grünes Bündnis setzten vor allem junge Menschen, aktive GewerktschafterInnen und Bürgerinitiativen ihre Hoffnungen. Wo die Regierenden an Ansehen und Wählerstimmen verloren, ging die parlamentarische Opposition gestärkt daraus hervor. Dieses Schema stabiler Verhältnisse und verläßlicher Mehrheiten funktioniert nach den Wahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein nicht mehr reibungslos. Das wird durch die schwierige Regierungsbildung im Südwesten der BRD deutlich. Eine große Koalition, um eine stabile Regierungsmehrheit zu sichern, wird den Republikanern nur weiteren Auftrieb geben.

Die Gründe für den Wahlausgang

Glaubt man den Meinungsforschern und den Politikern, so war eine Frage wahlentscheidend: Die Debatte um Asylrecht, Einwanderung etc. Tatsächlich hat eine große Mehrheit diese Frage an die erste Stelle gesetzt, wenn sie bei Umfragen zu den Beweggründen für ihre Wahlentscheidung befragt wurden. Doch wenn wir diese Antwort für die Ursache halten, bleiben wir an der Oberfläche haften. Das haben die Politiker der parlamentarischen Parteien unbewußt selbst deutlich werden lassen. Es war die CDU, die im Sommer vorigen Jahres die Diskussion um das Asylrecht vom Zaun brach – unterstützt durch große Teile der Medien –, in der Hoffnung dadurch verlorenes Ansehen bei den Wählern zurückgewinnen und die Sozialdemokraten schwächen zu können. Damals (Dezember 91, Antifa-Info Nr. 16) schrieben wir: *»Die von der CDU begonnene Asyldebatte mag zwar der Regierungskoalition eine Atempause verschaffen, indem sie alle parlamentarischen Parteien zwingt, sich dem Thema anzuschließen, sich inhaltlich den Standpunkten der Christdemokraten anzunähern oder unterzuordnen, die eigentgentlichen Gewinner aber sind andere: auf der Ebene der Wahlen rassistische und populistische Parteien, wie DVU oder Reps. ... Die Faschisten stoßen in das Vakuum, das durch die gesellschaftliche Entwicklung und durch die Politik der Bonner Parteien geschaffen wurde.«*

Die Hoffnung, den Republikanern den Wind aus den Segeln nehmen zu können, indem man sich deren Forderungen zu eigen macht, kann nicht funktionieren. Es bringt, wie wir an den Wahlresultaten sehen konnten, das Gegenteil des gewünschten Effekts. Die Ursachen für den Wahlausgang liegen tiefer. In der Asyldebatte bündeln sich eine Vielzahl gesellschaftlicher Probleme, hier verschaffen sich Unsicherheit und Zukunftsangst nur ein hilfloses, aber auch gefährliches Ventil (siehe Info Nr.16: Flüchtlinge – Manövriermasse der innenpolitischen Auseinandersetzung). Schönhuber, Frey und ihre Mitläufer haben diese Ängste aufgegriffen und geschickt mit der Asyldebatte verknüpft. Mit der Parole »Deutsches Geld für Deutsche Aufgaben« oder mit ihrer Propaganda gegen die EG-Bürokratie (Erhalt der stabilen DM, die nicht der Europäischen Gemeinschaft geopfert werden darf) haben sie die Stimmung der Wähler getroffen. Die alten parlamentarischen Parteien sind dazu nicht in der Lage, werden sie doch von den Wählern für die Verschlechterungen, für das große Bündel unbewältigter Probleme verantwortlich gemacht. Zudem wiegt die Selbstbedienung dieser Parteien mit Posten, Diäten und Zuwendungen für ihre Funktionäre in Zeiten, wo man von der Bevölkerung verlangt, den Gürtel enger zu schnallen, besonders schwer.

Die Reaktionen nach der Wahl

Noch am Wahlabend, nach ihrem Debakel, reagierten die prominenten Politiker hilflos. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen, wer denn zu den Erfolgen der Reps beigetragen habe (die CDU, weil sie das Asylrecht zum Wahlkampfthema gemacht habe oder die SPD, weil sie sich gegen eine Grundgesetzänderung sperre), gingen sowohl am Kern der Sache als auch am Anliegen der Wähler vorbei. Die Politiker von CDU, SPD und FDP erwiesen sich als die selbstgefälligen Schönfärber. Es war viel von Protestwählern die Rede, ohne daß sie es wagten – mit Ausnahme des Themas Asyl – darauf einzugehen, wogegen die Wähler mit ihrer Entscheidung protestieren wollten. Die einzigen, die im Fernsehen die tatsächlichen Motive der Wähler ansprachen, waren die Vertreter der Republikaner und der DVU.

Was im Sommer vorigen Jahres deutlich wurde, setzt sich nun verstärkt fort. Die alten parlamentarischen Parteien treten »die Flucht nach vorne an«. Sie rücken allesamt nach rechts, passen sich den Stimmungen an, die sie z.T. selbst hervorgerufen haben. Die CDU, die sich schon seit langem die Forderungen der Republikaner zu eigen gemacht hat, unterscheidet sich in ihrer Propaganda allenfalls in Nuancen und in der Wortwahl von den rechten Ablegern. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein prominenter Sozialdemokrat (Bürgermeister und Landespolitiker) seine Partei öffentlich auffordert, in der Asylfrage auf den Kurs der CDU einzuschwenken und einer Grundgesetzänderung zuzustimmen. Die Grünen, die sich gern als »aufgeklärte« und »multikulturelle« Bewegung darstellen, sind in Baden-Württemberg zum ersten mal

bereit, auch eine Koalition mit der CDU einzugehen.

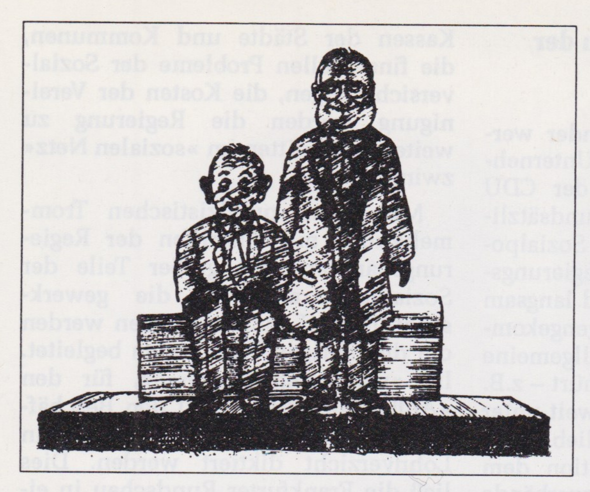
Die genüßliche Feststellung Schönhubers, daß die großen Parteien längst die Forderungen seiner Partei übernommen haben und nicht über 10% der Wähler ausgrenzen können, kennzeichnet die augenblickliche Situation treffend. Wie reife Früchte fallen den Republikanern und der DVU die Wahlerfolge zu, sie brauchen nur die Unzufriedenheit und den Ärger der Wähler über die etablierten Parteien auszunutzen. Daran wird sich auch nichts ändern, wenn CDU und SPD auf deren Forderungen eingehen. Die Ursachen für die Unzufriedenheit wirken weiter fort und werden zunehmen.

Sozialabbau und Wende in der Tarifpolitik

Immer lauter und fordernder werden die Stimmen aus den Unternehmerverbänden, aus Teilen der CDU und von der FDP, die eine grundsätzliche Wende in der Tarif- und Sozialpolitik fordern. Bisher ist die Regierungskoalition eher vorsichtig und langsam diesen Forderungen entgegengekommen. Schon das hat die allgemeine Unzufriedenheit weiter geschürt – z.B. die »Rentenerhöhung«, die weit unter der Preissteigerungsrate blieb. Auf Dauer wird sich die Koalition dem »Anliegen« der Unternehmerverbände nicht entziehen können. Die leeren Kassen der Städte und Kommunen, die finanziellen Probleme der Sozialversicherungen, die Kosten der Vereinigung werden die Regierung zu weiteren Schnitten im »sozialen Netz« zwingen.

Mit einem publizistischen Trommelwirbel, mit Angriffen der Regierungsparteien und großer Teile der Sozialdemokratie auf die gewerkschaftlichen Lohnforderungen werden die diesjährigen Tarifrunden begleitet. Im »nationalen Interesse«, für den »Aufbau im Osten« soll den Beschäftigten in den alten Bundesländern ein Lohnverzicht diktiert werden. Dies ließ die Frankfurter Rundschau in einem Kommentar besorgt fragen, ob die





Teilung Deutschlands in Ost und West überwunden werden soll, indem die notwendigen Mittel für den Aufbau in den Neuen Bundesländern durch Einsparungen auf Kosten der Arbeitnehmer und sozial Schwachen aufgebracht werden sollen. Die Teilung wäre dann überwunden, indem man eine neue Spaltung, quer durch die Gesellschaft, zwischen oben und unten, schafft.

Im Grundsatz sind sich alle etablierten Parteien über die Notwendigkeit weiterer Einsparungen einig. Es gibt im Bonner Parlament keine Kraft, die sich dem widersetzt, die zum Sammelpunkt für die Unzufriedenheit werden könnte. Auch die Gewerkschaften (ihre Vorstände) machen da keine Ausnahme. Ihre Streik- und Kampfmaßnahmen sind Rückzugsgefechte, sind ihnen von ihren Gegnern aufgezwungen. Auch sie sind bereit, sich grundsätzlich den (kapitalistischen) Notwendigkeiten zu beugen. Das diesjährige Mai-Motto des DGB-Bundesvorstandes lautete denn auch »Teilen verbindet«. Langsam soll die widerstrebende Mitgliedschaft auf die Notwendigkeiten eingestimmt werden. Das wird nicht ohne Reibungen und Auseinandersetzungen möglich sein. So breitet sich der Nährboden weiter aus, auf den die Reps und die DVU erfolgreich wirken können. Daran wird sich in nächster Zukunft wenig ändern. Wir müssen mit einem weiteren Zulauf für reaktionäre und faschistische Parteien rechnen.

Krise der »demokratischen« Parteien und des Parlamentarismus?

Stehen wir also am Anfang der Auflösung des traditionellen Parteiengefüges? Deutet sich mit den Erfolgen der Rechten die Krise der Volksparteien und der parlamentarischen Verhältnisse in der BRD an? Um diese Fragen beantworten zu können reicht es nicht aus, uns mit den aktuellen Wahlergebnissen, den akuten sozialen Widersprüchen, mit den augenblicklichen Befürchtungen und Ängsten zu beschäftigen. Wir müssen die Grundlagen untersuchen, auf denen sich in der BRD-Gesellschaft die politischen Ordnung und die Parteien herausgebildet haben.

Häufig vergleichen die etablierten Politiker, wenn sie auf die Misere in den neuen Bundesländern zu sprechen kommen, die Situation mit den Aufbaujahren der Bundesrepublik. Das soll nicht nur Hoffnungen bei den Wählern wekken, sondern dient auch zur Beruhigung der eigenen Zweifel und Ungewißheiten. Wie schön wäre es doch, wenn die Einführung kapitalistischer Grundlagen jenseits der Elbe in ebenso stabilen Verhältnissen enden würde wie deren Sicherung nach 1945 in den Westzonen. Doch die Situation von heute ist nicht zu vergleichen mit der von vor über 40 Jahren. Damals bestand die Perspektive eines langsamen, aber stetigen wirtschaftlichen Aufbaus und Aufschwungs. Er erlaubte es den Herrschenden, mit Zugeständnissen, mit einer »Teilhabe« der Arbeitenden an den materiellen Segnungen des Kapitalismus, sich die Zustimmung zu ihrer Politik zu erkaufen. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die kapitalistische Restaurierung nach 45 war nicht möglich ohne Widerstand dagegen, dessen Verfolgung, Unterdrückung und Ausschaltung. Sie konnte sich aber auf einen zunehmend größer werdenden Teil der Bevölkerung stützen, der die Westintegration und die kapitalistische Restaurierung hinnahm oder unterstützte. Wenn auch auf einem heute kaum vorstellbaren, niedrigen Niveau – was Löhne, Arbeitszeit und Sozialleistungen betrifft – die Entwicklung ging aufwärts. Ganz anders heute, wo die Herrschenden daran gehen müssen abzubauen, was sie der arbeitenden Bevölkerung in den letzten 40 Jahren zugestehen konnten.

Die Parteien, Gewerkschaften und Interessensverbände in ihrer heutigen Form sind Produkte dieser Aufbauphase, die gekennzeichnet ist vom gesellschaftlichen Klassenkompromiß. Gewerkschaften und Unternehmerverbände traten sich gegenüber als Sozialpartner, die scheinbar gleichberechtigt die gegenseitigen Interessen aushandelten. Die Parteien, vor allem CDU und SPD, etablierten sich als »Volksparteien« mit dem Anspruch, die verschiedensten Wählerschichten und Klassen der Gesellschaft unter einem Dach einigen zu können. Mit dem Godesberger Programm von 1956 gab die SPD endgültig den Anspruch auf, eine Partei zu sein, die in erster Linie die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt; Selbständige und Unternehmer sollten ihren gleichberechtigten Platz in der Partei erhalten. Die CDU schuf sich mit den Sozialausschüssen ihren »Arbeitnehmerflügel«, der auch durch Vertreter im Bundesvorstand des DGB und in den Einzelgewerkschaften präsent ist. Sozialer Friede und politische Stabilität bestimmten die Realität und das Bild der BRD-Demokratie. Die arbeitende Bevölkerung überließ, bis auf wenige Einzelfälle und Ausnahmen, die Durchsetzung ihrer Interessen den gewählten gewerkschaftlichen Funktionären und der Sozialdemokratie.

Welche Naivität zu glauben, man könne die gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen, die politischen Parteien unbeschadet in ihrer heutigen Form erhalten, wenn sich die Grundlagen zersetzen, denen sie ihre Existenz verdanken. Deutlich wird der Prozeß der langsamen Zersetzung beim DGB und in der SPD. Zwar sind noch immer große Teile der Beschäftigten Mitglied in den Gewerkschaften, aber das Interesse am Innenleben ihrer Organisation hat drastisch abgenommen. Die Zahl derer, die bereit sind ehrenamtliche Funktionen zu übernehmen, schmilzt dahin. Oder sehen wir uns die Jugendorganisationen der Sozialdemokratie an. Jusos und Falken, ohne Nachwuchs, sind defacto nur noch auf dem Papier vorhanden, politisch treten sie in der Partei oder nach außen kaum noch in Erscheinung.

Dem Klassenkompromiß, wie er in der BRD die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen prägte, wird langsam der Boden entzogen. Noch sind alle politischen Kräfte unsicher, wie sie darauf reagieren sollen, tasten sich vor, bilden die unterschiedlichsten Auffassungen heraus, wie sie mit der neuen Situation umgehen sollen. Das betrifft auch ihr Verhältnis gegenüber der neuen Konkurenz von rechts. Die Wahlerfolge der Rassisten und Faschisten sind nur ein weiteres Indiz dafür, daß wir in der BRD vor einer Neugruppierung der politischen Konstellationen und Kräfteverhältnisse stehen.

Das Kennzeichen dieser Neugruppierung ist eine allgemeine gesellschaftliche Rechtsentwicklung, die verbunden ist mit einer völligen Rat- und Orientierungslosigkeit in der arbeitenden Bevölkerung. Von den politischen Organisationen, denen sie bisher ihr Vertrauen schenkten, wendet sie sich ab, ohne daß es eine Kraft gäbe, die ihr einen Halt und eine

Orientierung in der Wahrnehmung ihrer Interessen bieten könnte. Die Linke, die in der BRD schon immer schwach war und nur punktuell Einfluß gewinnen konnte, ist zerfallen. Auch sie war letzten Endes Produkt der BRD-Gesellschaft. Ihre verbliebenen Überreste tun sich schwer in der Diskussion über die weitere politische Arbeit und ihre Perspektiven. Ihr Wiedererstarken mit neuen Formen und Inhalten ist untrennbar verbunden und abhängig von einer Zunahme sozialer Konflikte und Klassenauseinandersetzungen. Nur darin kann sie Kraft und Anhänger sammeln. Voraussetzung ist, daß sie sich inhaltlich auf die neuen Bedingungen einstellt, daraus praktische Schlußfolgerungen zieht. Die Augen zu verschließen und weiterzumachen mit den alten Rezepten, wäre ihr sicherer Untergang. Die Linke kann sich nicht am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen. Solange die arbeitende Bevölkerung weitgehend passiv die weitere Entwicklung über sich ergehen läßt, werden die Republikaner, die DVU oder ähnliche Parteien weiter Kräfte aus dieser Passivität schöpfen. Sie sind die Nutznießer in der allgemeinen Rat- und Orientierungslosigkeit. ■

Aufforderung zu rassistischen Überfällen?



In dem Artikel auf der nächsten Seite berichten wir über Jugendliche aus einem Dorf, die organisiert ein Flüchtlingsheim überfielen. Solche geplanten rassistischen Überfälle häufen sich. Oft ist nachzuweisen, daß Jugendliche hier durch Faschos organisiert werden. Thema im folgenden Beitrag ist nicht die Einflußnahme auf Jugendliche durch Faschogruppen, sondern eine allgemeine Einflußnahme durch Politikerreden und Medien.

Es scheint offensichtlich, daß Jugendliche mit vorhandener Gewaltbereitschaft durch öffentliche Reden etablierter Politiker und die Medien zumindest legitimiert, wenn nicht aufgefordert werden, gegen Flüchtlinge und andere auszugrenzende Personen gewalttätig vorzugehen.

Seit einigen Jahren ist in der öffentlichen Diskussion in der BRD eine zunehmende Verwendung von Sinnbildern wie »Asylantenflut« oder »Asylantenschwemme« auffällig*. Mit Verwendung des Wortes »Asylant« wird nicht nur eine Möglichkeit genutzt, den Status des Flüchtlings in Frage zu stellen (siehe den Beitrag zum Begriff »Asylant« auf der übernächsten Seite), zusätzlich wird mit »Asylanten« ein Bild verknüpft, das zu einer »Existenzfrage für die Bundesrepublik« (Björn Engholm, Die Welt 3.8.91) und zur Beschwörung eines Handlungsbedarfes führt.



Wolfgang Schäuble: »Asylantenflut stoppen« (Welt 8.8.91) »Uferlos geht es nicht« (Überschrift der FAZ 8.8.91)

Immer wieder wird ein Bild von einer »Flut von Asylanten« entworfen, die uns alle gefährden soll. Es finden sich Bilder von Europa, dem sich tödliche Fluten aus Afrika nähern, die uns ertränken würden. Deutschland wird als Boot dargestellt, welches überflutet wird. Politiker verwenden Sprachbilder, die eine drohende Situation des eigenen Untergangs vermitteln. In weiteren Sprachbildern werden Flüchtlinge und »Asylbewerber« zu einer militärischen Bedrohung, zu einer gefährlichen Armee, die uns alle bedroht: »Flüchtlinge sammeln sich an den Grenzen Westeuropas« (WAZ 8.8.91) »Soldaten an die Grenzen ... Einsatz von Militär, ... um den Ansturm abzuwehren« (Spiegel 9.9.91)

Solche Bilder legen, ohne es direkt zu sagen, einfache Antworten nahe. Sie lenken von den eigentlichen Ursachen der Flucht und Problemen in der BRD ab, aber sie geben Handlungsanweisungen, die zu einfachen Problemlösungen werden: »Schotten dicht« im Falle von überlaufenden Booten, »Dämme aufbauen« vor drohenden Fluten, oder: »Zurückschießen!« im Falle eines Angriffes.

Immer wieder wird so für die BRD, wie für jeden Einzelnen, symbolisch eine existentielle Bedrohung entworfen und eine subjektive Situation geschaffen, in der die Frage des »sich Wehrens« auftaucht. Solche Symbole sind leicht verständlich, erscheinen

vielen anschließend sinnvoll und die Vorurteile werden als Wissen aufgenommen. Gleichzeitig sind jedem aus diesen Bildern Lösungsmöglichkeiten bekannt, die wie einzig mögliche Auswege nicht nur in der öffentlichen Diskussion verwendet werden: »Grenzen dicht machen, Einwanderung stoppen, notfalls militärisch gegen Flüchtlinge vorgehen«.

So ist es kaum mehr unverständlich, wenn sich Jugendliche aufgefordert und legitimiert fühlen, rassistisch zu handeln: sie können sich der öffentlichen Meinung sicher sein.

Politikerreden und Medien sind sicher nur eine Erklärung für die zahlreichen Angriffe und Morde an Flüchtlingen, Menschen aus dem Ausland und anderen auszugrenzenden Gruppen. Aber es zeigt sich, welche langfristigen Nebenwirkungen die Mechanismen der Tagespolitik der BRD haben, mit denen gesellschaftliche Probleme unsichtbar gemacht werden sollen. Profiteure sind dabei sicher die Rechte und faschistische Gruppen - ihre Ideologie rückt durch den Sprachgebrauch der etablierten Parteien und der Medien sehr nahe an das gesellschaftliche Denken in der BRD. Eine allgemeine Zustimmung zu rechter Ideologie wird vereinfacht, Faschisten auf diese Weise der Boden bereitet. ■

* Zum Weiterlesen: U. Gerhard: Dokumentation zu Rassismus im Mediendiskurs. über: Diskurswerkstatt Bochum eV, Düppelstr. 35, 4630 Bochum 1.

Flüchtling in Saal totgeprügelt

25 Jugendliche aus Saal, einem kleinen Ort bei Rostock, zogen in der Nacht des 14. März zu einem Flüchtlingsheim außerhalb des Dorfes. Sie brachen mit Knüppeln bewaffnet in eine Baracke ein. Der 18-jährige Rumäne Dragomir C. wurde von ihnen mit einem Baseballschläger totgeschlagen.

In der Nacht vor dem Mord wurden rumänische Jugendliche aus einer nahegelegenen Diskothek geworfen, nachdem sich Deutsche über sie »beschwert« hatten. Vor der Diskothek stellten sich etwa zehn Deutsche zwei Rumänen gegenüber, wobei einer der deutschen Jugendlichen sich in den Fluchtweg stellte und von den Flüchtenden mit einem Messer an der Hüfte verletzt wurde. Die Rumänen wurden bis zum Heim verfolgt, ihnen wurden Rachedrohungen nachgerufen. Soweit ein »ganz normales« Wochenende.

Am nächsten Tag entwickelte sich jedoch eine ganz unglaubliche Aktivität. Freunde, aber auch völlig unbeteiligte Jugendliche aus der Gegend, wurden zusammengerufen und schlossen sich zu einem »Rachefeldzug« zusammen. Innerhalb eines Tages wuchs die Zahl derer, die sich an dem Überfall auf das Flüchtlingsheim beteiligen wollten auf 25 an. Autos wurden besorgt, später fanden sich darin eine Gaspistole und ein Feuerlöscher.



Dragomir war nur zu Besuch im Heim. Er war einer der ersten, der den Todschlägern in die Hände fiel. Er wurde mit einem Baseballschläger und Schlägen auf den Kopf ermordet.

Die Rostocker Behörden versuchten, den geplanten, organisierten und bewaffneten Überfall herunterzuspielen. Polizei und Staatsanwaltschaft informierten erst zwei Tage später die Presse. Das Schweriner Innenministerium verhängte eine Informationssperre. Der Mord an Dragomir wird als »Racheakt« heruntergespielt. Rassistische Motive werden ausgeschlossen.

Vielleicht ist die Strategie der Behörden verständlich, die Jugendlichen einer ganzen Region nicht als Faschos abstempeln zu wollen. Sicher ist es aber falsch, den Mord herunterzuspielen. Denn die zunehmende Gewaltbereitschaft »normaler« Jugendlicher ist keine unerklärliche Entwicklung ohne gesellschaftliche Ursachen.

Wir hoffen, daß die Jugendlichen aus Saal den Mord nicht geplant haben. Offen ist auch, ob organisierte Faschos eine Rolle spielten. Offensichtlich gibt es aber eine zunehmende Bereitschaft zu solchen Aktionen, eine Bereitschaft, die mögliche Todesfälle in Kauf nimmt. ■

TU-Besetzung beendet

Am 7.April 92 beendeten die Flüchtlinge die Besetzung von Räumen an der Technischen Universität Berlin (TU). Fünf Monate hatte die Besetzung gedauert, mit der die Flüchtlinge vergeblich u.a. eine Aufenthaltsgarantie in Berlin für die Dauer des Asylverfahrens durchsetzen wollten.

Das antirassistische Zentrum trat von Anfang an auch für weitergehende politische Forderungen, wie die nach offenen Grenzen und Bleiberecht für alle, ein und versuchte über die Stadtgrenzen hinaus die Aktivitäten von Flüchtlingen zu koordinieren. Zeitweilig über 100 Männer, Frauen und Kinder waren es, die vor pogromartigen Angriffen und unzumutbaren Zuständen in den neuen Bundesländern abermals geflohen waren und sich an der TU-Besetzung beteiligten.

Die Flüchtlinge taten alles, was in ihrer Macht stand, um dem allmählich erlahmenden öffentlichen Interesse etwas entgegenzusetzen und politischen Druck für ihre Forderungen zu entwickeln: Auftritte in Schulen und bei verschiedenen Veranstaltungen und Demonstrationen, die Besetzung von SPD-Geschäftsräumen, Durchführung einer eigenen Demonstration, an der sich 3000 Menschen (überwiegend ImmigrantInnen) beteiligten, die Besetzungsaktion im Berliner Rathaus,...

Die Hinhaltetaktik des Berliner Senats ging schließlich doch auf. Zu zaghaft war die Unterstützung der Flüchtlinge durch die Linke und das liberal-humanistische Spektrum gewesen. Kirche, AL u.a. schwenkten seit Januar zunehmend auf die rassistische Senatslinie um. Die SPD (die in Berlin zusammen mit der CDU regiert) und die Kirche vollführten selbst bei der Unterstützung der Minimalforderungen »Eiertänze«, wie selbst der TU-Vizepräsident anmerkte.

Auf Seiten der Flüchtlinge wurde die Lage immer unhaltbarer. Über Monate lebten Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturen unter dem Druck der Illegalität auf engstem Raum zusammen. Rund 50 Flüchtlinge waren schließlich auf ein Angebot des Landes Brandenburg eingegangen und hatten am 5.März das antirassistische Zentrum verlassen. In einer Presseerklärung der Flüchtlinge hieß es dazu: *»Dieser Umzug ist nicht die Folge der inneren Zwistigkeiten unter den Flüchtlingen, sondern vielmehr ein Produkt der starren Haltung der politisch Verantwortlichen.«* Es sei ein Punkt gekommen, *»wo die Familien und die Kinder nicht mehr aushalten konnten.«*

Die verbleibenden Flüchtlinge (zu diesem Zeitpunkt noch die Mehrheit) wollten weiterkämpfen. Sie konnten schließlich auf dem Wege der Verhandlungen die Aufnahme von 15 von

Zum Wort »Asylant«

Das Wort »Asylant« fehlt als Begriff in kaum einer öffentlichen Diskussion über das Recht auf Asyl. Als fester Bestandteil des Wortschatzes von Verfechtern einer Asylrechtsveränderung ist das für AsylbewerberIn eingesetzte Wort »Asylant« ein menschenverachtender Kampfbegriff rassistischer Politik.

Das Wort ist noch nicht alt, erst Ende der siebziger Jahre wird es von Politikern verwendet, noch später wird es im Duden erwähnt.

Dabei ist es als Begriff nicht klar zu fassen. Es gilt als Synonym für AsylbewerberIn. Dabei ist es aber kein neutrales Wort: Es dient dazu, zwischen Flüchtlingen zu unterscheiden. »Dissidenten« aus dem Ostblock wurden anders als schwarz- oder braunhäutige Menschen aus Afrika nicht »Asylant« genannt. Weiße Menschen aus Osteuropa haben immer noch eher eine Chance als »Flüchtling« bezeichnet zu werden. Eindeutig negativ werden aber weniger willkommene Fremde mit »Asylantenflut«, »Asylantenansturm«, »Asylantenschnorrer« oder »Asylantenwelle« diskriminiert. Es ist ein Begriff, der negative Emotionen auslöst und Verachtung ausdrückt.

Sprachlich steht der Begriff »Asylant« in einer Gruppe von Begriffen mit der Endung -ant, die mit wenigen Ausnahmen eine negative Besetzung beschreibt: Simulant, Querulant, Spekulant oder Intrigant. Einige dieser Begriffe vermitteln einen pseudomedizinischen oder psychiatrischen Beigeschmack. Die Wortwahl allein schafft Entfremdung und wirkt, ob bewußt oder unbewußt eingesetzt, im Unbewußten des Zuhörers oder der LeserIn abwertend. Durch Verbindung mit den Begriffen -Flut oder -Welle ist nicht mehr von einzelnen Individuen die Rede, sondern von abstrakten Mengen. Flüchtlinge aus anderen Ländern, die politisches Asyl suchen, werden so von Verfechtern von Nationalismus und Rassismus durch die Begriffswahl in der öffentlichen Diskussion entmenschlicht, um nachher leichter unmenschlich mit ihnen umzugehen.

Da das Wort eindeutig negativ belegt ist und entsprechende Emotionen auslöst, steht auch eine politische Absicht dahinter, wenn Bundeskanzler Kohl von »den vielen Asylanten« spricht oder IG-Chemie Chef Rappe eine »Asylantenproblematik« sieht. In der BRD-Presse wird der Begriff verbreitet. Der »Spiegel« schreibt in einer Titelgeschichte von »Schein-Asylanten«, ebenso der »Stern«, dessen Leitartikel um Ausländerhaß Angriffe auf »Asylantenheime« beschreibt; die Springer-Presse braucht hier nicht zitiert zu werden.

Die Wertung des Begriffes hat sich mittlerweile zugespitzt: Flüchtlinge sind tatsächlich gefährdete Menschen, »Asylanten« sind die Massen die das »Asylrecht mißbrauchen«. Der Begriff »Asylant« wird also verwendet, wo es darum geht, den Flüchtlingsstatus in Zweifel zu ziehen.

Solche problematischen Worte werden sicher meist nur unkritisch übernommen. Leider kommt auch die Kürze des Wortes den Rassisten recht; es ist einfacher »Asylant« und »Asylantenheim« zu sagen, als von Flüchtlingen und AsylbewerberInnenheim zu reden. Sicher kann nicht allen im Alltag Rassismus vorgeworfen werden, die rechte Sprache gebrauchen. Klar ist, daß nicht nur die Worte, sondern das Verhalten entscheidend ist. Doch scheint uns die sprachliche Genauigkeit wichtig, um nicht im Sumpf von Nationalismus und Rassismus in der BRD rechte Propaganda weiterzutragen. ■



ihnen in Berlin durchsetzen. Danach gaben die Flüchtlinge auf und zogen aus.

Auf einer abschließenden Pressekonferenz erklärten die Flüchtlinge und UnterstützerInnen:

»Nach mehrtägigen Verhandlungen ... haben 15 Flüchtlinge ... eine Aufenthaltsgestattung für Berlin erhalten; die Einzelfallanträge von 26 weiteren Flüchtlingen aus der TU wurden aufgrund willkürlicher und undurchsichtiger Kriterien vom Innensenat abgelehnt. (...) Den Flüchtlingen und autonomen UnterstützerInnen war es in den 5 1/2 Monaten nicht möglich, die politischen Kräfteverhältnisse in der Stadt so zu verändern, daß der Senat zu entscheidenden Veränderungen seiner rassistischen Politik gezwungen gewesen wäre. (...) Mit der Beendigung der Besetzung der TU hört der Kampf der Flüchtlinge und autonomen UnterstützerInnen gegen staatlichen Rassismus, gegen faschistischen Terror und rassistische Medienhetze nicht auf. (...)

Die Flüchtlinge in der TU haben immer wieder darauf hingewiesen, daß sie nur ein Bruchteil derer sind, die sich der rassistischen staatlichen Flüchtlingspolitik widersetzen. 50 - 70% aller Flüchtlinge wehren sich bundesweit gegen die Zwangsverteilungen. Viele Flüchtlinge organisieren sich gegen die rassistischen Angriffe und Morde. Flüchtlingswiderstand, wie z.B. in den letzten Monaten in Norderstedt, Frankfurt, Berlin, Düsseldorf, Tübingen und Stuttgart, richtet sich gegen die rassistische Flüchtlingspolitik der BRD insgesamt...«

Es wäre falsch, die Besetzung nur an dem mageren Verhandlungsergebnis zu messen. Das Zentrum in der TU war für viele Monate ein wichtiger Kristallisationspunkt für den Widerstand der Flüchtlinge, aber auch für die Arbeit antirassistischer Gruppen. Es sorgte dafür, daß die Zwangsverteilungen von Flüchtlingen und das Zusammenwirken von staatlichem Rassismus und Terror auf der Straße in der Öffentlichkeit nicht allzu schnell verdrängt werden konnten.

Die Bedingungen waren denkbar schlecht, angesichts eines rassistischen Klimas, das immer weitere Teile der Bevölkerung erfaßt und von Parteien und Medien geschürt wird; angesichts der Tatsache, daß diese Politik selbst von Teilen der Grünen und der Kirche mitgetragen wird (um von der SPD erst gar nicht zu sprechen) und schließlich angesichts der Tatsache, daß spätestens seit dem Anschluß der DDR große Teile der vormaligen Linken von einer Krise erfaßt sind, die sie z.T. handlungsunfähig macht.

Aber gerade deswegen sind Zeichen des Widerstandes, wie es das antirassistische Zentrum war, dringend notwendig. ■

Berlin-Marzahn:

29-jähriger Vietnamese erstochen

Am Freitagabend des 24.April überfiel eine Gruppe von jugendlichen Rechtsextremen vietnamesische HändlerInnen vor einem Einkaufszentrum am Brodowiner Ring im Berliner Trabantenstadtteil Marzahn. Ihr Opfer, der Vietnamese Tu, war an jenem Abend zu Besuch in Berlin. Er wollte einen seiner Freunde vor dem Einkaufszentrum am Brodowiner Ring aufsuchen, als er sah,wie eine Gruppe deutscher Jugendlicher auf seinen Freund und andere VietnamesInnen, die Textilwaren verkauften, einschlugen und ihre Stände umtraten.

Tu wollte mit den Jugendlichen diskutieren. Er versuchte ihnen zu erklären, daß sie kein Recht hätten so zu handeln. Mike Lillge geriet darüber anscheinend in Zorn und stach Tu plötzlich mit einem Butterfly-Messer in die Brust. Tu brach blutend zusammen.



Nguyen Van Tu kam 1987 als Vertragsarbeiter in die DDR. Er war Arbeiter im Walterhausener Gummikombinat bei Gotha und wurde im November 1990 entlassen. Am Ende des Jahres 1992 endete seine Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland und Tu wollte in seiner Heimat, wo seine über 70-jährigen Eltern und fünf Geschwister ihn erwarteten, heiraten.

Zum Zeitpunkt des Überfalls zwischen 17.30 und 18.00 Uhr war der Platz vor dem Einkaufszentrum voller Menschen. Die Passanten griffen während des ganzen Überfalls nicht ein. Selbst als Tu schwer verletzt am Boden lag, fühlte sich keiner der PassantInnen verantwortlich und rief einen Krankenwagen. Die Täter konnten unbehelligt flüchten. Tu wurde von seinen Freunden in ein Friedrichshainer Krankenhaus gebracht. Wenige Stunden später starb er trotz einer Notoperation.

Am Mittwoch der darauffolgenden Woche wurde Lillge in seiner Wohnung verhaftet und unter Anklage gestellt.

Rassistische Gewalt ist alltäglich in Marzahn

Dies war nicht der erste Überfall dieser Art in Marzahn und es blieb auch nicht der letzte: Bereits vor mehr als einem Jahr entging ein junger Vietnamese nach einem Überfall nur knapp dem Tod. Auch das Wohnheim der hauptsächlich vietnamesischen VertragsarbeiterInnen war schon des öfteren Schauplatz von Attacken. Überfälle auf Andersfarbige und polnische Touristen sind in Marzahn an der Tagesordnung. In der Nacht vom 29. auf den 30. April wurde die schwarze Berlinerin Beate G. (36) von drei »Skins« zu Boden geschlagen – anschließend traten sie mit ihren Stiefeln auf ihrem Kopf herum und liefen lachend weg. Beate G. kam mit einem Schädelbruch in ein Krankenhaus und schwebte in akuter Lebensgefahr. Ebenfalls lebensgefährlich verletzt wurde in der gleichen Nacht der polnische Tourist Jaroslav M. (24) auf den drei Skinheads mit Macheten und Springmessern einstachen.

Marzahn ist das größte Berliner Neubaugebiet mit mehr als 300.000 EinwohnerInnen. Die Bevölkerung ist von einer hohen Arbeitslosigkeit betroffen und die Zustände auf den Arbeits-, Wohn- und Sozialämtern werden als erschreckend beschrieben. Bei vielen MarzahnerInnen verbreitet sich Enttäuschung über die hohen Politiker, die sie mit der Lüge vom schnellen Wohlstand beschissen haben. Es gibt gerade für Jugendliche kaum Räumlichkeiten, um ihre Freizeit zu gestalten. Die 21 ehemaligen Jugendklubs sind »im Zuge der Wende« großteils geschlossen oder in kommerzielle Diskotheken umgewandelt worden. Keine Frage also, daß da Abhilfe geschaffen werden muß – jedoch nicht in der Art und Weise, wie im nächsten Absatz geschildert.

Der Senat überläßt den Nazis ein Haus

Das Jugendfreizeitheim »Wurzel« in der Dessauer Straße 1 wurde früher von linken Jugendlichen besucht. Nach seiner Schließung öffnete es unter neuer West-Regie. Der Berliner Jugendsenator THOMAS KRÜGER (SPD) überließ es einer Gruppe jugendlicher Marzahner Faschos. Der Treffpunkt dieser Jugendgruppe war vorher ein



Streetworker Michael Wieczorek (links) mit der Skinhed-Gruppe im Jugendklub die »Wurzel« in Marzahn

Imbiß, der des öfteren zum Ausgangspunkt von Überfällen auf das nahegelegene VietnamesInnen-Wohnheim in der Glückaufstraße (heute Havemannstraße) wurde.

Für den Ausbau und für ABM-Stellen der »Wurzel« wurden 250.000 DM vom Senat bewilligt. Sie stammen aus den Mitteln des »Bonner-Anti-Gewalt-Programms« (1,2 Millionen DM für Berlin). Den neuen, »links-alternativen« Sozialarbeiter MICHAEL WIECZOREK stört nicht, daß unter den Jugendlichen, die das Jugendfreizeitheim jetzt besuchen, zwei Drittel in der neofaschistischen DEUTSCHEN ALTERNATIVE organisiert sind: »Hakenkreuze und 'Deutschland den Deutschen'-Rufe sind nicht unbedingt Ausdruck gefestigter faschistischer Überzeugung. Solche Rufe überhöre ich.« Am 20.April 1992 konnten ca. 200 Neonazis in der »Wurzel« eine »Hitler Geburtstagsfeier« veranstalten – die Reichskriegsflagge war über dem Eingang des Zentrums gehisst.

Noch nicht mal eine Woche nach dieser Nazi-Feier und einen Tag nach dem Mord demonstrierten der Marzahner Bürgermeister ANDREAS RÖHL und Berlins Bausenator NAGEL (beide SPD), daß sie ab jetzt keine Parteien mehr kennen, sondern nur noch Deutsche: Zusammen mit Peter, dem Wortführer der Nazi-Skin Gruppe, stellten sie sich zum Gruppenbild vor die Kameras. In der »Wurzel« fand ein Fest statt, auf dem, nach anfänglichem Protest der rechten Jugendlichen, auch zwei Döner Kebab-Stände zugelassen wurden. Danach pflanzten Nagel und der Anführer der Jugendlichen »einen Baum, der für den ersten Schritt zum neuen grünen Selbstverständnis Marzahns stehen soll.« Nach den Reden der Offiziellen ergriff dann der Nazi-Skin »Blacky« in braunem Hemd, schwarzem Schlips, schwarzen Hosen und schwarzen Stiefel (SA-Uniform) das Wort. Er beendete seine Rede mit Angriffen »gegen den linken Pöbel von der Antifa«.

Kritik an der »Wurzel« und dem Sozialarbeiter

Wieczorek ist unter Sozialarbeitern, die Erfahrungen mit solchen Projekten sammeln konnten, umstritten. Das Projekt Wieczoreks sei ohne Konzept und ohne klare Absprachen wird kritisiert. Außerdem sei es zwecklos mit Jugendlichen, die schon so tief von neonazistischem Gedankengut beeinflußt und organisiert sind, auf diese Art und Weise zu arbeiten.Einige der Skins aus der »Wurzel« sind schon seit Jahren Sympatisanten der Neonazis und bekennen sich offen dazu. Es

ist bekannt: Sie waren es, die vor der laufenden Kamera des RTL-Fernsehens das Vietnamesenheim angegriffen hatten.

Wieczorek war Anfang der 80er Jahre auch in der Kreuzberger HausbesetzerInnen-Szene unterwegs. Damals teilte er seine Wohnung mit dem enttarnten Polizeibeamten DONALD FLIETEL, der gezielt als Undercover- Agent und Provocateur eingesetzt worden war. Nach der Enttarnung Flietels durch die HausbesetzerInnen verschwand auch Wieczorek von der Bildfläche. Obwohl ihm eine ähnliche Tätigkeit nicht nachgewiesen wurde, gaben seine unseriösen Angebote an junge Militante, sein Abhörkoffer für 20.000 DM und sein »Geheimdienstmaterial«, jede Menge Anlaß zu Mißtrauen. Außerdem war Wieczorek angeblich nicht aufgefallen, daß sein Freund, der Polizeispitzel, noch zwei weitere Wohnungen bewohnte. Wenig »Berührungsängste« schien er auch schon damals zu haben.

Den AntifaschistInnen, die das Projekt in der »Wurzel« kritisieren, geht es nicht darum, daß mit rechten Jugendlichen keine Sozialarbeit gemacht werden soll, es kommt darauf an wie: Wenn der Senat, wie im Falle der »Wurzel«, den Nazis ein Zentrum zur Verfügung stellt, wird es zum Anziehungspunkt für noch mehr rechte Jugendliche. Es ist dann kein Ort für Sozialarbeit, sondern Sammel- und Organisationspunkt für faschistische Gruppen und Parteien.

Antifa-Aktionen mit geringer Beteiligung

Die erste Reaktion von 300 Antifas fand am Sonntagabend statt, nachdem die Zeitungen über den Mord berichtet hatten. Sie demonstrierten durch die Hochhausschluchten und machten die Bevölkerung auf die Vorgänge in ihrem Stadtbezirk aufmerksam. Danach zogen sie vor die »Wurzel« und forderten die Schließung des Zentrums.

Erschreckend wenige Leute folgten am Donnerstag der folgenden Woche einem Demonstrationsaufruf Berliner Initiativen am Ort des Geschehens: Nur 150 Leute fanden sich ein. Es wurde eine einstündige Kundgebung abgehalten. Der VEREIN DER VIETNAMESEN IN BERLIN und die Freunde Tus wendeten sich in Redebeiträgen an die Bevölkerung und die DemonstrantInnen. Es wurde davor gewarnt, daß Marzahn bei einem Fortgang dieser Gewalt bald in einem Atemzug mit Hoyerswerda genannt wird. Die ANTIFA JUGEND FRONT-Marzahn informierte über das Jugendprojekt »Wurzel« und erklärte warum sie der Meinung ist, daß so dem Einfluß der Neonazis nicht beizukommen ist. Die Kundgebung wurde mit dem Aufruf an die Bevölkerung beendet nicht weiter wegzuschauen und in Zukunft einzugreifen.



Auf der spontanen Demonstration am 26.4.1992

Am Sonntag dem 3.Mai veranstaltete der Verein der Vietnamesen in Berlin einen Trauermarsch mit ca. 2000 TeilnehmerInnen mit einer anschließenden vietnamesischen Trauerfeier am Tatort.

Bei uns bleibt das Gefühl, daß solche Angriffe schon zur »Normalität« geworden sind, daß sie nur noch wenige Leute schockieren, und für eine antirassistische Demonstration auf die Straße bringen.

Die AntifaschistInnen in den Neubaugebieten haben einen schweren Stand. Es ist allerhöchste Zeit, daß antifaschistische Initiativen und die Linke in Berlin sie verstärkt unterstützen: **Damit aus Marzahn nicht ein zweites Hoyerswerda wird.** ■



Die Neue Rechte

Schon in den 70er Jahren hat sich in der BRD innerhalb der rechten Szene eine Strömung formiert, die sich selbst als die NEUE RECHTE bezeichnet. Sie gibt sich intellektuell, versucht ihre Thesen wissenschaftlich zu untermauern und grenzt sich vom Hitler-Faschismus ab. Am Anfang ihrer Entwicklung stand die Erkenntnis, daß die neofaschistischen Gruppierungen ein beträchtliches Theoriedefizit haben und daß ohne eine schlüssige, »überzeugende« und eingängige Argumentation keine Bewegung längerfristige Erfolge haben kann. So bildet bis heute die intellektuelle Arbeit einen wichtigen Schwerpunkt der NEUEN RECHTEN (NR).

Waren es zu Beginn nur kleine Zirkel, sogenannte »Denkgemeinschaften« und einige Theorie-Zeitungen, ist diese Strömung inzwischen zur vorherrschenden Kraft innerhalb des »rechten Lagers« geworden: Mit einem breitgefächerten Netz von Zeitungen, Zeitschriften, Stiftungen, die Seminare und Kongresse organisieren, bis hin zur Bildung von Parteien. Zur sogenannten »Alten Rechten« kann inzwischen fast nur noch Gerhard Freys DVU, die FAP und Kühnens BEWEGUNG gerechnet werden, wenn auch einschränkend hinzugefügt werden muß, daß sich auch diese gelegentlich aus dem Repertoire der NR bedienen. Alle anderen faschistischen Organisationen sind entweder vollständig auf neurechte Ideologie eingeschwenkt oder haben zumindest wesentliche Teile übernommen, wie z.B. die REPUBLIKANER.

Was die politischen Parteien angeht, so sind neben regionalistischen Organisationen (wie z.B. dem SACHSENBUND, dem BUND FRANKENLAND oder die BAYERNPARTEI) und ökologischen Organisationen (wie beispielsweise die ÖDP-Abspaltung UNABHÄNGIGE ÖKOLOGEN DEUTSCHLANDS) vor allem die DEUTSCHE LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT (DL), die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN und die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (JN/NPD) und die NATIONALISTISCHE FRONT (NF) Repräsentanden der NEUEN RECHTEn. Die beiden letzgenannten, JN und NF, wollen wir in den folgenden Artikeln näher beleuchten.

Die geschichtliche Herausbildung der NEUEN RECHTEN

Historisch entwickelte sich die NEUE RECHTE aus drei Strömungen:

1. Aus den alten Nazis, die schon bald nach 1945 begannen, die Fehler des Hitler-Faschismus aufzuarbeiten,

2. Aus Konservativen, die sich nach und nach an die Ideologie der NR annäherten,

3. Aus den NATIONALREVOLUTIONÄREN, die sich Ende der 60er/ Anfang der 70er Jahre vor allem von der NPD abgespaltet hatten.

Zu 1. Zu den alten Nazis, die schon sehr früh die neurechte Großeuropa-Konzeption, im Unterschied zum Hitlerismus, präsentierten, gehörten in erster Linie OTTO STRASSER und ARTHUR ERHARD. Erhard war SS-Sturmbann-Führer (Spezialist für Partisanenbekämpfung) und gründete 1951 die Zeitschrift 'Nation Europa'.

Im Mai 1951 fand in Malmö/Schweden der »Europäische-National-Kongreß« statt. Aus Deutschland war neben Erhard für 'Nation Europa' auch Otto Strasser für die DEUTSCHE REICHSPARTEI (DRP) mit von der Partie, aus England kam der Erhard-Freund und Anführer der »Schwarzhemden« SIR OSWALD MOSLEY, aus Italien Vertreter des MOVIMENTO SOCIALE ITALIANO (MSI) und aus Spanien Delegierte von Francos FALANGE.

Die sogenannte »Malmö-Internationale« forderte schon damals »ein unabhängiges Großeuropa« und einen »dritten

Weg jenseits von Kapitalismus und Kommunismus«. Diese Linie wurde bis heute hauptsächlich von alten Mitgliedern der WAFFEN-SS fortgeführt, ihre Kontakte bewirkten die heutigen internationalen Vernetzungen der faschistischen Organisationen. So schrieb der Franzose PIERE DE PRINGET, ebenfalls ehemaliger WAFFEN-SSler, in seinem 1981 erschienen Buch 'Die Kollaboration':

»Der Tag ist nicht mehr fern, an dem man den aussichtslosen Kampf französischer SS-Soldaten an der Reichskanzlei zu Berlin im Herzen Europas nicht mehr als die letzte Episode der gescheiterten Kollaboration, sondern als die erste der europäischen Zusammenarbeit von morgen betrachten wird.«



Gerd-Klaus Kaltenbrunner

Das Buch wurde vom GRABERT-VERLAG verlegt. Der Chef dieses größten neurechten Verlages, WIGBERT GRABERT, ist Mitglied des Kasseler THULE-SEMINARs – ein Knotenpunkt der NR in der BRD und ein direkter Ableger der französischen NOUVELLE DROITE und dessen Zentrum GRECE. Auf die WAFFEN-SS bezieht sich auch der Chef-Theoretiker der NATIONALREVOLUTIONÄRE HENNING EICHBERG – er nimmt die *»europäische SS«* und die *»europäisch-antibolschewistischen Verbände der Spätzeit«*, ausdrücklich von seiner Kritik am »III. Reich« aus.

Zu 2. Zu den Konservativen, die sich zu einem Teil der NR entwickelten, zählen u.a. GERD-KLAUS KALTENBRUNNER und ARMIN MOHLER. Kaltenbrunner (Jahrgang 1939) lebt in der Nähe von Freiburg und ist seit Anfang der 70er Jahre Herausgeber der Taschenbuch-Reihe »Initiative« des HERDER-VERLAGes. Bislang sind in dieser Reihe über 70 Bände erschienen, in denen zumeist neurechtes Gedankengut verbreitet wird. Autoren sind unter anderen JULIEN FREUND (Mitglied bei GRECE und Mitarbeiter der THULE-SEMINAR- Zeitung 'Elemente') oder WOLFGANG STRAUSS (wichtiger Theoretiker der NR, gilt als »Osteuropaexperte«, Redakteur von 'Nation + Europa' und 'Europa Vorn'). Kaltenbrunner, der auch in der Redaktion der ehemaligen NPD-Zeitung 'Mut' sitzt, wird vom französischen GRECE bescheinigt, ein wichtiger Kopf der NR zu sein.

ARMIN MOHLER (Jahrg. 1920) war Privatsekretär bei ERNST JÜNGER, Journalist bei der 'Welt', der erste Träger der »Konrad Adenauer Preises« und bis 1970 Berater von FRANZ JOSEF STRAUß. Mohler ist seit Anfang der 70er Jahre überzeugter Neurechter und sozusagen die »graue Eminenz« dieser Szene. 1970 gründete er mit seinem Freund CASPAR SCHRENCK-NOTZING die Zeitschrift 'Criticon', die bis heute ein wesentliches Diskussionsforum zwischen Konservativen und NEUEr RECHTE bildet. Mohler ist Mitglied von GRECE und Mitbegründer des Kasseler THULE SEMINARs. Von 1964 bis 1985 war er zudem Geschäftsführer der CARL-FRIEDRICH VON SIEMENS-STIFTUNG. Er entwickelte diese Institution, in dessen Stiftungsrat und -vorstand die Managerriege des Siemenskonzerns sitzt, zu einer Art Denkfabrik der NR. Die Siemens-Bosse fanden daran Gefallen, denn zu Mohlers Nachfolger in der Geschäftsführung beriefen sie HEINRICH MEIER, der ebenfalls ein Neurechter ist. Anfang der 70er Jahre war dieser im »Exekutivrat« der nationalrevolutionären Organisation SOLIDARISTISCHE OFFENSIVE, gemeinsam mit dem späteren Gründungsmitglied der NATIONALISTISCHEN FRONT, BERNHARD PAULI.

Zu 3. Die NATIONALREVOLUTIONÄRE spalteten sich Ende der 60er Jahre von der NPD ab, als diese nach einer Reihe von Wahlerfolgen und Einzügen in verschiedene Landesparlamente 1969 bei den Bundestagswahlen an der 5% Hürde scheiterte. Ihnen wurde deutlich, daß die Strategie der ALTEn RECHTEn - Rechtfertigung des Hitler-Faschismus, bei gleichzeitiger Orientierung auf parlamentarischen Erfolg, der auch *»demokratisches Wohlverhalten«* beeinhaltete - keine Aussicht auf Erfolg hatte.

In Abgrenzung dazu und mit der Überzeugung, daß es notwendig sei, die faschistische Ideologie zu modernisieren, entstanden die Gruppen, die wir hier als NATIONALREVOLUTIONÄRE bezeichnen. Diese schlossen sich 1972 in der AKTION NEUE RECHTE (ANR) zusammen. Die ANR spaltete sich 1974, ein Teil schloß sich G. Freys FREIHEITLICHEM RAT an. Der andere Teil gründete im selben Jahr die NATIONALREVOLUTIONÄRE AUFBAUORGANISATION (NRAO). Die NRAO zerfiel in der Folge im wesentlichen in zwei Flügel:

Die »Soldidaristen«, die sich auf O. Strasser bezogen. Einer ihrer Hauptvertreter war LOTHAR PENZ, der heute im BUND DEUTSCHER SOLIDARISTEN (BDS) in Hamburg und in der ebenfalls in Hamburg angesiedelten DEUTSCH-EUROPÄISCHEN STUDIENGESELLSCHAFT (DESG) aktiv ist. Die »Solidaristen« konzentrierten sich auf die entstehende Öko-Bewegung, waren (und sind?) zum Teil Mitglieder der GRÜNEN, später der ÖDP.

Der zweite Flügel nannte sich die »Sozialisten«. Sie bezogen sich auf Ernst Niekisch. Sie hießen SACHE DES VOLKES/NRAO und konzentrierten sich darauf, die Neue Linke, insbesondere die ML-Gruppen, nationalistisch zu unterwandern. Bei manchen Organisationen, wie z.B. der KPD, nicht ohne Erfolg, es kam zu diversen Annäherungen. Ein Exponent dieses Flügels war HENNING EICHBERG, er initiierte später die Zeitung 'Wir selbst', für die er noch immer schreibt. Er lebt heute als Dozent in Kopenhagen und ist nach wie vor ein theoretischer Kopf der Neuen Rechten.

Wenn es auch so scheint, daß diese Gruppierungen sich am laufenden Meter spalteten, wäre es ein Fehler, dies als eine besondere Schwäche zu betrachten. Der neurechte GÜNTHER BARTSCH (heute in der anthroposophischen ÖKOSOPHISTISCHEN INITIATIVE aktiv), hat das mal so formuliert:

»Die neue Rechte muß durch eine ähnliche Aufgliederung gehen, wie die neue Linke. Sie könnte sich organisatorisch differenzieren, ohne den gemeinsamen Rahmen zu sprengen.«

Genau das ist passiert. Die hier skizzierten drei Strömungen, die die Neue Rechte bilden, haben diesen gemeinsamen Rahmen, vor allem in ihrer Ideologie. Mensch darf sich die Neue Rechte nicht als eine Organisation, sondern als Strömung vorstellen, wenn es auch diverse organisatorische Querverbindungen gibt.

Die Ideologie der NEUEN RECHTEN

Was unterscheidet denn diese NEUE RECHTE von der ALTEN RECHTEN?

Nach dem vorübergehenden Niedergang der REPs, in die die meisten Neuen Rechten eingetreten waren, fand 1991 in den wichtigsten Zeitungen der NR ('Nation und Europa', 'Europa Vorn', 'Wir selbst' etc.) eine Strategiediskussion statt. Die zuvor gescheiterte Offensive der NR, die REPs zu »intellektualisieren«, veranlaßte z.B. 'Europa Vorn', den REPs das »geistige Niveau der Viertelalphabeten und Speckjägern« zuzuschreiben und zu betonen, daß es um mehr »als Geld und Posten« gehe. Das Ergebnis dieser Diskussion war der Rückzug aus dieser Partei, um die allgemeine Herausbildung von »Kaderstrukturen« auf der Grundlage des NR-Weltbildes wieder verstärkt zu betreiben.

Gemeinsamer Nenner aller aktuellen Strömungen der NR ist der »Jungkonservatismus« der Weimarer Republik. Diese historische ideologische Entwicklung bildet insbesondere den geschichtlichen Ansatzpunkt der europäischen NEUEN RECHTEN nach dem II.Weltkrieg. So wurde der Begriff (»konservative Revolution«) auch erst von ARMIN MOHLER im Jahre 1950 in der heute verwandten Form geprägt. Im Wesentlichen verbirgt sich dahinter die Fortsetzung einer idealistischen und nationalistischen Gesellschaftskritik, die sich während der wilhelminischen Zeit herausgebildet hatte. In diesem Gedankengebäude wurden einer als »zersetzend« bezeichneten Vernunft die »Kräfte des Lebens« entgegengehalten; an die Stelle eines alles umfassenden (»verschlingenden«) Materialismus soll wieder die »Idee« treten. Alles bleibt wohlweislich im Verschwommenen, denn philosophiegeschichtlich ist dies die bisher letzte Blüte des »deutschen Subjektivismus« seit dem idealistischen Philosophen FRIEDRICH SCHELLING. (... einem Schüler von Imanuel Kant, der eine ideengeschichtliche Reihe eröffnet, die dann über Fichte, Schopenhauer, Nietzsche, Kirkegaard, Steiner, den älteren Heidegger hin zu Oswald Spengler führt).

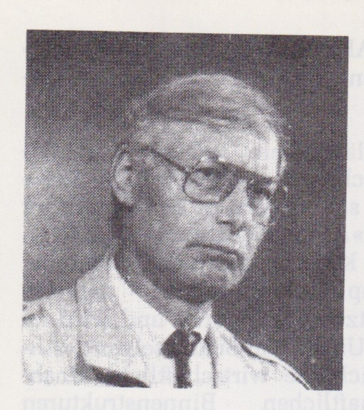
Politisch interessant ist der in den zwanziger Jahren entwickelte ideologische Gegensatz zwischen den Begriffen »konservativ« und »reaktionär«, wie er auch heute noch wesentlich das Selbstverständnis der NR speist und hinter ihren pseudorevolutionären Attitüden steht. Als »konservativ« verstehen sich nämlich diese Gruppen heute. Dahinter steht die historische Definition solcher Kräfte, die für die »Rückkehr zu den ewigen Werten in unserer Natur« eintreten, während »Reaktionäre« bloß für die »überlebten Formen der bürgerlichen Gesellschaft« streiten.

Als Hauptfeind dieser Gesellschafts»utopie« war bereits in den zwanziger Jahren der »Liberalismus« ausgemacht – worunter der gesamte bürgerlich parlamentarische, demokratische Staatsaufbau verstanden wurde (und auch heute noch wird). Diese Gesellschaftsform wird hauptsächlich für drei Dinge verantwortlich gemacht: Individualismus, Parteienregime und Klassenkampf. Dem setzen die Wegbereiter der »konservativen Revolution« – Moeller van den Bruck, Oswald Spengler und Ernst Jünger – die »ideale Staatsgemeinschaft« als Ziel aller Entwicklung gegenüber, die in der ideologischen Vereinnahmung vor allem durch Vordenker der NSDAP während der Weimarer Republik schnell zur »Volksgemeinschaft« wird. In diesem Zusammenhang wird Klassenkampf (Ergebnis »äußerer« Einflußnahme) überhaupt geleugnet, stattdessen wird ein »Ständestaat« romantisch-katholischer Prägung als Ziel des »revolutionären Kampfes« beschworen. Vor allem aber Vorstellungen vom Preußischen Staatsaufbau finden Eingang in diese gesellschaftstheoretischen Vorstellungen, und kurz vor der »Machtergreifung« der NSDAP sind auch die »Nationalbolschewisten« auf die Position vom »totalen Staat« eingeschwenkt.

Dieser absoluten »Staatsgläubigkeit« standen aber (und stehen aktuell) relativ schwachbrüstige ökonomische Theorien gegenüber. Dies ordnet sich bereits in den zwanziger Jahren dem diffusien Begriff »Antikapitalismus« unter. Darunter wird aber lediglich der Kampf gegen die Internationalisierungstendenzen des Kapitals verstanden – die einheimische, inländische Besitzstruktur wurde und wird zu keiner Zeit in Frage gestellt. Unter dem Schlüsselwort »Antikapitalismus« wird lediglich die wirtschaftliche Unabhängigkeit der wirtschaftlichen Binnenstrukturen verstanden, und dies geht soweit, bereits 1924 die vollständige wirtschaftliche Unabhängigkeit Deutschlands zu fordern. Durchgesetzt werden soll diese Vorstellung durch eine in Einzelbereichen (vor allem Landwirtschaft und Außenhandel) umfassende Planwirtschaft, so wie sie in den letzten vierzig Jahren in der DDR existierte. Andererseits fällt auf, daß die Wirtschaftstheoretiker, auf die sich die NF heute noch bezieht - SOMBART oder OTMAR SPANN - mit Argumenten operieren, die mit Ökonomie überhaupt nichts zu tun haben. Der »deutsche Antikapitalismus« bleibt in der irrationalistischen Tradition ADAM MÜLLERs, er ist zu allererst politischer, ethischer, ästhetischer, »völkischer« Natur.

Die Vermischung der Vorstellungen von einem »Ständestaat«, in dem polit-ökonomische Klassen nicht mehr existieren, mit diesem »völkischen«, nur auf nationale wirtschaftliche Unabhängigkeit bedachten, »deutschen Antikapitalismus« stellt den Kern der Vorstellungen des sogenannten »Dritten Weges« dar, so wie er uns heutzutage aus




Wolfgang Strauss

den Propagandaschriften etwa der NF oder der JN entgegentritt. Verstanden wird darunter eine – de facto scheinbare – Gesellschaftsalternative zwischen dem »Liberalismus« westlicher Prägung und dem »Staatskapitalismus« des untergegangenen sozialistischen Lagers. In den zwanziger Jahren standen diese Ansätze in den »19 Thesen« der Gebrüder Strasser, heute wird dies, nach der entsprechenden »neu-rechten Weiterentwicklung« (etwa was die Begriffe »Ethnopluralismus« und »Europa der Nationen« betrifft) im Grundsatzprogramm der NF, in ihrem »Aktionsprogramm« oder in den »theoretischen« Schriften von NF oder JN vertreten. Bei der NF gerinnt dieses Gedankengebäude in ihrem Heft »Unser Welt- und Menschenbild« schließlich zu solchen Dingen wie einem »logischen Empirismus«, der einer »reaktionären politischen Romantik«, einer »als Dialektik getarnten neomarxistischen Mystik der Frankfurter Schule«, einer »moskauorientierten pseudomarxistischen Scholastik« und einem »liberalkonservativen Pseudopragmatismus« entgegen gehalten wird. Der ideologische Bezugspunkt aller Gruppen der gegenwärtigen militanten Rechten, die sich selbst gern als NATIONALREVOLUTIONÄRE verstehen, liegt in eben dieser, von Vordenkern in CDU- Nähe wieder neu propagierten »konservativen Revolution«.

Die aktuelle Argumentation der NEUEN RECHTEN

Die Bedeutung von intellektuell ausgebildeten Kadern wird hier höher gestellt als bei der ALTEN RECHTEN. Doch in erster Linie unterscheidet sich die NR durch eine unterschiedliche Argumentation und Ideologie:

- die schon erwähnte Abgrenzung vom »Hitlerismus«. Die NR bezieht sich auf die JUNGKONSERVATIVEN der Weimarer Republik, auf die intellektuellen Wegbereiter des Faschismus, wie z.B. OSWALD SPENGLER oder ERNST NIEKISCH, die bei ihnen zu »Widerstandskämpfern« gemacht werden, ebenso wie OTTO STRASSER. Leute wie der NSDAP-Mitbegründer Strasser hatten zum Teil andere faschistische Konzeptionen als Hitler anzubieten und andere Fraktionen des deutschen Kapitals auf ihrer Seite. Otto Strasser, der Theoretiker des »antikapitalistischen Flügels« der NSDAP, wurde 1930 aus der Partei ausgeschlossen. Sein Bruder GREGOR, der noch 1932 zweiter Mann in der NSDAP war, wurde 1934 im Zusammenhang mit dem Machtkampf zwischen SA und Reichswehr erschossen. Auf diese zu »Antifaschisten« hochstilisierten Wegbereiter des Faschismus bezieht sich die NR heute.

Vor allem geht es in ihrer Kritik heute um die »europäisch-reaktionäre Konzeption« der Nazis, d.h. die Einschätzung, Deutschland hätte alleine zur Großmacht werden und die Sowjetunion niederringen können. Dagegen setzte die NR die Vorstellung der »Nation Europa«, »Großeuropa« (natürlich unter deutscher Vorherrschaft) statt eines »Großdeutschlands «.

- ebenso wird die »Überbetonung der nordischen Rasse« durch die Hitlerfaschisten kritisiert. Nach Meinung der NR gäbe es »drei Großrassen, die Europiden, die Mongoliden und die Negroiden«.

- die NR hat den Begriff »Ethnopluralismus« entwickelt. Da die »Völker« sich in verschiedenen Territorien herausgebildet haben, seien sie auch gleichzeitig notwendig verschieden, nicht nur in den äußerlichen Merkmalen, sondern auch in unterschiedlich geistigen und psychischen Strukturen. Eine »Vermischung von Völkern und Rassen« führe aber zur Aufhebung der Unterschiede und damit zur Angleichung auf »niedrigstem Niveau«. Die NR fordert die »Völker als genetische Isolate« zu erhalten, »Ethnopluralismus« hört sich eben besser an als »Ausländer raus«.

- grundlegendes Element neurechter Ideologie ist die These von der »Ungleichheit« der Menschen. Der »Universalismus des Juden-Christentums« hätte mit seinem Gleichheitsgedanken (»Vor Gott sind alle Menschen gleich«) eine »raumfremde« Ideologie nach Europa gebracht, stattdessen müsse man sich wieder auf die heidnisch germanische Religion beziehen.

Die Ungleichheit der Menschen wird ausschließlich biologistisch begründet. Die Theorien und Forschungen, z.B. des Nobelpreisträgers KONRAD LORENZ, welcher übrigens im wissenschaftlichen Beirat von GRECE (der Organisationen der NR in Frankreich) saß oder dessen Schüler EIBL-EIBESFELD, Autor in neurechten Zeitungen, stehen in den meisten Schulbüchern. Sie sind Grundlage des biologistischen Menschenbildes der NR.

- WOLFGANG STRAUSS hat den Begriff des »Befreiungsnationalismus« geprägt. Er ist Bestandteil der NR-Ideologie und der Überbegriff ihres völkischen »Antiimperialismus«. Der »Aufstand der Völker« in der sogenannten 3.Welt, in Osteuropa, der Basken oder Iren habe die gleiche Triebkraft. Denn Geschichte sei »die Geschichte von Volkskämpfen«. Unter dem Blickwinkel der »Nationalen Identität« als Vorraussetzung des »Selbstbestimmungsrechtes der Völker« begrüßt die NR die Aktivitäten der PLO genauso wie die der Südtiroler als »antiimperialistischen und nationalrevolutionären Befreiungskampf«.

Ergänzt wird dieses Denken durch das von HENNING EICHBERG entwickelte »Regionalismus«-Konzept. Denn die »Säulen jedes Volkes« seien »ihre Stämme«. Und die »Stammeskulturen« wären der »Motor« jeder »Nationalkultur«. Aus diesem Grunde müßten die »Stammesgrenzen«



Eine ihrer Zeitschriften: Der Titel zeigt, daß sie linke Begriffe geschickt in ihre Argumentation einbauen

mit den Verwaltungsgrenzen der Bundesländer identisch sein. Es gehe darum, die ländlichen Regionen der »Stämme« zu erhalten und gegen den »Zentralismus« der kaputten und »überfremdeten« Metropolen und Ballungszentren zu verteidigen.

Zur Strategie der NR

Das erklärte Ziel der NR ist das Erreichen der »kulturellen Hegemonie« (Gramsci, führender italienischer Kommunist in den 20er Jahren). Dieser Begriff, den sie ohne Berührungsängste von Antonio Gramsci geklaut haben (der übrigens 1935 an den Folgen faschistischer Kerkerhaft starb), besagt: daß die Arbeiterklasse erst die kulturelle Hegemonie in der Gesellschaft erringen müsse, um die politische Macht erreichen zu können. Die NR ersetzt den Begriff Arbeiterklasse durch »Volksgemeinschaft« und versteht sich als deren Avantgarde. Das schon erwähnte Thule-Seminar spricht auch von »Metapolitik« und »Kulturkrieg«, den man führen müsse als Voraussetzung einer Machtergreifung.

Armin Mohler schrieb 1985: *»Vorerst ist die Neue Rechte (...) ein Kern von Ideenstreuern, die Erfolg zunächst bei Akademikern und anderen 'Multiplikatoren' haben.«*

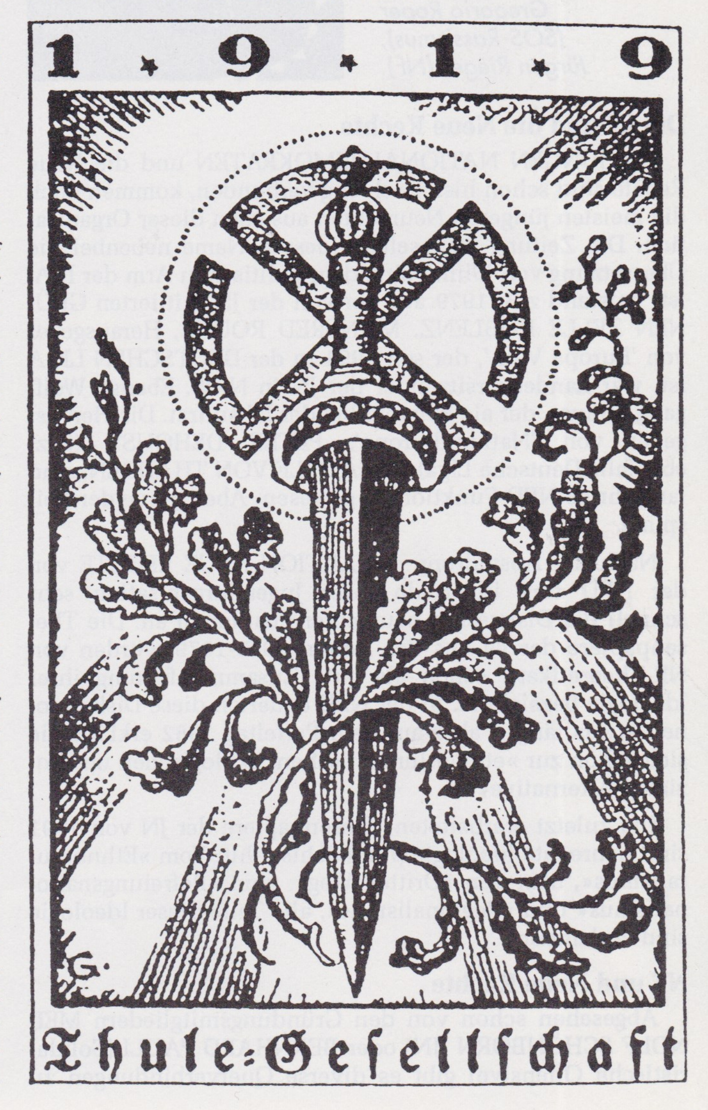
Der nach ALAIN DE BENOIST zweite Chef der französischen NOUVELLE DROITE, GUILLAUME FAYE, hat das in einem Interview 1986 so formuliert:

»'Wie viele Leute gehören eigentlich zu ihrem Kreis?' wollten wir wissen. *'Ein paar hundert.'* 'Also sind Sie ohne Macht und Einfluß?' *'Keineswegs'*, entgegnet Faye. *'Am Anfang der Macht standen und stehen immer Ideen. Man muß sie entwickeln, um einen Plan für das Erringen der Macht zu haben. Wir haben unsere Leute schon heute in fast allen Parteien sitzen. Wir schreiben in einer Reihe großer Zeitungen, hier und da steht uns auch der Rundfunk offen. Hinzu kommen unsere Zeitschriften mit zehntausenden Exemplaren, unsere Verlagsgemeinschaften mit umfangreichen Buchproduktionen, außerdem regelmäßige Kongresse auf nationaler und internationaler Ebene. Einfluß haben wir also heute schon auf jeden Fall'*. Um zu verdeutlichen, was er meint, stellt Faye drei gespreizte Finger auf den Schreibtisch. *'Wir haben hauptsächlich drei Standbeine: Das sind die Universitäten, die Verlage und die Presse. Hier verbreiten wir unsere Ideen. Wir versuchen zwar auch die Leute der alten Rechten für uns zu interessieren, in der Hauptsache aber wollen wir solche Leute erreichen, die nicht oder nicht mehr am Rockzipfel des Marxismus hängen. Ich sage es ohne Umschweife: Wir infiltrieren, wo wir können. Man könnte sagen, wir versuchen wie ein Submarine* (U-Boot, d.Red) *zu arbeiten. Wenn wir zum Beispiel in den Universitäten vor Studenten auftreten'*, Faye schiebt die rechte Hand mit gespreizten Fingern vom Kinn her über sein Gesicht, *'dann setzen wir uns gewissermaßen eine Maske auf. Man muß die Studenten zum Zuhören bewegen, und dafür ist es nötig, sich so zu geben, daß sie uns nicht von vornherein ablehnen.'* 'Und das geht ohne weiteres?' haken wir nach. *'Das geht! Professoren, die auf unserer Seite stehen, unterstützen uns freilich. Es gibt regelmäßig Diskussionszirkel in den Universitäten, an denen unsere Professoren beteiligt sind.'*« (aus: Biemann, Krischka: Nazis, Skins und alte Kameraden, Dortmund 1986)

Diese hier von Faye, der auch Mitarbeiter der Thule-Zeitung 'Elemente' ist, angedeutete Strategie, haben die bundesdeutschen Neuen Rechten als »Querfrontstrategie« (ein Begriff von O. Strasser) bezeichnet. Was sie darunter verstehen, beschrieb Wolfgang Strauss (heute Redakteur von 'Nation+Europa' und 'Europa Vorn') so: *»Das Oppositionspotential nationalisieren; die Antikriegsbewegung nationalisieren. Die Ökobewegung nationalisieren. Die wertkonservative Bewegung nationalisieren... Mit einem Wort: Die Anti-System-Bewegung mit nationaler Identität impfen, mit nationalistischem Befreiungselan aufladen, mit deutschem Fundamentalismus indoktrinieren, mit antikapitalistischem und antikommunistischem Geist erfüllen, für deutsche Alternativen begeistern.«* (»Neue Zeit« 5/82)

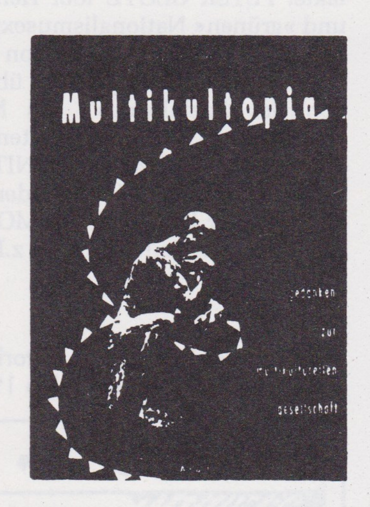
Dies haben sie auch versucht umzusetzen, nicht ganz ohne Erfolg. So konnten sie zumindest bis Mitte der 80er Jahre relativ ungestört bei den Grünen mitarbeiten, sie konnten zum Teil in der Friedensbewegung Fuß fassen, sie sind ganz gut dabei, in der Athroposophen/Esoterik/New Age-Szene mitzumischen. Auch zur SPD gibt es gute Kontakte: PETER GLOTZ lobt Henning Eichberg als "linken" und »grünen« Nationalismusexperten und übernimmt auch ideologische Versatzstücke von Eichbergs »Regionalismus«-Konzeption. Eichberg taucht übrigens auch in einem 'Lexikon des Sozialismus', das Mitte der 80er Jahre von prominenten Sozialdemokraten herausgegeben wurde, als Autor auf. Mitglieder der INITIATIVE LINKE DEUTSCHLAND DISKUSSION, Sozialdemokraten wie T. SCHWEISFURTH oder HERBERT AMMON, schreiben auch öfter mal in neurechten Zeitungen wie z.B. in 'Wir selbst'.

Keimzelle der NSDAP und historisches Vorbild des heutigen Thule-Seminars aus dem Jahre 1919



Ein anderes Beispiel der »Querfrontstrategie«: 1991 erschien im ARUN-VERLAG das Buch 'Multikultopia - Gedanken zur multikulturellen Gesellschaft'. Dem Herausgeber, STEFAN ULBRICH, dem auch der Verlag gehört, ist es gelungen eine recht illustre Autorengemeinschaft zusammenzukriegen. Mitglieder der Frankfurter Gruppe SOS-RASSISMUS, HEINER GEIßLER und auch JÜRGEN RIEGER von der NF machen sich gemeinsam Gedanken über die multikulturelle Gesellschaft (siehe die Anzeige). STEFAN ULBRICH, der früher mal Funktionär der WIKING-JUGEND in Bayern war, ist Redakteur des neurechten Blattes 'Junge Freiheit'. Er organisierte mit »pyramid media« 1989 Veranstaltungen mit PIERRE KREBS (Vorsitzender des Thule-Seminars) in Bayern.

Stefan Ulbrich(Hrsg.): MULTIKUTOPIA Die Streitschrift zur multikulturellen Gesellschaft. Beiträge u.a. von Marcus Bauer (Europa Vorn), Alain de Benoist (Nouvelle Droite), Heiner Geißler (CDU-Präsidium), Beate Winkler (Bundesregierung), Anke Martiny (SPD-Parteivorstand), Gregorio Roper (SOS-Rassismus), Jürgen Rieger (NF).



Die JN und die Neue Rechte

Die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN und die Neue Rechte sind schon historisch eng verbunden, kommen doch die meisten jüngeren Neurechten aus eben dieser Organisation. Die Zeitung 'Wir selbst' (dessen Name nebenbei die Übersetzung von 'Sinn Fein', dem politischen Arm der IRA, ist) entstand z.B. 1979 aus der von der JN initiierten GRÜNEN ZELLE KOBLENZ. MANFRED ROUHS, Herausgeber von 'Europa Vorn', der seit 1991 in der DEUTSCHEN LIGA ist, war Landesvorsitzender der JN in NRW. Ebenso Wolfgang Strauss, der als Referent bei der JN auftrat. Die Herausgeber von 'Nation+Europa', PETER DEHOUST (jetzt ebenfalls Deutsche Liga) und ADOLF VON THADDEN, sind langjährige NPD-Funktionäre gewesen. Aber genug der Beispiele.

Nach der Abspaltung der AKTION NEUE RECHTE von der NPD fing innerhalb ihrer Jugendorganisation sehr schnell die Diskussion neurechter Positionen an. Die Thesenpapiere der JN aus den Jahren 1976-1979 wurden von NR-Theoretikern schon als gute Zusammenfassung ihrer Ideologie bezeichnet. In der NPD dauerten diese Diskussionen etwas länger, aber auf dem Parteitag 1982 erklärte sie sich schon zur »ethnopluralistischen, ökologischen und sozialen Alternative«.

Die zuletzt erarbeiteten Thesenpapiere der JN von 1991 sind neurechte Ideologie pur. Nichts fehlt: Vom »Ethnopluralismus«, über den »Dritten Weg«, zum »Befreiungsnationalismus« und »Regionalismus«, alle Teile dieser Ideologie sind vorhanden.

NF und Neue Rechte

Abgesehen schon von den Gründungsmitgliedern MEINOLF SCHÖNBORN (JN) oder BERNHARD PAULI (Solidaristische Offensive) gibt es diverse Querverbindungen zu anderen Bereichen der Neuen Rechten. Aber insbesondere ihre Ideologie macht die NF zum integralen Bestandteil der NR. Ihre Schrift »Unser Welt- und Menschenbild« von 1991 zum Beispiel beinhaltet originäre neurechte Positionen (wie das biologistische – oder wie sie sagen »realistische« – Menschenbild auf Grundlage der Theorien von Konrad Lorenz etc.).

Vielleicht hat ihnen auch Pierre Krebs, der Vorsitzende des Kasseler Thule-Seminars, Nachhilfestunden gegeben, als er 1988/89 in der NF-Zentrale in Bielefeld Kaderschulungen durchführte. Oder Jürgen Rieger, der seit 1991 Mitglied der NF ist. Rieger ist eine der zentralen Figuren in der bundesdeutschen neurechten Szene. Er ist auch ständiger Mitarbeiter der Thule-Zeitung 'Elemente', und der Chef der französischen Neuen Rechten, Alain de Benoist, ist schon seit 1977 im Beirat von Riegers rassistischer GESELLSCHAFT FÜR BIOLOGISCHE ANTHROPOLOGIE, EUGENIK UND VERHALTENSFORSCHUNG. Diese Gesellschaft ist auch über ihren zweiten Vorsitzenden, DETLEV PROMP, eng mit dem Thule-Seminar verbunden. Er ist ebenfalls »ständiger Mitarbeiter« von 'Elemente'. Darüberhinaus ist Rieger in der neuheidnischen Sekte ARTGEMEINSCHAFT aktiv, deren Chef, DR. WIELAND HOPFNER, wiederum der »Abt. eugenische Ärzteberatung« in Riegers »Gesellschaft...« vorsteht. ■

Weitere Informationen zur NEUEN RECHTEN:

- Besonders wichtig: »In bester Gesellschaft«, R.Hethey/P.Kratz (Hrsg.), Verlag »Die Werkstatt« 1991

- »Thule Seminar - Spinne im Netz der Neuen Rechten«, zu beziehen über AK Neue Rechte c/o Umweltzentrum, Elfbuchenstr.18, W-3500 Kassel

- »Die Neue Rechte in der Bundesrepublik«, Margret Feit, Campus-Verlag 1987

- »Die Stimme ihrer Herrn (Die Ideologie der Neuen Rechten)«, Martina Koelschtzky, Pahl-Rugenstein-Verlag, 1986

- »Rechtsdruck (Die Presse der Neuen Rechten)«, Siegfried Jäger, Verlag Dietz Nachf., 1988 - »Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa«, Greß, Jaschke, Schönekäs - Opladen, 1990

Nationalrevolutionäre erlangen mehr Einfluß

Die Nationalistische Front

Die NATIONALISTISCHE FRONT (NF) hat in den letzten eineinhalb Jahren durch bundesweite Aktionen immer wieder Schlagzeilen produziert. Sei es nun mit ihrem letzten Bundestreffen in Niederaula, dem geplanten revisionistischen Kongreß in Roding, der massiven Teilnahme der NF bei den jährlichen Aufmärschen in Halbe oder, jüngstes Beispiel, mit dem Versuch, eine terroristisch ausgerichtete Organisation mit dem Namen NATIONALES EINSATZKOMMANDO (NEK) aufzubauen. Immer aber beschlich die Berichterstatter dieser Ereignisse das unangenehme Gefühl, es mit einer neofaschistischen Gruppierung zu tun zu haben, deren eigentliche Aktivitäten sich doch so sehr im Verborgenen abspielten, so daß mehr als Mutmaßungen nicht mitzuteilen waren. Dies lag vor allem auch an der zurückhaltenden Pressepolitik, die die NF im Unterschied zu anderen militant-neofaschistischen Gruppen betrieb und betreibt. Andererseits sind aber Beobachter der neofaschistischen Szene in der ehemaligen DDR seit geraumer Zeit mit der Tatsache konfrontiert, eine immer stärkere, immer breitere Kreise der neofaschistisch politisierten Jugend einbeziehende, Organisierung durch die NF feststellen zu müssen.

Im folgenden Text soll daher versucht werden, einen Teil der zur Zeit zur Verfügung stehenden Informationen über die NF überblicksweise zusammenzufassen. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Geschichte der NF als eine nationalrevolutionäre Sammlungsbewegung, ihr Selbstverständnis, ihre innere Struktur, ihre aktuellen Aktivitäten und ihre internationalen Verbindungen gerichtet worden (die Ideologie der NF wird im Artikel Die NEUE RECHTE behandelt).

Die Sammlung

Die Geschichte der NF reicht bis in das Jahr 1983 zurück. Im September dieses Jahres gründete sich in München die NATIONALE FRONT/BUND SOZIALREVOLUTIONÄRER NATIONALISTEN (NF/BSN). Hier organisierten sich vor allem ehemalige Mitglieder der VOLKSSOZIALISTISCHEn BEWEGUNG DEUTSCHLANDs/ PARTEI DER ARBEIT (VSBD/ PdA) des FRIEDHELM BUSSE, die 1982 verboten worden war. 1984 benannte sich die NF/BSN in NATIONALISTISCHE FRONT MÜNCHEN (NF-München) um. Gleichzeitig dehnten sie ihre Kontakte und ihre Arbeit von Bayern mehr und mehr auf das gesamte Bundesgebiet aus. Im März 1985 veröffentlichte die NF-München gemeinsam mit der NATIONALREVOLUTIONÄREn ARBEITERFRONT (NRAF), die 1977 in Bremen gegründet worden war, und der NATIONALEn FRONT - BEWEGUNG DES ARBEITENDEN VOLKES (NF-BdaV) aus Kassel ein gemeinsames Aktionsprogramm.



Der Zug der NF in Halbe (Nov. 1991)

In Nordrhein-Westfalen vollzog sich parallel dazu in den Jahren 84 und 85 eine andere Entwicklung. Im Herbst 1984 wurde der Landesvorsitzende der JUNGEn NATIONALDEMOKRATEN (JN), MEINOLF SCHÖNBORN, aus der NPD ausgeschlossen, weil er zunehmend militante Positionen vertreten hatte. Schönborn war gleichzeitig auch Redakteur der JN-Zeitschrift 'Klartext' aus Gütersloh. Nach diesem Parteiausschluß löste sich die gesamte 'Klartext'-Redaktion von der NPD/JN und fand in dem seit Januar 1982 in Gütersloh bestehenden FÖRDERKREIS JUNGES DEUTSCHLAND einen neuen organisatorischen Rahmen. Dieser FÖRDERKREIS etablierte in Steinhagen bei Bielefeld ein »Nationalistisches Zentrum«, über das die Beziehungen zu anderen Nationalrevolutionären massiv ausgebaut wurden.

In Steinhagen wurde schließlich auch am 16.11.1985 die NATIONALISTISCHE FRONT in ihrer heutigen Form als

»bundesweite Partei« gegründet. Erster Vorsitzender wurde der Freiburger Neonazi BERNHARD PAULI (früher SOLIDARISTISCHE OFFENSIVE und dann VSBD/PdA); Schönborn erhielt das Amt des »Generalsekretärs«. Im Februar 1987 wurde die NF ordnungsgemäß im westdeutschen Parteienregister eingetragen.

Selbstverständnis und Struktur

Das Selbstverständnis der NF liest sich in ihrer Satzung folgendermaßen: *»Die Nationalistische Front gehört zur weltweiten Bewegung des sozialrevolutionären Befreiungsnationalismus.«* Sie sieht sich als *»Organisation der Änderungen von politischen und ökonomischen Fehlentwicklungen auf dem Weg der öffentlichen Bewußtseinsbildung sowie der Veränderung politischer Machtverhältnisse auf dem Weg der öffentlichen Wahlteilnahme«*. Doch dies ist nur die legalistische Oberfläche dieser Partei, die dazu dient, vor allem die offiziösen Behörden zu täuschen. Im »Aufbruch«, dem internen Mitteilungsblatt der NF, heißt es im März 1991 eindeutiger: *»Klar war für uns von Anfang an auch, daß [...] wir uns nicht mit Wählerstimmen und Parlamentssitzen begnügen würden, sondern, daß wir die Macht wollten und wollen. Da aber 'nur der organisierte Wille Macht bedeutet', mußten wir uns diesen Willen in Form der NF schaffen.«*

Aufbruch

3. Jahrgang September 1991 Nr. 15

Inhalt

Die Organisationsleitung hat das Wort 1

Der Tag von Potsdam 2
Kameraden bei der Beisetzung der Preußenkönige

Autonome Aktion 2
Unbekannte Nationalisten aktiv

Ihr internes Informationsblatt »Aufbruch«

Die Eingangsthese des Grundsatzprogrammes, aber auch die leicht verständliche Fassung des Selbstverständnisses unter dem Titel »10-Punkte-Programm der NF«, weist diese Partei eindeutig als nationalrevolutionäre Organisation aus. Ähnlich wie bei der JN kreisen auch die ideologischen Versatzstücke der NF um Begriffe wie »Antikapitalismus«, »konservative Revolution«, »völkischer Sozialismus« und einen floskelhaften »Anti- Imperialismus« (nach dem Motto - Grundsatzprogramm der NF - : *»Den Imperialismus durch revolutionären Nationalismus beseitigen!«*).

Wie gefährlich die Mischung nationalrevolutionärer Phrasen gerade in den neuen Bundesländern werden kann, zeigt das Beispiel eines Gespräches zwischen der VEREINIGTEn LINKEN (VL) Berlin-Treptow und einer Gruppe der Berliner JN. In ihren eigenen Berichten zeigten sich die VL'er im Anschluß an dieses Treffen vor allem entzückt über die »antikapitalistische« Position ihrer Gesprächspartner.

Bei der Durchsetzung ihres ideologisch untersetzten Machtanspruches verzichtete die NF zunächst auf spektakuläre Auftritte in der Öffentlichkeit und auf die Teilnahme bei Wahlen. Anders als beispielsweise die GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF) um MICHAEL KÜHNEN verhielt sich die NF auch gegenüber der Presse äußerst zurückhaltend. Begründet wurde dies vor allem mit der »allgemeinen Zufriedenheit im Volk«. Weiter heißt es in der schon erwähnten Ausgabe des 'Aufbruch': *»Medienarbeit ist für uns aus [...] organisatorischen Gründen nicht erstrebenswert.«*

Hinter der Umschreibung »aus organisatorischen Gründen« verbirgt sich die eigentliche Arbeit der NF zur Durchsetzung ihres »Willens zur Macht«: der Aufbau einer möglichst gut funktionierenden Kaderorganisation nämlich. Begründet wird dieser Kurs ganz im Stile der sonstigen pseudorevolutionären Phrasen der NF mit dem Verweis auf Lenin und dessen Charakterisierung einer revolutionären Organisation (»Iskra«-Geschichte). So teilte sich die NF von Anfang an in einen *»engen Kreis ständig leitender Kräfte, den Kader«* und eine *»große Zahl von Mitgliedern, die in einem verzweigten Netz von Vorfeldorganisationen gebunden sind«* ('Aufbruch' März 1991 und 'Organisationshandbuch der NF'). Deutlich heißt es weiter: *»Der Aufbau einer Kaderstruktur hat [...] Vorrang vor wahlpolitischen Experimenten.«* Als Vorbild dient diesem Kader das Offizierskorps der WAFFEN-SS im II.Weltkrieg. *»Die Massen werden irgendwann von selber kommen«*, heißt es über die andere Gruppe lapidar.

Unentbehrlich für solche Strukturen, so erkannten die Strategen der NF schon früh, ist eine eigene, gut ausgebaute Logistik. Sie verstanden darunter ein Zentrum, aber auch Druckereien und Zeitschriften.

Eine Zeitschrift war für die NF bereits bei ihrer Gründung vorhanden: die von nordrhein-westfälischen Ex-JN-Kameraden eingebrachte Schüler-Postille 'Klartext'. Daneben etablierte die NF ein in der Art eines Fanzines aufgemachtes Blatt namens 'Nachrichten aus der Szene' (das infolge von »Überlastung« 1990 sein Erscheinen einstellte), sowie seit 1989 die interne Info-Zeitung 'Aufbruch'. Daneben geben, unabhängig von der Zentrale, einzelne Ortsverbände der NF auch seperate Zeitschriften heraus, so etwa die NF-Lüdenscheid ein Blatt unter dem Titel: 'Revolte - Zeitung der nationalistischen Bewegung'.

Nachdem das »Nationalistische Zentrum« Steinhagen offenbar seinen Zweck nicht mehr erfüllte, fand sich ein neuer zentraler Stützpunkt der NF schnell in der Bielefelder Bleichstraße 143 (*»eine Zahl, die den Herrschenden in diesem System Kopfzerbrechen bereitet«* - wie die NF gro-

Das hätten sie gerne...





Die NF beim Revisionistentreffen in Roding (Juni 1991) »Generalsekretär« Meinolf Schönborn (links hinten), daneben Jens Puhse (Bremen) und der »Bereichsleiter Süd« Helmut Braun (mit Halbglatze und Schnurrbart)

ßsprecherisch auf einem Flugblatt behauptete). Dort erwarb Meinolf Schönborn im Jahre 1986 ein Haus nebst kleinem Grundstück. Wie die dafür notwendigen 186.000 DM aufgebracht wurden, konnte allerdings nie ganz geklärt werden. Bis heute halten sich in diesem Zusammenhang hartnäckig Gerüchte, die von einem großzügigen Kredit durch die DEUTSCHE BANK sprechen.

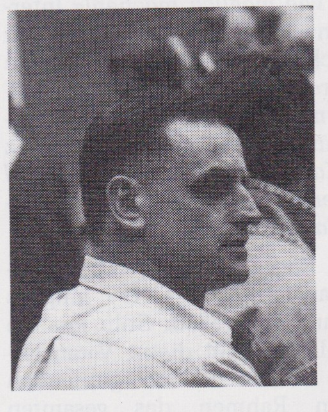
Die NF verfügt über zwei Vorfeldorganisationen. Ihr Zweck ist zum einen, in unmittelbarer Nähe zur Partei für Interessierte organisatorische Auffangbecken zu schaffen. So kann eine, durch den Kader kontrollierte, Auswahl des zukünftigen Nachwuchses erfolgen. Dies gilt vor allem für Jugendliche, die zwar früh in die NF-Zusammenhänge eingebunden werden sollen, aber aus Sicht der politischen Führer noch einer *»intensiven ideologischen Schulung«* bedürfen. Diesem Ziel dient der JUNGSTURM DEUTSCHLAND (JSD). Hier soll nach dem Willen der NF Mitglied werden, *»wer noch sehr jung ist (ab 14 Jahre), noch sehr viel lernen will und muß, aber dennoch schon im Rahmen seiner Möglichkeiten für Deutschland kämpfen möchte«*.

Ein anderes Ziel von Vorfeldorganisationen ist, Sympathisanten an die Parteiorganisation zu binden, die die NF selbst so charakterisiert: Leute, die »nicht an der 'Front' kämpfen« können, aber trotzdem »auch nicht abseits stehen« möchten, oder solche, die »nicht im Rampenlicht stehen wollen«. Dafür steht der NF der bereits erwähnte FÖRDERKREIS JUNGES DEUTSCHLAND zur Verfügung, dessen Satzung sich ausdrücklich auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung bezieht.

Bundesweit gliedert sich die NF inzwischen in zwei »Bereiche«. Zum »Bereich Nord« gehören die Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Berlin. Dem »Bereich Süd« sind die Bundesländer Bayern, Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland zugeordnet. Ob sich die neuen Bundesländer in dieses Schema eingeordnet haben, oder ob unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse ein gesonderter »Bereich Mitte« geschaffen worden ist, läßt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht mit letzter Sicherheit beantworten.

Der Bundesvorstand der NF wird gebildet von MEINOLF SCHÖNBORN (mittlerweile Vorsitzender) sowie seinen drei Stellvertretern ANDREAS POHL (Berlin), ECKHARD SCHOLZ und HELMUT BRAUN (Heidelberg). Braun ist außerdem auch Bundeskassenwart und Bereichsleiter Süd. Als Beisitzer firmiert JENS LINDLER. Den »Bereich Nord« leitet STEFFEN HUPKA, ihm zur Seite stehen HANS-JOACHIM VARNHORN und MATTHIAS SCHWIER.

Mit ihren Zielsetzungen und dieser organisatorischen Untersetzung versucht die NF, sich vor allem für Jugendliche, besonders für bereits anpolitisierte Nazi-Skins und Hooligans interessant zu machen. In Abgrenzung zu anderen militant-neofaschistischen Gruppierungen war die NF immer um ein betont jugendliches Image bemüht. ANDREAS (»POLE«) POHL, der Berliner Lokalmatador der NF beispielsweise, war Mitte der achtziger Jahre Mitglied der Oi-Band »Kraft durch Froide« und des rechtsradikalen »Herta-BSC«-Fan-Clubs ENDSIEG. Ein Skin-Fanzine gleichen Namens wird vom NF-Mitglied ANDREAS GÄNGEL in Bruchsal herausgegeben. Über die Redaktionsadresse wird gleichzeitig ein Versand von NF-Material, Nazi-T-Shirts und Platten betrieben; in der Vergangenheit fanden dort mindestens drei Razzien auf Grund von Ermittlungen nach 86 StGB (Verwendung verfassungsfeindlicher faschistischer Symbole) statt. Im 'Aufbruch' vom September 1991 benennt die NF ihre Zielgruppen selbst so: *»Schülerschaft, insbesondere die der Oberschulen und ihrer Oberklassen«, »Lehrlinge und Jungarbeiter«, »die Landjugend« und »schließlich der sogenannte Mittelstand, also das freiberufliche Bürgertum«.*



Ein Mitarbeiter des Revisionisten Otto Ernst Remer in Roding

Im 'Organisationshandbuch' der NF wird die »Ortsgruppe« als kleinste Einheit der Partei benannt. Über funktionsfähige Ortsverbände verfügt die NF mittlerweile unter anderem in Bremen, Braunschweig, Berlin, Bielefeld-Gütersloh, München und Heidelberg. Tatsächliches Rückgrat der NF aber sind sogenannte »Zellen«, die ein über das gesamte Gebiet der Bundesrepublik verteiltes Netz bilden. Mehrere »Zellen« bilden einen »Stützpunkt«, eine eher landschaftlich untergliederte Organisationsform, die sich in den letzten Jahren verstärkt durchsetzt.

Die Arbeit bestehender Ortsverbände ist durchaus unterschiedlich organisiert. In Bremen beispielsweise, wo die NF über einen harten Kern von fünf bis zehn Figuren verfügt, macht sie sich praktisch überhaupt nicht öffentlich bemerkbar, Aufkleber finden sich kaum. Und doch haben diese Kader aus der Deckung großen Einfluß in der Stadt. Von

einem solchem Kern ausgehend organisiert die NF beispielsweise in Bremen Gruppen im Umland der Stadt.

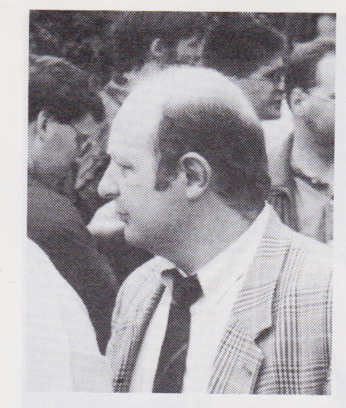
Aktivitäten

Mit dieser Struktur im Hintergrund führte die NF schon immer konspirativ organisierte »Schulungs- und Weiterbildungstreffen« auf Bereichs- und/oder bundesweiter Ebene durch. Doch die Zielsetzung solcher Treffen änderte sich in den letzten drei Jahren erheblich. So wurde das angestrebte Ergebnis eines »Norddeutschen Treffens« am 20.Mai 1989 noch mit *»Bildung eines Kadernetzes, Schaffung einer logistischen Zentrale, Aufbau eines Verlages und Sicherung einer eigenen Presse«* sowie der Organisierung von *»Regelmäßige(n) weltanschaulich-geistige(n) und körperliche(n) Schulungen«* angegeben. Bundesweite Schulungen, auf denen die Kader ihre Weltsicht vermittelten, fanden bis dahin fast ausschließlich in der Bielefelder Bleichstraße statt. Zur »Körperlichen Ertüchtigung« wurden - ähnlich wie bei der WIKING JUGEND und analog zu den Wehrsportübungen der GdNF - sogenannte »Ausbildungszeltlager« veranstaltet. Die Voraussetzung zur Teilnahme am »Ausbildungszeltlager der NF vom 27.7. bis zum 5.8.1990« beschrieb die Einladung folgendermaßen: *»absoluter Wille zur Leistung, uneingeschränkte Anerkennung der Lagerleitung, körperliche Gesundheit und Leistungsfähigkeit sowie allerhöchste Disziplin«.*

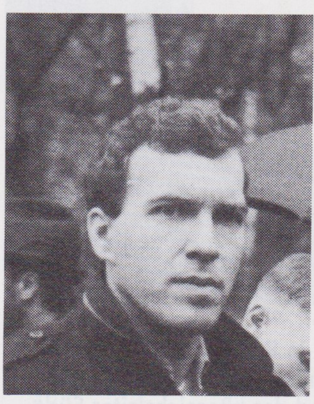
Beim letzten Bundestreffen der NF am 6.April 1991 im hessischen Niederaula rückten die Anstrengungen zum Parteiaufbau jedoch deutlich an die zweite Stelle. Im Mittelpunkt stand hingegen ein Referat des Rechtsanwaltes JÜRGEN RIEGER, das er selbst so ankündigte: *»Die Ausländerflut gefährdet die biologische Existenz unseres Volkes. In meiner Rede werde ich deutlich dazu Stellung nehmen und einen realisierbaren 9-Punkte-Plan zur Ausländerrückführung vorstellen!«* Das tat er dann auch. Orginalton Rieger in Niederaula: *»Wir müssen ihnen* (den Ausländern - d.A.) *den Aufenthalt so unbequem wie möglich machen!«* Interessant ist, daß der Einladung nach Niederaula ein Text von KARL RICHTER (einem wichtigen Autoren der Neuen Rechten) aus »Nation und Europa Nr.11/12 1990« beigegeben war, den die NF lapidar mit *»die Intellektuellen 'entdecken' die Kaderpartei«* kommentierte. In diesem Aufsatz hieß es nämlich: *»Für eine Kaderpartei am rechten Rand wäre Platz und Bedarf in einer sich abzeichnenden Monokultur der deutschen Parteienlandschaft.«*

Bei der im oberfränkischen Rodig am 29.6.1991 geplanten sogenannten »Bundesveranstaltung der NF« ging es dann bereits ausschließlich und in großem Stile um die Propagierung der »Holocaust-Lüge«. Mit dieser Veranstaltung versuchte auch die NF, sich in den übergreifenden ideologisch-propagandistischen Rahmen des gesamten deutschen neofaschistischen Lagers (den Geschichtsrevisionismus) einzuordnen. Auf die Teilnehmer in Roding wird noch an anderer Stelle zurückzukommen sein. Abgesehen davon, daß die Veranstaltung nach einem Instanzenstreit vor bayrischen Verwaltungsgerichten schließlich vom USK verhindert wurde, ist bemerkenswert, daß die Ereignisse in Roding in der »Remer-Depeche« an herausragender Stelle geschildert wurden. Der Herausgeber dieser Postille, der Altnazi OTTO-ERNST REMER, eine zentrale Figur der bundesdeutschen Neonazi-Szene, war in der Vergangenheit immer auch dadurch bekannt, daß er voll hinter Kühnen und seiner GdNF stand.

Die letzte spektakuläre Aktion der NF ist ein von SCHÖNBORN unterzeichneter Aufruf zur Bildung eines NATIONALEN EINSATZKOMMANDOs (NEK) vom Oktober 1991. Dahinter verbirgt sich der Versuch, in einer Zeit



Karl Phillip, revisionistischer Journalist aus Frankfurt/M.



Steffen Hupka, »Bereichsleiter Nord« der NF

massiver neofaschistischer Gewalt gegen AusländerInnen und Andersdenkende, einen eingetragenen Verein ausschließlich für diesen terroristischen Zweck zu etablieren. Als Vorbilder für eine solche Organisation benennt der Aufruf neben Arminius, Florian Geier und Schlagerter (*»[...] organisierte er [...] Sabotageakte gegen die Besatzungsmacht. [...] Handeln wir, wie er heute auch handeln würde!«*) auch die deutschen Freikorps und die Waffen-SS (*»Ihr Kampf soll unser Beispiel sein. Jetzt sind wir jungen Nationalisten in der Pflicht, wie sie heldenhaft für Deutschland zu kämpfen!«*). Die wichtigsten Aufgaben des NEK sollen sein: *»Aufstellung kadermäßig gegliederter hochmobiler Verbände, Ausbildung von sportlichen und gesunden Kameraden für den politischen Kampf auf der Straße, Planung und Durchführung von überraschend durchgeführten zentralen Aktionen«.* Üblicher Weise bezeichnet man derartige Zusammenschlüsse als Wehrsportgruppen. Daß sich hier manches anders zu verhalten scheint, zeigt mindestens die große Zurückhaltung bundesdeutscher Sicherheitsbehörden gegenüber dieser Gründung. Auf eine kleine Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion vom Februar 1992 teilte das Bundesinnenministerium (BMI) lapidar mit: *»Der Bundesregierung ist [...] der Sachverhalt bekannt«.* Im Übrigen bleibt das BMI bei seiner Aussage, daß *»eine zentrale Steuerung der gewalttätigen Ausschreitungen gegen Ausländer durch Rechtsextremisten bisher nicht erkennbar«* ist. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln konnte auf Anfrage *»nicht mehr sagen«* als: *»Das Schreiben ist uns bekannt.«* Gerüchte, wonach gegen SCHÖNBORN und andere in diesem Zusammenhang ein Ermittlungsverfahren nach §129a eingeleitet worden sei, haben sich bis zum heutigen Tage nicht bestätigt. Dabei ist die Verbindung der NF zum neofaschistischen Terror in Deutschland weder unbekannt noch neu.

Bereits 1988 war nachweislich ein NF-Aktivist bei einem Brandanschlag auf ein AusländerInnenwohnheim in Bayern beteiligt, bei dem vier Menschen starben; 1991 waren NF-Mitglieder bei Anschlägen auf Flüchtlingswohnhei-

me in und um Bremen dabei. Dem Berichterstatter des »Rechten Randes« über die NEK-Aktivitäten ist voll zuzustimmen, wenn er im Februar 1992 schreibt: *»Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Akteure davon ausgehen, ihnen könne durch die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden nichts geschehen, auch wenn sie es noch so wild treiben«.*

Die Veränderung der politischen Verhältnisse in Deutschland und der von politischen und wirtschaftlichen Trittbrettfahrern gern als »Wende« bezeichnete Anschluß der DDR an die BRD, stellte auch die NF – wie andere neofaschistische Gruppen – vor völlig neue Aufgaben. Kontakte der NF zu rechtsradikalen Aktivisten der faschoisierten Skin- und Hooliganszene der DDR lassen sich, besonders in Berlin, schon für das Jahr 1986 nachweisen. ANDREAS POHL schrieb damals im 'Klartext' vom *»festen Bündnis der Freundschaft, das sich leider, bedingt durch die Mordmauer, nur in Besuchen unsererseits ausdrückt«.* Nie ganz geklärt werden konnte, inwieweit und welche NF-Kader am Überfall auf das Punk-Konzert in der Ostberliner Zionskirche beteiligt waren. Daher wundert es nicht, daß bei den Angriffen auf besetzte Häuser im Ostberliner Bezirk Prenzlauer Berg durch Hooligans im Frühjahr 1990 auch Aktivisten der Westberliner NF, zum Beispiel CHRISTIAN FRANKE, im Hintergrund die Fäden zogen.



Führendes NF-Mitglied (links) und der Fahrer des Berliner NF-Transporters am 10.8.91 in Ravensbrück

Abgesehen von diesen, auf Ostberlin beschränkten Kader-Aktivitäten, verhielt sich die NF jedoch nach der Maueröffnung anders als andere neofaschistische westdeutsche Gruppierungen. Während beispielsweise die GdNF versuchte, durch massive Kader-Präsenz schnell im sogenannten »Mitteldeutschland« zu einer Massenbasis zu gelangen – und so zum bestimmenden neofaschistischen Element des Jahres 1990 wurde –, setzte die NF zunächst darauf, bereits in der DDR führende Aktivisten zu Intensivschulungen in die westdeutschen NF-Zentren einzuladen. Nach drei oder vier Monaten kehrten diese dann in die DDR zurück und bauten dort scheinbar eigenständige politische Organisationen auf. Markantestes Beispiel dafür ist THOMAS KREISSLER aus Arnstadt in Thüringen. Der ehemalige FDJ-Sekretär gründete dort im September 1990 die DEUTSCHE VOLKSPARTEI (DVP) einzig aus dem Grunde, *»um der obligatorischen verfassungsschützenden Bespitzelung der NF zu entkommen«.* Während unabhängige und antifaschistische Beobachter noch rätselten, welcher Ecke des neofaschistischen Spektrums diese Gruppierung denn nun zuzurechnen sei, war MEINOLF SCHÖNBORN mehrfach in Arnstadt zu Gast und hielt mindestens einmal eine öffentliche Veranstaltung für alle Mitglieder der DVP ab. Ähnlich stellen sich die Verhältnisse in Eberswalde-Finow, 60 Kilometer nordöstlich von Berlin, dar. Dort gründete TRISTAN DREWITZ im Dezember 1990 den DEUTSCH-NATIONALEN BUND/VÖLKISCHER BUND, nachdem er ebenfalls zur Intensivschulung in Westdeutschland war. (Der Pressesprecher der Eberswalder Polizei behauptet jedoch noch heute unverfroren: *»Bei uns gibt es keine rechtsextreme Szene, nur ein paar Sympathisanten«.* Und das alles, nach dem am 24.11.1990 in Eberswalde der ausländische Mitbürger Antonio Amadeu von der Gruppe um Drewitz brutal zu Tode geprügelt wurde. Folgerichtig besitzt Drewitz inzwischen eine ABM-Stelle von der Stadt.)

Gerade in Kleinstädten des Landes Brandenburg gelang es der NF, im Jahre 1991 massiv Zulauf zu erlangen. Besonders ausgehend von Kreisstädten im Umfeld Berlins (Oranienburg, Strausberg, Velten, Nauen, Königs Wusterhausen) konnte die NF auch zunehmend dort Fuß zu fassen, wo im Jahre 1990 noch die Kader der GdNF den Ton angaben. Bereits im November 1990 »bedankte« sich die »Organisationsleitung« bei der »Aufbaugruppe Königs Wusterhausen« für deren Vorbereitung des »Aufmarsches in Halbe«. Von Eberswalde aus wird heute wiederum ein großer Teil der Szene zur polnischen Grenze hin (Schwedt oder auch Frankfurt/Oder) organisatorisch einbezogen. Mittlerweile muß davon ausgegangen werden, daß die NF an weiten Teilen der Grenze zu Polen »Zellen« und »Stützpunkte« besitzt. (Eine wesentliche Ausnahme bildet einzig das Gebiet um Cottbus, das die DEUTSCHE ALTERNATIVE für sich beansprucht.) Zweifellos geholfen hat ihr dabei auch ihre nationalrevolutionäre Propaganda, die für den oberflächlichen DDR-Beobachter doch viele »linke« Versatzstücke enthält. So konnte die NF schnell die scheinbare Nähe zwischen dem, in der ehemaligen DDR weit verbreiteten, vulgärmarxistischen und dem nationalrevolutionären Weltbild für ihre Zwecke ausnutzen. Zu Gute kam ihr sicher auch die Verwirrung der politischen Begriffe, die momentan in den fünf neuen Ländern herrscht. Für den flüchtigen Beobachter ist beispielsweise der Unterschied zwischen dem »Dritten Weg«, den die PDS propagiert, und dem »Dritten Weg«, der sich in den programmatischen Aussagen der NF findet, kaum noch auszumachen. Daß dieser nationalrevolutionären Propaganda schließlich auch »altgediente« Linke aufsitzen können, zeigt die jüngste Entwicklung in Berlin. Dort gelang es nämlich der NF, mit einer Stimme Mehrheit im Landeswahlausschuß zu den Kommunalwahlen im Mai diesen Jahres zugelassen zu werden. Die Stimme kam von einem Vertreter der PDS-Kreuzberg.

In letzter Zeit bemüht sich die NF ohnehin, verstärkt an Wahlen teilzunehmen. So traten sie zur letzten Bürgerschaftswahl in Bremen (1991) an, erhielten aber nur einen verschwindenden Bruchteil der Stimmen. Offenbar ging es darum aber auch gar nicht – vielmehr sollten Erfahrungen mit dem politisch-agitatorischen Instrument »Wahlkampf« gesammelt werden. An der diesjährigen Berliner Kommunalwahl am 24.Mai kandidiert die NF im Stadtbezirk Hohenschönhausen.

Nachdem die NF im Frühherbst 1991 ihr Zentrum in der Bielefelder Bleichstraße aufgegeben hatte, vermehrten ihre verstärkten Ost-Aktivitäten vorhandene Informationen, nach denen man nun auf der Suche nach einer neuen Zentrale in den fünf neuen Ländern wäre. Anfangs schien es so, als seien die NF-Kader in den von der HALLESCHEn DEUTSCHEn JUGEND (HDJ) in Halle-Neustadt besetzten Häusern fündig geworden. Dies um so mehr, nach dem bekannt wurde, daß der bekannte Neonazi-Anwalt JÜRGEN RIEGER auf seiner Suche im Osten dort mehrfach vorgesprochen hatte. Doch nachdem nun klar geworden ist, daß die Rangeleien um Halle zu Gunsten der GdNF ausgegangen sind und der HDJ-Führer HANKE zum Gehilfen von BELA EWALD ALTHANS aufgestiegen ist, muß davon ausgegangen werden, daß die polizeiliche Aussage von SCHÖNBORN und RIEGER richtig ist, nach der sich ihr neues und alleiniges Zentrum in Detmold-Piwitsheide befindet. Die verstärkte Wahlteilnahme, die Veränderung der Schwerpunkte bundesweiter Aktionen und der Wunsch nach einer eindeutigen Wehrsportgruppe lassen in Kenntnis der Entwicklung der NF allerdings nur einen einzigen Schluß zu: der parteiinterne Strukturaufbau ist offenbar weitgehend abgeschlossen.

Die nationalen und die internationalen Verbindungen

Bei aller Konspiration und bewußter öffentlicher Abgrenzung war die NF doch immer Teil des gesamten neofaschistischen Lagers der Bundesrepublik – und ist es heute mehr denn je. Am engsten sind natürlich die Verbindungen zur JN. Das erklärt sich einerseits aus der Entstehungsgeschichte der NF, andererseits aus der großen ideologischen Nähe beider Gruppierungen. Eine praktische Zusammenarbeit zwischen JN und NF findet sich vor allem dort, wo beide jeweils nur kleine eigene Ortsgruppen vorweisen können, so in Braunschweig. Hier ist nämlich der Ortsvorsitzende der JN, JENS DREYER, gleichzeitig Mitglied der NF.

Doch auch zur GdNF gibt es schon seit langem gute Kontakte. Im Streit der Lager, der nach Kühnens Schrift zur Homosexualität die FAP spaltete, fungierte die NF zeitweise als Vermittler. Im Juni 1987 beispielsweise rief CHRISTIAN WORCH beide FAP-Flügel zu einem »Treffen auf neutralem Boden« auf, um die internen Querelen zu klären. Diesen Ort stellte nach dem Verständnis der GdNF-Kader die NF-Zentrale in der Bielefelder Bleichstraße dar. Andererseits nahm die NF als Organisation bewußt nicht an den sogenannten »Rudolf-Hess-Gedenkmärschen« in Wunsiedel teil. Diese Abstinenz wurde unter anderem folgendermaßen erklärt: *»Wir lehnen es ab, Leute zu verheizen und Dinge zu tun, deren Folgen wir kaum vorhersehen und beeinflussen können. [...] Nichtteilnahme der NF ist in erster Linie dieser Sicherheitsaspekt.«* Trotzdem stellte die »Organisationsleitung« ihren Parteimitgliedern ausdrücklich frei, auf eigene Rechnung in Wunsiedel mitzumachen.

Bei anderen neofaschistischen Bündnisaufmärschen ist die NF weniger »vorsichtig«. Seit zwei Jahren erscheint bei dem, von der DEUTSCHEn KULTURGEMEINSCHAFT (DKG), auf dem Areal der letzten Kesselschlacht des II.Weltkrieges in Halbe südlich von Berlin, veranstalteten Aufmarsch, immer auch ein Block der NF in militärischer Formation. Daß dieser Termin für eine Gruppierung, die, wie mehrfach erwähnt, einen großen Teil ihres historischen Selbstverständnisses aus den Traditionen von Hitlers Waffen-SS bezieht, geradezu ein Muß ist, versteht sich von selbst. (Hauptsächlich SS-Divisionen versuchten in dieser letzten großen Schlacht des II.Weltkrieges Berlin zu verteidigen.) Die Aufmärsche in Halbe (über die im Info schon berichtet wurde) sind insofern interessant, als daß sich hier Kader aus allen neofaschistischen Lagern zu einer gemeinsamen Aktion treffen.

Die Zusammenarbeit mit der DKG hat für die NF eine »gute Tradition«. Seit 1989 nehmen NF-Kader nämlich an den von der DKG organisierten »Gästewochen« – einer Art Schulungs- und Austauschseminar – teil. Über das Zwischenglied DKG und ihre »Gästewochen« werden ohnehin Verbindungen zu anderen neofaschistischen Organisationen gepflegt. Dies betrifft einmal die sich selbst so verstehende »demokratische Rechte«. In Bremen stellten NF-Mitglieder beispielsweise 1989 den Saalschutz für die DVU. Zum Anderen sind über solche Querverbindungen offenbar auch die Kontakte zu führenden Figuren aus dem Revisionismus-Lager hergestellt worden.

Eine andere Form der Zusammenarbeit mit inländischen Faschistengruppen hat die NF durch die Bildung sogenannter DEUTSCHEr JUGENDINITIATIVEn (DJI) entwickelt. Hier vereinigen sich hauptsächlich Kader der FAP mit denen der NF durch die bei beiden vorhandene militante Ausländerfeindlichkeit. Derartige Gruppen, auf deren Konto viele militante Angriffe auf AusländerInnen und Flüchtlinge gehen, gab es 1987 in Berlin und 1988 in Bremen.

Ein weiteres Indiz für die, auch von der NF ausgehenden, Integrationsbestrebungen innerhalb des rechten Lagers ist die Tatsache, daß der schon mehrfach erwähnte JÜRGEN RIEGER seit dem letzten Jahr offizielles Mitglied der NF ist. Rieger hat eine Schlüsselfunktion bei der Integration der verschiedenen, durch Weltanschauung oder persönliche Empfindlichkeiten getrennten, militant-neofaschistischen Gruppen in der Bundesrepublik. Das läßt sich am leichtesten in der Formel: er kennt alle und alle kennen ihn, zusammenfassen. Rieger vertritt seit Jahren angeklagte Neonazis aller Fraktionen in Strafprozessen, und ficht bevollmächtigt die Verwaltungsklagen der GdNF aus.

Wie andere Organisationen auch, verfügt die NF über ausgebildete internationale Kontakte. In einem Bericht von der »14. DKG-Gästewoche« im österreichischen Pichl/Steiermark heißt es beispielsweise: *»Unsere Kontakte nach Spanien und den Niederlanden konnten wir ausbauen«.* Was das in Klartext bedeutet, zeigt das internationale Publikum, daß zur in Roding geplanten Revisionismusveranstaltung angereißt war. Neben der »großen alten Dame« der holländischen Neonazis, FLORI ROST VAN TONNIGEN, war dort auch der französische Professor ROBERT FAURISSON als Referent geladen, ebenso wie DAVID IRVING aus Großbritannien. Anwesend waren auch STEFAN SABOLA und PEDRO VALERA von der CEDADE aus Barcelona, sowie THORE VAN MOEKENSEN aus der belgischen Provinz Flandern. Als Referent war auch der österreichische Rechtsanwalt Dr. ERWIN SCHALLER, der über *»juristische Aspekte im Zusammenhang mit den Gaskammer-Widerlegungen«* sprechen sollte. SCHALLER, der in der österreichischen Neonazi-Szene ungefähr dieselbe Rolle spielt wie Rieger in der Bundesrepublik, vertrat zuletzt WALTER OCHENSBERGER, der die neofaschistische Postille 'Sieg' herausgibt, in einem Strafprozeß. SCHALLER hat aber auch schon GERT HONSIK verteidigt. Der wiederum ist Herausgeber des Hetzblattes 'Halt', daß mindestens seit April 1991 Inserate der NF veröffentlicht, in denen sie um Mitglieder wirbt. Über dieses Netz verfügt die NF seit geraumer Zeit auch über Kontakte zur von GOTTFRIED KÜSSEL geführten VOLKSTREUEn AUSSERPARLAMENTARISCHEn OPPOSITION (VAPO) und über diese, wie mittlerweile durch KÜSSELS Verhaftung bekannt wurde, auch zur unlängst aufgeflogenen WEHRSPORTGRUPPE TRENCK. ■

Die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN

Altes Fossil oder Kaderschmiede von morgen?

Am 25./ 26.1.92 sollte in Frankfurt der diesjährige Bundeskongreß der Jungen Nationaldemokraten (JN) - der Jugendorganisation der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands - in aller Ruhe über die Bühne gehen. Wichtig sollte dieser Kongreß deshalb sein, *»weil damit alle wichtigen Reformen abgeschlossen sein werden und der 'Mitteldeutsche Angriff' beginnen kann.«* Doch eine 700 Menschen starke Gegendemonstration verkürzte die Tagung um einen Tag und stellte aus den Anreisefahrzeugen »Hitler-T-Shirts« und Werbematerial sicher. Die Autos kamen dabei leicht zu Schaden.

Höchste Zeit für uns, den Zustand der JN einmal genauer zu betrachten.

Gab sie selbst ihre Mitgliederzahl im Mai 89 noch mit 1200 an, der Verfassungsschutzbericht 1990 nur noch mit 750, konnte das alles nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die JN wie die NPD tief in der Krise steckte. Zu Bundesaktionen, wie der Montagsdemo am 5.3.90 in Leipzig, erschienen lediglich knapp 100 Mitglieder, zum 19.Bundeskongreß (29/30.9.90) in Leipzig erreichten sie den »Teilnehmer-Niedrigst-Rekord« von ca. 79 Aktivisten und nach Frankfurt schafften sie auch lediglich 56 Deligierte zu mobilisieren. Doch mißt man alleine die Mobilisierungsfähigkeit der JN, so wird die aktuelle Gefährlichkeit schnell verkannt.

In den letzten zwei Jahren versucht sie, den Abwärtstrend durch organisatorische und ideologische Reformen abzufangen. Damit will sie gegenüber Gruppen und Parteien im militanten Neofa-Spektrum wie DEUTSCHE ALTERNATIVE, NATIONALISTISCHE FRONT, und NATIONALE OFFENSIVE wieder konkurrenzfähig werden.

Die »Elite« marschiert: Der Zug der NF in Halbe (Nov. 1991). In der ersten Reihe: Matthias Riehs aus Duisburg



Kaderschmiede für die nationale »Revolution«

Seit Gründung durch die NPD 1965 diente die JN als Jugendorganisation zum Sammeln von jungen Nationalisten und dem Heranbilden von Führungskräften für die Mutterpartei. Aktuellstes Beispiel war der Einzug der NPD in den Frankfurter Römer 3/89 bei den Kommunalwahlen in Hessen. Die JN stellte mit SVEN RINGMAYER, CHRISTINE RINGMAYER und JOSEF GRAF alleine drei der sieben erhaltenen Stadtratsposten. Doch landeten die ausgebildeten Kader nicht nur bei der NPD. Auch der mittlerweile verstorbene MICHAEL KÜHNEN oder HARALD NEUBAUER (zur Zeit im Vorstand der DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT und Mitherausgeber von NATION EUROPA) machten hier ihre ersten Gehversuche im Faschistenlager.

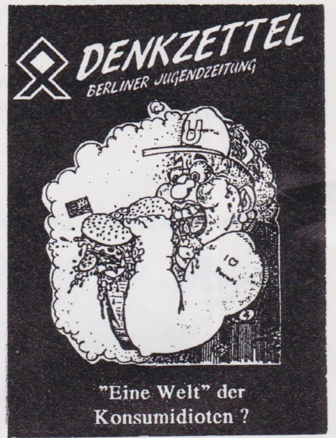
Der bedeutendste Teil wanderte jedoch immer wieder zu den NATIONALREVOLUTIONÄREN und deren Ideologiezeitschriften ab. WIR SELBST wurde 1979 von einer Koblenzer Gruppe der JN um SIGFRIED BUBLIES gegründet. Sie arbeitete unter anderem in die Friedens- und Ökologiebewegung hinein. Neuester Ansatz liegt in der nationalen Identitätsbildung über regionalistische Bestrebungen. So war das Redaktionsmitglied und frühere JNler UWE MEENEN bis vor kurzem Vorsitzender des FRÄNKISCHEN BUNDES zur Bildung eines eigenen Bundesstaates...

1987 wurde vom ehemaligen Landesvorsitzenden der JN, MANFRED ROUHS, die Zeitschrift 'Europa Vorn' gegründet. Sie entwickelte sich schnell von einer Schülerzeitung zum inoffiziellen Theorieblatt der REPUBLIKANER und nach deren (vorläufigen) Niedergang zu einem Ideenzentrum der europäischen NEUEN RECHTEN. Ständige Mitarbeiter sind heute ALAIN DE BENOIST (Kopf der NR Frankreich), ROBERT STEUCKERS (Mitglied der GRECE/Frankreich, aus Brüssel) und MICHAEL WALKER (Herausgeber des engl. Magazins THE SCORPIONS; aus Köln). Die aktuellsten Projekte, die 'Europa Vorn' verfolgt, sind ein deutscher Sender und eine deutsche Zeitschrift in Kadlub/Polen. Zuständig hierfür ist das JN-Mitglied TORSTEN PAPROTH (Konstanz) in Zusammenarbeit mit dem NATIONALE OFFENSIVE - Kandidaten der Landtagswahlen 92 in BaWü (Wahlkreise Singen/ Konstanz) GUNTER BOSCHÜTZ...

Zum Schluß sei noch die an die DEUTSCHE LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT und die NPD angelehnte Zeitschrift 'Nation' erwähnt. Redaktionsmitglied und JN-Bundesvorsitzender von 1989: KARL-HEINZ SENDBÜHLER. Die Aufzählung ließe sich beliebig fortführen. Doch führte diese Abwanderung der Kader zu einem Auszehrungsprozeß innerhalb der JN, dem sie seit zwei Jahren mit einer grundsätzlichen Reorganisierung im organisatorischen und ideologischen Bereich Rechnung tragen will.

Die organisatorische Reform

Auf dem 19. ordentlichen Bundesparteitag am 29.9.90 in Leipzig erfolgte eine Verjüngung der Bundesführung. Gleichzeitig signalisierte sie die große Wiedervereinigung (siehe Kasten). Der in Leipzig gewählte Vorsitzende KOLENDER wurde kurz darauf von HÜBSCHEN abgelöst, der dafür garantieren will, daß sich nach dem Austritt der »Verräterriege« MUßGNUG/SEETZEN/SCHÜTZINGER aus der NPD die neue Linie von GÜNTER DECKERT auch in der JN durchsetzt. Jedoch gab es Reibereien mit der NPD-Führung, da sich Deckert zu sehr an der WIKING JUGEND orientiert. So setzt die JN stärker denn je auf ein unabhängiges Profil, da eine Mehrheitsströmung die NPD als Wahlpartei für gescheitert hält. WOLFGANG BENDEL (8220 Trauenstein), der für die Abteilung Politische Bildung verantwortlich ist, ist einer der Motoren bei der Umwandlung in reine Kaderstrukturen, die innerhalb des »NATIONALEN LAGERS« arbeiten sollen. Aufgrund der Analyse, daß die NPD als Partei gescheitert ist, ist er für die Umsetzung informeller Personen- und Aktionsbündnisse, *»weg von parteiähnlichen Strukturen (Kreisverbänden, Landesverbänden)... . Stattdessen müssen die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN zu einer aktivistischen, höchstmobilen, völlig entbürokratisierten, autonomen Grupe von politisch Militanten werden.«* Die ganzen Strukturen mit Kassenwarten usw. sollen abgebaut werden und dafür ein Leitendes Gremium auf der einen und Regionale Arbeitsgruppen auf der anderen Seite entstehen. »Das Leitende Gremium wird de facto ein Personenbündnis von nationalistischen Militanten sein, deren Mitglieder sich durch ihre Taten qualifizieren und somit Vorbildcharakter für ihr Umfeld besitzen. Die neu zu bildenen Regionalgruppen werden sich an den zentralen Aussagen und Aktionen des LG orientieren.« Nicht mehr tätige Gruppen wurden aufgelöst und alle Karteileichen aus den Verteilern entfernt. Im Gegenzug hierfür wurden die ersten wieder arbeitsfähigen Regionalgruppen aktiviert. Am 7.12.91 wurde RAINER HATZ aus Nürnberg zum Vorsitzenden des JN-Regionalverbandes Franken/ nördl. Oberpfalz gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder wurden JÜRGEN DISTLER (Bayreuth) und NORBERT KLENHART (Neu-





Die nationaldemokratische Berliner Schülerzeitung »Denkzettel« (oben)

Auch die JN bedient sich pseudolinker Parolen (links)

Die Ideologiezeitschrift des NHB »Vorderste Front« (unten)



mark/ Oberpfalz), die auch beide wieder als Mitunterzeichner der von der »JUNGEN FREIHEIT« in der FAZ aufgegebenen Anzeige »Freiheit für Königsberg« auftauchen. Seitdem werden regelmäßig alle 14 Tage Schulungsabende zum Aufbau von Stützpunkten im Raum Bayreuth und Hof durchgeführt. Die neuen Mitglieder sollen nach Hübschen vorzeigbar sein, daß heißt, nicht jeder Skinhead soll aufgenommen werden, außer er bekennt sich an erster Stelle zur JN. Nach außen jedoch will die JN die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen verstärken. Es sollen DEUTSCHE FREUNDESKREISE gebildet werden, in denen die Kader der JN mitarbeiten. Als bestes Beispiel hierfür gilt für sie die »Aschaffenburger Aktionswoche« im Nov.91, die von JÜRGEN SCHWAB (8762 Amorbach) organisiert wurde (Mitdrahtzieher waren unter anderen FALCO SCHÜSSLER/ FAP-Funktionär aus Großostheim, UWE SCHYIA/ DEUTSCHE LIGA aus Obernburg, AXEL SCHUNK/ WJ-Führer aus Stockstadt). So sollen die Kader durch die beste Arbeit als Führungspersönlichkeiten im Nationalen Lager anerkannt werden. Auch die Arbeit um den Nachwuchs soll in Form von Schülerzeitungen und Hausaufgabenhilfen verstärkt werden. In Berlin wird die Zeitung 'Denkzettel' mit einer Auflage von 10000 Stück kostenlos an Schulen verteilt. In NRW läuft das Pilotprojekt für eine bundesweite Schülerzeitung - die 'Speerspitze'; der 'Deutsche Michel' erscheint in Köln; die 'Saufeder' ist für den Fränkischen Raum; und Zeitungen wie 'Express' (Oldenburg), 'Der Adler', 'Querkopp' sollen wieder aktiviert werden. Innerorganisatorisch soll die Vernetzung über Rechner und Mailboxen vorangetrieben werden. So wird auch JN- Propaganda neben der DEUTSCHEN STIMME der NPD seit kurzem über die Nürnberger BTX-Agentur Randt bundesweit über die Bilschirmtexte der Telecom angeboten.

Das alles klingt nach viel und steht nach außen im krassen Wiederspruch zu den 56 Teilnehmern am Bundeskongreß in Frankfurt. Dennoch keimt momentan in der JN die Gefahr einer NATIONALREVOLUTIONÄREN militanten Rechten, wie sie die NATIONALISTISCHE FRONT (NF) ebenfalls durchzusetzen versucht. Was die JN so gefährlich macht, ist die konsequente Entwicklung einer faschistischen Theorie des Dritten Weges:

Der Dritte Weg und der Politische Soldat

Die JN steht wie die NF für eine besondere Richtung innerhalb der militanten Faschistenscene. Sie haben sich entschieden vom Weg des Hitler-Faschismus abgewandt und versuchen konsequent verschiedene faschistische Nebenströmungen der NSDAP und deren reaktionären Vordenkern und Blockadebrechern aus der Konservativen Revolution wiederzubeleben. Die NF beruft sich hierbei auf die Gebrüder Strasser und ihren Nationalen Sozialismus und setzt wie die JN auf den Aufbau geschulter Kader. Mehrfach befasst sich das interne JN-Mitteilungsblatt 'Einheit und Kampf' mit dem bundesweiten Treffen und Aktionen der NF. Der Zwiespalt, in dem sie selbst stecken, wird hier deutlich. Auf der einen Seite stellen sie mit Blick auf die Mitgliederzahlen mit Neid fest, daß sich die NF »für die JN zu einer ernsten Konkurrenz entwickelt hat, die sich aber mit militanten pseudorevolutionären Sandkastenspielen wie Revisionistentagungen und Ausländer-Raus-Aktionen begnügt«. Sie hat die Mitglieder, doch »vermochte sie es bisher nicht, in der politischen Theorie eigenständige Konzepte und Perspektiven zu entwickeln«. Eben das Gebiet ist das Hauptarbeitsfeld der JN. »Wenn sich die JN Gedanken über mögliche Kooperation machen sollte, so wird die NF ein Ansprechpartner sein«, wird trotz aller noch vorhandener Konkurrenz signalisiert.

Die derzeitigen JN-Führungskader

BUNDESEBENE:	
Vorsitzender:	ERHARD HÜBSCHEN/Offenbach
	(FRANK KOLLENDER/Leipzig/Vorgänger)
Stellvertreter:	THILO KABUS/Berlin
	STEFAN LUX/ 5628 Heiligenhaus
	SIGRUN SCHURBOHM/Hamburg
Beisitzer:	JOSEF GRAF/Frankfurt
	THOMAS HERTEL/Dresden
	ANDREAS STORR/Berlin
	ANDREAS WEBER/Wuppertal
LANDESEBENE:	
BERLIN:	
Vorsitzender:	STEFFEN ERIKSON (Vorgänger)
	(ANDREAS STORR/Vorgänger)
Stellvertreterin:	ALEXANDRA HOCHHEISEL (Finanzen)
	mittlerweile abgelöst
	(JOACHIM LIEPE/Vorgänger)
Beisitzer:	JOACHIM LIEPE (polit. Umfeldarbeit)
	ANDREAS STORR (Pressearbeit)
	ANDREAS THEISEN (Organisation)
	DIRK GLASER (Vorgänger)
HESSEN:	
Vorsitzender:	MARC VORLÄNDER
	(ERHARD HÜBSCHEN/Vorgänger)
	(MARTIN BLOCK/ Steinbach, Vorgänger)
Stellvertreter:	WERNER BRÄUNINGER (Frankfurt)
	(MICHAEL ZÜLCH/Vorgänger)
	(GERD-UWE FRITSCH/Bad Hersfeld/Vorg.)
	(JOSEF GRAF/Frankfurt/Vorgänger)
	(CHRISTINE RINGMAYER/Frankfurt/Vorg.)
Schatzmeister :	GERD-UWE FRITSCH (Bad Hersfeld)
	(JOCHEN SCHMUTZLER/Friedberg/Vorg.)
Alter Vorstand:	(SVEN RINGMAYER/Frankfurt)
NRW:	
Vorsitzender:	MARTIN LAUS (Wuppertal)
Stellvertreter:	DIETER KOCH (Wuppertal)
	ANDREAS WEBER (Wuppertal)
Schatzmeister :	MARC PETERS
NIEDERSACHSEN:	
Vorsitzender:	HOLGER APFEL
Stellvertreter:	RÜDIGER BÜSING
Beisitzer:	WILHELM SUDMANN
	(DURRMANN/Organisation/Vorgänger)
	(KOSSAK/Vorgänger)
BAYERN:	
Vorsitzender:	CHRISTIAN EHRENSTRAßER
BV ZWIESEL:	GUDRUN RADEMACHER (Vorsitzende)
	GOTTFRIED STRAßGUTL (Stellvertreter)
	THOMAS HÖLZEL (Beisitzer)
	H. RUHLAND (Beisitzer)
RV FRANKEN:	RAINER HATZ (Vorsitzender/Nürnberg)
SAAR/ RHEINLANDPFALZ:	
Vorsitzender:	OLIVER NEUMÜLLER
	(JÜRGEN WIRTZ/Vorgänger)
Stellvertreter:	FRANK JOISTGEN
	HANS-JOACHIM BERND
Beisitzer :	MICHAEL GRELL
	DIETMAR SEIDLER
	PETER SCHNEIDER
KV SAAR-PFALZ:	OLIVER NEUMÜLLER (Kreisbeauftragter)
	SVEN SCHOTT (Stellvertreter)
	DIETMAR SEIDLER (Schatzmeister)
	FUCHS (Beisitzer)
	MICHAEL GRELL (Beisitzer)
HAMBURG:	
Vorsitzender:	BERND STÜRMER
BREMEN:	
Vorsitzender:	ROLAND FORST

Die JN gibt seit neuestem über den NATIONALDEMOKRATISCHEN HOCHSCHULBUND (NHB) die Zeitschrift 'Vorderste Front' heraus, die neben 'Einheit und Kampf' für die Herausbildung der neuen Theorie verantwortlich ist. Immer wieder wird in den Artikeln der Dritte Weg (weder Kommunismus noch Kapitalismus) beschrieben. Dabei lehnt sich die JN stark an die INTERNATIONAL THIRD POSITION (mit Sitz in London) an. Aufsätze ihres Vertreters DEREK HOLLAND über den »Politischen Soldaten«, der nur seinem Gewissen verantwortlich ist, werden nachgedruckt und geben die Grundidee für das Leitende Gremium. Derek Holland setzte zusammen mit NICHOLAS GRIFFIN ab 1987 den Umbau der NATIONAL FRONT zu Kaderstrukturen durch. Bei ihnen fand auch ROBERT FIORE, der Kopf der italienischen TERZA POSITIONE auf der Flucht Unterschlupf, nachdem sie mit ihrem bewaffneten Arm NUCLEI ARMATI RIVOLUTIONARI mehrere Morde und den Bombenanschlag von Bologna (84 Tote) verübt hatten. Und eben jener wird in einem Interview von der JN als Revolutionär dargestellt. Weitere Kontakte und Vorbilder in der Arbeitsweise aus dem Ausland sind die BASSES AUTONOMAS (Madrid) und die MOVIMENTO ACCAO NACIONAL (Lissabon), zu denen sie Kontakt unterhalten.

Das Entscheidene bei diesen Gruppen ist neben ihrem Aktionismus, daß sie alle auf Nebengebieten der Geschichte zurück zu einer faschistischen Theorie des Dritten Weges gelangen. Hier wird wieder JULIUS EVOLA, der Vordenker des Italienischen Faschismus ausgekramt (der ist immer häufiger in Esoterikbuchhandlungen zu finden). C.Z.CODREANU und seine LEGION DES ERZENGEL MICHAEL oder die EISERNE GARDE wird zum neuen Revolutionssymbol. Sie war die führende faschistische Kraft im Rumänien der Zwischenkriegszeit und steht für eine Revolutionstheorie, die auf Schaffung eines »neuen Menschen«, des »Politischen Soldaten«, der vom »legionären Geist« inspiriert ist, beruht. Diese »Aristokratie der Aristokratie« organisiert sich in selbstständigen Kernen. Diese Faschisten werden zu Übermenschen erklärt, *»weil ihre Herzen rein waren. Sie waren immun gegen den Feind, das Böse, die jeweils herrschende Clique... Betrug, Verrat und Feigheit blieben ihnen zeitlebend fremd. In ihnen war der Weg. Sie waren Einzelwesen, Herren ihres Ichs...«.* So entsteht ein Gebräu, daß den Herrenmenschen, den weisen Krieger neu erklärt. Selbstverständlich werden in diesem Zusammenhang auch Anleihen von ERNST JÜNGER *»einem Vordenker einer modernen, nationalistischen Weltanschauung in den 20er Jahren«*, aus seinem Buch *»Der Kampf als inneres Erlebnis«* übernommen. Und in der Führungsrolle einer neuen nationalen Jugendbewegung sieht sich natürlich schon das Leitende gremium der JN: *»Das LG wird sich zur Avangarde entwikkeln, weil das alte indogermanische Herrschaftsprinzip wiederbelebt wird...«*

Doch das Interessanteste, was sie zur Zeit zu bieten haben, sind ihre frisch erschienenen »THESENPAPIERE«, in denen das Handwerkszeug der sog. »NEUEN RECHTEN« fürs Fußvolk vereinfacht, als Cocktail aufgemixt wurde: Nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Niederlage des Kommunismus ist der Liberalismus und Kapitalismus der neue Hauptfeind. Sein wissenschaftliches Menschenbild geht ebenso wie das Christentum von der Gleichheit aller Menschen aus und steht somit der Elitenbildung, wie sie der JN vorschwebt, entgegen. Ihr Ziel ist es, mit dem Dritten Weg die jahrhundertealten Wiedersprüche zwischen den Klassen und Völkern zu überwinden. Der neue Wert wird auf die gewachsene Abstammung, die Verwurzelung in der Tradition einer Volksgemeinschaft gelegt und die Differenz zu anderen Völkern betont. In diesem Zusammenhang spielt der Regionalismus eine entscheidene Rolle für die



Mitglieder der JN bei einer Aktion vor dem Brandenburger Tor im Nov. 89. Mit dabei: Andreas Storr (linkes Foto, links)

Faschisten. Nach dem Konzept von HENNING EICHBERG soll über die Identifikation, erst mit der unmittelbaren Umgebung, dann mit der Region, dem Land usw. und schließlich mit Europa ein neues Selbstbewußtsein, eine neue VÖLKISCHE IDENTITÄT entstehen. Und hier liegt auch der Sinn, den die wiederbelebte »nationale Identität« im »Abendland Europa« für die Faschisten hat. Die JN drückt klar aus, wozu das Europa der Völker dient: *»Der Kampf gegen die drohende Invasion Europas durch die dritte Welt, getarnt als Asylanten, ist europaweit zu führen. Ein deutsches Deutschland ist unmöglich, wenn westlich davon ein afrikanisches Frankreich und südlich davon ein arabisches Italien liegt.«*

Anschließend folgen noch Ausführungen über den völkischen Lebensschutz, die völkische Kultur und Wirtschaftsordnung von gleicher mieser Qualität.

Und genau dieser Brei macht die JN für die Zukunft gefährlich. Sie könnten ein Bindeglied zwischen der NEUEN RECHTEN und der aktionistischen Faschoscene werden. Auf der einen Seite werden sie für ihre Thesenpapiere in den Zeitschriften der NEUEN RECHTEN wie 'Junge Freiheit' und 'Europa Vorn' überschwenglich gelobt (selbst MitgliederInnen der Vereinigten Linken aus Berlin Treptow waren sehr angetan vom Antikapitalismus der JN), auf der anderen Seite ist die JN überall dabei, wenns um Handfestes geht, wie in Bayreuth, Halle, Dresden oder Halbe. Eine eventuell explosive Mischung. ■



Die DVU in Bayern :

Gegendemonstration in Passau

Am Samstag, dem 14.3.92, fand in Passau die alljährliche Großveranstaltung der Deutschen Volksunion (DVU) statt (siehe Info Nr.17), an der ca. 4000 Faschisten jeglicher Couleur aus der ganzen BRD und dem Ausland teilnahmen.

Faschisten haben in Bayern immer wieder die Möglichkeit, sich ungehindert zu versammeln, ihre Propaganda zu verbreiten und von dort aus zu agieren.

Um ihnen massenhaft entgegenzutreten und sie möglichst stark zu behindern, wurde bundesweit zur Blockade und Gegendemonstration mobilisiert.

Vorkontrolle

80 km vor Passau war eine allgemeine Fahrzeugkontrolle eingerichtet worden. Auf den Parkplatz wurden erstmal alle PKWs mit nichtbayrischem Kennzeichen und alle Busse geleitet. Alle, die irgendwie nach Linken aussahen, wurden daraufhin aufs Gründlichste untersucht. Es gab die ersten Festnahmen, aus zwei der Berliner Bussen wurden fünf Leute festgenommen, unter anderem wegen des Besitzes von zu vielen gekochten Eiern (80 Eier auf zwei Busse ist ja nun wirklich nicht viel!). In den anderthalb Stunden, in denen sie konrolliert wurden, fuhr auch ein Bus voller Faschos auf den Parkplatz (teilweise uniformiert), er durfte aber sofort weiterfahren. Kommentar des Einsatzleiters: Wir haben nicht genügend Kräfte, um uns um alle zu kümmern .

Der feine Unterschied

Der britische Faschist IRVING, der mit einem Einreiseverbot belegt ist, konnte ungehindert einreisen, während AntifaschistInnen (unter anderem Journalisten) aus der CSFR an der Grenze als unerwünschte Personen abgewiesen wurden.

Um 9.00 Uhr sollte vor dem Veranstaltungsort der Faschisten, der Nibelungenhalle in Passau, eine Gegenkundgebung stattfinden, die vom USK (bayr.Polizeisondereinheit) brutal aufgelöst wurde. Zeitgleich wurden in der gesamten Innenstadt größere Ansammlungen von AntifaschistInnen auseinandergetrieben.

Danach zogen verschieden versprengte Gruppen durch die Stadt. Es gelang, Straßen zu blockieren und Busse und PKWs von den Faschos anzugreifen. In der Innenstadt gingen Scheiben zu Bruch. Das hatte zur Folge, daß ab 10.00 nun wirklich jede kleinere Gruppe von einer Extraeinheit USK begleitet wurde. Trotzdem gelang es auch weiterhin, einzelnen, mal gucken wollenden, Faschos das Leben zu versüßen. Auch die bayr. Polizei hat verdammte Erkennungsschwierigkeiten, wenn die Linken nicht mit Palli-Tüchern o.ä. gekennzeichnet sind, was einigen Leuten freie Hand einbrachte.

Die Demo

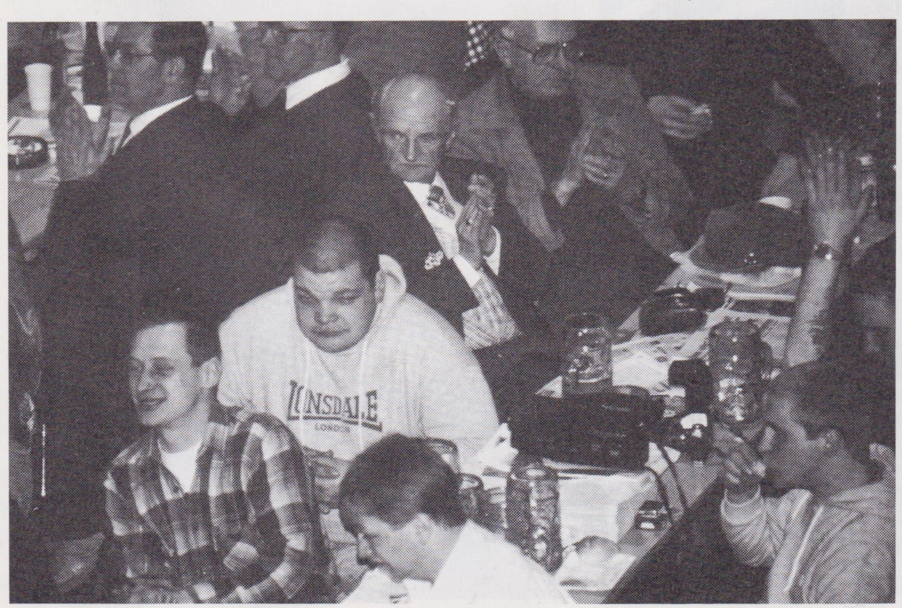
An der Gegendemonstration um 13.30 Uhr beteiligten sich ca. 3000 Menschen. Die Demonstration wurde vom USK mit Spalier begleitet, vereinzelt wurde auf DemonstrationsteilnehmerInnen eingeknüppelt, das Vermummungsverbot wurde konsequent mit Prügelorgien durchgesetzt. Die Erfassung erfolgte dermaßen intensiv, daß teilweise bis zu 10 Kameras auf einen gerichtet waren.

Im weiteren Verlauf des Tages kam es immer wieder zu Angriffen der Polizei auf AntifaschistInnen, zu Einkesselungen, Durchsuchungen und Festnahmen.

In Bayern nicht Neues...

Die Sache, daß abrückende DVU-Fahrzeuge mit Steinen tracktiert wurden, genügte dafür, in die Volksküche einzureiten und alle dort anwesenden Personen aufs Gründlichste zu kontrollieren. Einer Gruppe von Leuten, die am Bahnhof auf die Abfahrt ihrer

Die »deutsche Elite« in Passau   C.N.-Photo, Kontakt über das Info



Busse wartete, wurde vorgeworfen, sie habe irgendwelche Leute verprügelt und daraufhin wurden auch sie noch einmal, nun schon zum dritten Mal, einer Leibesvisitation unterzogen. Ein auf dem Bahnhof anwesender Fascho mit einer großen Reichskriegsflagge auf dem Rucksack (auch in Bayern ein verbotenes Symbol), störte die Bullen allerdings nicht. Die Einheit hatte angeblich noch nicht einmal Funkkontakt zu ihrem Einsatzleiter, der sich angeblich an der 5 km entfernten Nibelungenhalle aufgehalten haben soll. Insgesamt wurden über 60 AntifaschistInnen festgenommen, sieben von ihnen kamen mit fadenscheinigen Begründungen in U-Haft. Die Festgenommenen wurden teilweise mißhandelt, die meisten von ihnen bis zu 13 Stunden in engen, schlecht belüfteten Gefangenentransporter auf dem Hof des Polizeipräsidiums eingepfercht; es gab erst nach 12 Stunden etwas zu essen und zu trinken.

Am 19.3. wurden alle sieben aus der U-Haft entlassen, die Haftbefehle wurden jedoch nicht aufgehoben, sondern nur außer Vollzug gesetzt. ■



Am 20. April gehörte in Berlin die Straße den Antifas

Am 20.4. demonstrierten 3000 türkische, kurdische und arabische Jugendliche und autonome AntifaschistInnen durch die Berliner Bezirke Kreuzberg und Friedrichshain.

Vor drei Jahren waren zum ersten Mal an diesem Tag überwiegend ausländische Jugendliche auf die Straße gegangen und hatten spontan gegen Nazis und Rassisten demonstriert. Die REPs waren damals gerade ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt worden, da kündigten militante Nazis Aktionen zum 20.4.89, dem 100. Geburtstag Hitlers, an. Daraus wurde aber nichts, denn die Straße gehörte an diesem Tag den ausländischen Jugendlichen und Antifas. Und so war es auch in diesem Jahr. Dafür versuchte sich die Polizei wieder beliebt zu machen, indem sie mit Wasserwerfern, Räumpanzern und etlichen Hundertschaften Kreuzberg besetzte. Die Demo fand trotz provokativen Verhaltens der Polizei statt. Allerdings kam es gleich zu Beginn am Sammelplatz zu einer Reihe Festnahmen. Am Rande der Demo kam es wiederholt zu positiven Reaktionen der Bevölkerung. In den teilweise engen Straßen Friedrichshains versuchten die Jugendlichen, die sich vor das Leittransparent begeben hatten, immer wieder Abkürzungen zu finden, was nicht zu geringer Verwirrung auf Seiten der Polizei führte. Zurück in Kreuzberg, hatte sich die Stimmung allmählich aufgeheizt und die Lage wurde immer unübersichtlicher, so daß die Demo vorzeitig aufgelöst werden mußte. Mit massiver Präsens versuchte die Polizei anschließend jeglichen Widerstand zu erdrücken. ■

ZuschauerInnen und DemonstrantInnen: Auf Interesse und auch auf Sympathie stieß die Demonstration gegen Rassismus am 20.4.



Von einer Antifa-Demo in Ilmenau und vom Vermummungsverbot

Am 4. April diesen Jahres demonstrierten in Ilmenau ca. 600 Menschen gegen den ständig wachsenden Nazi- Terror. Mobilisiert zu dieser Demo hatte die Autonome Antifa Südthüringen.

Den Ilmenauern sollte gezeigt werden, daß es auch eine starke antifaschistische Kraft in Südthüringen gibt, die den Nazis etwas entgegensetzt. Die uns geschilderte Situation stellte sich so dar, daß es derzeit nicht mehr möglich ist, sich sicher in Ilmenau zu bewegen; jederzeit kann mit einem Überfall von Nazis gerechnet werden, so daß sich mittlerweile sogar einst überzeugte PazifistInnen bewaffnen, wenn sie ihr Haus verlassen. Die Faschisten ließen verlautbaren, sie würden eine große Gegendemo zu gleicher Zeit am gleichen Ort organisieren. Schätzungen der Antifas aus Ilmenau beliefen sich auf etwa je 300 Leute für beide Demos. Einer Konfrontation mit den Faschisten würden sie aber auf keinen Fall aus dem Wege gehen. Über das voraussichtliche Verhalten der Polizei war nichts zu erfahren.

Für uns war klar, daß wir die Leute in Ilmenau auf ihrer Demo unterstützen werden und fuhren hin. Dort war dann von Nazis nichts zu sehen; es hieß, die Polizei würde die Nazis an die angemeldete Antifa-Demo nicht herankommen lassen. Dafür reagierte das Neue Forum um so panischer, hielt um 13 Uhr, also eine Stunde vor der Demo, ein Friedensgebet ab und warnte alle Menschen davor, auf die Demo zu gehen. Schon im vorhinein wurde Hetze von allen Seiten verbreitet. »Linke Chaoten« wären »prügelgeil« hieß es, mensch solle der Demo fernbleiben. Es sollte jedenfalls anders kommen: 600 Menschen ließen sich nicht beirren und demonstrierten friedlich über zwei Stunden.

Die Antifa-Demo sollte durch lockeres Spalier begleitet werden. Wir wollten auf jeden Fall maskiert und behelmt gehen. Eine Forderung der VeranstalterInnen an die TeilnehmerInnen war, keine Schäden während der Demo anzurichten, was wir selbstverständlich akzeptierten. Vermummung und Behelmung erfüllt für uns eine schützende Funktion und soll unsere grundsätzliche Bereitschaft zur Militanz dokumentieren. Und dieses Recht wollten wir trotz staatlichen Verbots für uns in Anspruch nehmen.

Wir unterbreiteten dem Einsatzleiter der Polizei unsere Argumente, wiesen ihn darauf hin, daß ein Vorgehen gegen Maskierung die Situation unnötig eskalieren würde. Er wies darauf hin, daß wir eine Straftat begingen, wir entgegneten, daß wüßten wir, meinten aber, daß ja auch anders mit diesen Dingen umgegangen werden könne.

Die Demo hat uns Spaß gemacht, wir haben noch eine Rede gehalten und ansonsten die Aufbruchstimmung in der Ex-DDR genossen.

Die Nazis waren mit etwa 100 Leuten nach Ilmenau gekommen, also weniger als erwartet. Sie wurden nach unseren Informationen von der Polizei von der Demo ferngehalten und hielten sich in einem anderen Stadtteil auf. Nach der Demo kam es noch zu kleineren Auseinandersetzungen mit den Faschisten.

Ist Vermummung bald straffrei?

Unter dieser Überschrift erschien am 27. März 1992 ein Artikel im Göttinger Tageblatt, in dem sich der SPD-Landtagsabgeordnete Thomas Oppermann für die Aufhebung der Maskierung als Straftatbestand einsetzt, schließlich sei »das Vermummungsverbot ein strafrechtlicher Flop«. »Von den insgesamt 186 Verfahren in Niedersachsen mündete kein einziges in einen Prozeß«. »Möglicherweise wird es eine Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz geben, die Vermummung nicht mehr per Strafverfahren sondern als Ordnungswidrigkeit zu ahnden.«

Das Vermummungsverbot ist ein Polizeistaatsgesetz und muß daher weg. Seit Inkrafttreten des Vermummungsverbots am 1. Juni 1989 wurde immer wieder versucht, Vermummung auf Demos durchzusetzen und dies auch begründet; zuletzt auf der Silvesterdemo 1991/92 in Göttingen (siehe Interim 176), wo, wie angekündigt, maskiert und behelmt demonstriert wurde, ohne daß auch nur, wie ebenfalls angekündigt, eine Scheibe zu Bruch ging. In diesem Falle wollten wir das so. Die Polizei hielt sich zurück.

Unter anderem vor diesem konkreten Hintergrund ist der Oppermann'sche Einwurf zu sehen.

Weg mit dem Vermummungsverbot!

Den antifaschistischen Widerstand organisieren!

Zusammen kämpfen!

Autonome Antifa (M) – Göttingen ■



........Kurzmeldungen aus der BRD........

Braunschweig

JN-Kundgebung verhindert

200 AntifaschistInnen verhinderten eine Kundgebung der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) auf dem Kohlmarkt in der Braunschweiger Innenstadt. Zu der Aktion gab es ein Flugblatt der Antifa-Jugend/ Autonome Gruppe BS. Von ca. 40, zumeist jungen Nazis, traute sich die Hälfte nicht auf den Platz. Trotz Polizeischutz wurde die andere Hälfte mit Farbeiern beworfen und bei ihrem Abmarsch angegriffen. Sie wurden dann von der Polizei abtransportiert. Es gab eine Festnahme.

Am Abend stach eine »Gruppe Luftikus« vor einer Gaststätte in Bienrode Autoreifen auf, die NPDlern gehörten. Diese hielten in der Kneipe ihr Landestreffen ab.

Obwohl die Aktion als Erfolg betrachtet wird, kritisierten die Braunschweiger die Parolen, die unsere Positionen oft nur schlecht vermitteln, insbesondere: »Ob Ost, ob West, nieder mit der Nazi-Pest«: Diese Parole halten wir inhaltlich für sehr gefährlich, weil 'Pest' als politischer Kampfbegriff dem faschistischen Sprachgebrauch entlehnt ist, z.B. 'Judenpest', 'Zigeunergesindel', 'Volksschädlinge' u.ä.! Ziel der Nazipropaganda war und ist es, den Feind bzw. diejenigen, die vernichtet werden soll(t)en, sprachlich mit Bezeichnungen für Krankheiten zu verbinden, weil für sie krank = nicht vollwertig ist. Umgekehrt propagieren sie den 'gesunden deutschen Volkskörper'. Deshalb haben solche Begriffe in antifaschistischen Parolen unserer Meinung nach nichts zu suchen. Für neue autonome Parolen mit Inhalt, Biß und Witz!!!

Solidarität mit Flüchtlingen

Am 15.2. nahmen ca. 70 Personen an einer Kundgebung in der Innenstadt in Solidarität mit den Flüchtlingen in Norderstedt teil. Die Flüchtlinge befanden sich zu dieser Zeit im Hungerstreik. Die Braunschweiger Bevölkerung reagierte desinteressiert bis offen rassistisch.

Am selben Tag wurden auch Farbeier auf die Braunschweiger Ausländerbehörde geworfen.

Am 27.2. besetzten Leute aus der Antifa-Jugend/ Autonome Gruppe BS das SPD-Büro, verlasen eine Presse-Erklärung und verschickten sie und luden die Lokalzeitung ein. Die kamen nicht aus »Angst vor Repressalien durch Autonome«. Die Aktion wurde mit einer Demo durch die Fußgängerzone abgeschlossen. Die SPD hatte zur Forderung – sich zu Zwangsumverteilungen und Abschiebungen zu äußern und Druck auf ihre Kieler Genossen auszuüben – nur belangloses Zeug zu sagen.

Gifhorn

Matthias, der am 8.5.1991 nachts brutal von Faschisten zusammengeschlagen und vor ein Auto gestoßen worden war, ist am 4.3. an den Folgen dieses Überfalls gestorben. Nach mehrmonatigem Koma war er zunächst vollständig gelähmt und hatte einen schweren Hirnschaden. Am 14.3. gingen über 200 AntifaschistInnen aus der Region in die Gifhorner Innenstadt. Die Polizei beschränkte sich auf ein lockeres Spalier.

In Gifhorn gibt es seit einem Jahr eine Antifagruppe, die zum Jahrestag des Mordanschlages zu einer Bündnisdemo nach Gifhorn mobilisierte.

Halberstadt

Antifa-Aktion

Am 29.2. trafen sich ca. 70 AntifaschistInnen in Halberstadt, um einen Büchertisch einer nicht genannten Nazi- Gruppe zu verhindern. Ein Teil dieser Faschisten kam aus Wolfenbüttel. Es gab unterschiedliche Meinungen über das Vorgehen, so das zwei Gruppen getrennt voneinander loszogen. Der Büchertisch wurde so gleich zweimal angegriffen, was dazu führte, daß die Nazis in eine Bullenwache flüchteten. Am Nachmittag trafen sich in der Kneipe »Felsenkeller" noch JN- und NPD-Mitglieder – auch Prominenz – sowie Angehörige des Studentenbundes Schlesien zu einem Liederabend. Letzterer will gerade ein »Projekt Anti-Antifa" beginnen. Einige Nazis wurden bei der Anreise behindert.

Goslar

DVU-Treffen fand nicht statt

Ca. 100 AntifaschistInnen waren am 31.1. in Goslar, um ein Treffen der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) zu verhindern. Es tauchten aber nur zwei DVUlerinnen auf.

Hildesheim

Gründungstreffen der DEUTSCHEN LIGA verhindert

Ca. 60 AntifaschistInnen verhinderten das Gründungstreffen der Deutschen Liga in Hildesheim am 24.1. Da sie wegen der Polizei nicht ins Hotel gelangten, in dem das Treffen stattfand, wurden Fenster eingeschmissen, bis die Hotelleitung die Versammlung beendete. Die Polizei verhaftete willkürlich drei Personen in einem Lokal.

Karlsruhe

Gezockte Jacke = Räuberische Erpressung?

Am 18.1.92 wurden R. und I. in Karlsruhe verhaftet. Die Staatsanwaltschaft behauptet, die beiden hätten kurze Zeit vorher einem Neonazi die Jacke weggenommen, auf die ein Aufnäher »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein« genäht war, und dreht daraus den Vorwurf »schwerer räuberischer Erpressung« (Mindeststrafe 5 Jahre!). R. wurde mit dem Vorwand einer noch offenen Bewährungsstrafe festgehalten und in Untersuchungshaft genommen. Beim Haftprüfungstermin lehnte der Richter seine Freilassung ab; unter anderem wohl deswegen, weil R.'s Meldeadresse ein ehemals besetztes Haus in der Stephanienstraße ist. I. wurde am 26.2. an seinem Arbeitsplatz festgenommen und in Stuttgart-Stammheim (!) eingesperrt. Nach bisher nicht bestätigten Meldungen wurden die beiden jetzt freigelassen, die Anklage ist jedoch nicht vom Tisch.

Münster

Geldstrafe für Parkbankspruch

Eine Studentin aus Münster wurde kürzlich vor Gericht gezerrt und mit einer Geldbuße bestraft, weil sie den Spruch »Nur für Deutsche« auf einer Parkbank übermalte mit »Nur für Menschen«.

(aus einem Münsteraner Flugblatt)

Bremen

Antifa-Infoladen durchsucht

Die im Herbst eingeleitete, bundesweite Durchsuchungswelle gegen Infoläden geht weiter. Am 9.3.92 wurde in Bremen u.a. der Antifa-Infoladen durchsucht. Die Herren von der Polizei nahmen mehrere Zeitschriften u.a. die Radikal Nr. 145, Teil 1 wegen angeblicher *»Anleitung zu Straftaten«* mit; außerdem Aktenordner des Ladens, aus denen sich die Beamten *»Hinweise auf die Verfasser, Lieferanten, andere Vertreiber und die Verantwortlichen des Antifa-Infoladens«* erhoffen.

Göttingen

Brandanschläge der »Anti-Deutschland-Liga« aufgeklärt

Ein 39jähriger »geistig verwirrter« Mann hat Mitte März zugegeben, 7 Anschläge auf eine Bundesbahnstrecke begangen, sowie 5 größere Brände in Göttingen gelegt zu haben. Bei einigen dieser Brandanschläge waren Bekennerschreiben der »Anti-Deutschland-Liga – Für autonome Gewaltherrschaft« zurückgelassen worden, die der Generalbundesanwalt im Rahmen der Göttinger 129a-Verfahren dem autonomen Spektrum zuordnen wollte (siehe Info Nr. 17). Die Sonderkommission des LKA ermittelt jedoch weiter in Sachen »Unterstützung einer terroristischen Vereinigung« und schüchtert inzwischen schon 13-16jährige Schüler durch Vernehmungen ein. (aus: Antifaschistische Nachrichten 7/92)

Kassel

KEIN REICH – KEIN FÜHRER – KEINE URNE

Autonome Antifas haben dafür gesorgt, daß das Hin und Her zwischen CHRISTIAN WORCH und diversen Friedhofsbehörden, um eine Ruhestätte für die Überreste Michael Kühnens zu finden, ein Ende gefunden hat. Das AUTONOME UMTOPFUNGSKOMMANDO (AUK) gab in einem Schreiben die Urnennummer, jedoch nicht den Ort an, wo Kühnens Asche jetzt zu finden ist. Es ging dem AUK bei dieser Aktion nicht darum, ein Grab zu schänden, sondern lediglich zu verhindern, daß aus Kühnens Ruhestätte ein Wallfahrtsort à la Wunsiedel wird. Nur die niedergelegte Reichskriegsflagge wurde verbrannt.

Kriminalisierung hat viele Ebenen. Eine davon ist, durch Verbreitung und permanente Wiederholung von Unwahrheiten, Interpretationen und Unterstellungen politische Organisationen zu diskreditieren, um sie isolieren und letztendlich ungehindert zerschlagen zu können.

Kriminalisierung der autonomen Antifa durch bürgerliche Zeitungen:

»Der Feind steht immer links«

Matthias Mletzko, ein Journalist der offensichtlich über gute Kontakte zu den bundesdeutschen Geheimdiensten verfügt, entwickelt momentan eine erstaunliche publizistische Aktivität gegen autonome AntifaschistInnen. So veröffentlichte er nahezu gleichlautende Artikel u.a. im Göttinger Tageblatt und in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, beide vom 7.2.92 und einen ausführlichen Hetzbericht im Polizeiexperten-Blättchen »Kriminalistik« im März 92.

Ziel seiner Ausführungen ist die Entpolitisierung der antifaschistischen Bewegung, in dem er sie, wie allgemein üblich, auf die Gewaltfrage reduziert. Wir zitieren ihn etwas ausführlich, macht er doch andererseits deutlich, was die Herrschenden an unserer Politik am meisten stört.

»Parallel mit der ständigen Ausweitung des Begriffs "Faschismus" wurde Antifaschismus bald als Kampf gegen den westlichen Imperialismus definiert, schließlich als Mittel der politischen Manipulation und Desinformation eingesetzt und letzlich als Begründung und Rechtfertigung für die Anwendung von Gewalt bei der Durchsetzung politischer Ziele mißbraucht.« (...) »Charakteristisch für die zunehmende Gewaltbereitschaft ist eine im Oktober 1987 bundesweit verbreitete Tatbekennung einer militanten "Antifa"-Zelle, in der offen die Kriterien für ein "politischen Mord" erörtert wurden. (...) Ähnlich nüchtern und kaltblütig wie einige Wochen davor in dem Selbstbezichtigungsschreiben der RZ zu dem Pistolenanschlag auf den Berliner Bundesverwaltungsrichter Dr. Günther Korbmacher am 1. September 1987«.

Der Versuch eine Verbindung zwischen antifaschistischem Widerstand und bewaffnetem Kampf zu konstruieren, wird weitergesponnen, erleichtert er doch allemal die Isolierungsbestrebungen des Staatsschutzes.

Informationen des Bundesministers des Innern

Die „ANTIFA Kampagne autonomer Gruppen

Gefahren schärferer Konfrontation zwischen Links- und Rechtsextremisten
Von Matthias Mletzko

Innere Sicherheit

Militanter „Antifaschismus" im Aufwind

»Dem Ausbau einer bundesweiten "Antifa"- Struktur räumen deutsche Linksextremisten insbesondere im Bereich militanter autonomer Gruppen, des RAF-Umfelds und der Revolutionären Zellen (RZ) – neuerdings deutlich mehr Priorität ein. Damit wächst stetig das Potential gewalttätiger und bewaffneter Konfrontationen zwischen Rechts- und Linksextremisten.« »Die Mobilisierungsfähigkeit und Schlagkraft der "Antifa"-zellen nimmt seitdem zu. Geplante überfallartige bewaffnete Angriffe auf Rechtsextremisten mit immer mehr Verletzten und Schwerverletzten, der Schulterschluß mit türkischen o.a. "Jugend"-Gangs wie in Berlin und Stuttgart oder bereits mehrere Angriffe militanter "Antifas", die Schußwaffen führten, verdeutlichen diesen Trend.« Von der Waffenlagern der Faschisten steht hier natürlich nichts.

Mit einer Aufzählung 19 »einschlägige(r) Zwischenfälle« im Oktober/November in der gesamten BRD, bekanntermaßen der Zeitraum, als die Faschisten besonders offensiv AusländerInnen und Flüchtlinge terrorisierten, will Mletzko einen »Eindruck der Aktivitätendichte» der Antifas verdeutlichen. *»Sicherheitsexperten verfolgen vor diesem Hintergrund steigender Virulenz* (= lt. Duden aktive Wirkung von Krankheitserregern, Giftigkeit; Dringlichkeit) *aufmerksam die gegenwärtig in der militanten Szene geführte "Organisationsdebatte".«*

Panische Angst scheint der Staatsschutz vor der Anwendung der Neuen Technologien durch den politischen Gegner zu haben, weil immer wieder auf das Mailbox-Projekt »Spinnennetz« hingewiesen wird. Und auch die Zusammenarbeit von Deutschen und AusländerInnen ist ihnen ein Dorn im Auge: *»Hinsichtlich internationaler Kontakte sind mittlerweile auch konkrete Berührungspunkte der deutschen Szene zu Organisationen wie der kur-*

dischen PKK und türkischen DEV SOL zu berücksichtigen, die sich im Rahmen der 'antifaschistischen/antirassistischen' Mobilisierung in den letzten Monaten ergeben haben.« Was für ein Pech, daß in allen Nachrichtensendungen zu sehen war, wie die Europavertretung der kurdischen ERNK auf den Gewerkschaftsdemos am 1. Mai 92 unübersehbar vorneweg gelaufen ist. Der DGB, eine linksextremistische Bewegung mit internationalen Kontakten?

Die Kontakte von deutschen AntifaschistInnen zu der britischen Zeitung »Searchlight« , die bekanntermaßen zum – wenn auch linken – demokratischen Spektrum gehört, scheint Mletzko garnicht zu passen; wieder versucht er die Verbindung zu, in seinen Augen, "Linksextremisten" zu ziehen. *»Im Juli 1991 veröffentlichte die linksextremistische Schrift 'Antifaschistische Nachrichten' ein Interview mit dem 'Europakorrespondenten der antifaschistischen und internationalen Zeitschrift Searchlight'.« (...) »In England sei 'ein großes Unbehagen über die Situation und Entwicklung in Deutschland zu spüren'.«* Aus der Distanz laßt sich so manches eben deutlicher erkennen...

»Im Vergleich zu der 1991 bedrohlich angestiegenen Welle von Gesetzesverletzungen mit nachweislicher oder vermutlicher rechtsextremistischer Motivation (...) mag sich die quantitative Bilanz auf linksextremistischer Seite relativ gering ausnehmen.« Richtig, warum schreibt er dann diesen Bericht? *»Allerdings bestehen hier in qualitativer Hinsicht nach wie vor entscheidende Unterschiede.«* Den Neonazis fehle es trotz der Brutalität der Überfälle bisher *»noch weitgehend an Organisationsgrad, intelligentem Schrifttum, Raffinesse der Anschlagsplanung und Profil der Führungskader, Merkmale, die das systematische Vorgehen linksextremistisch motivierter Straftäter auszeichnen.«* Da würden sich jetzt einige Leute geschmeichelt fühlen, wenn sie ihr Selbstbewußtsein aus solchen Berichten ziehen würden, tatsächlich geht diese »Erkenntnis« aber glatt an der Realität vorbei. Mletzko meint damit ja wohl nichts anderes als: da Linke zielgerichtet gegen die Verantwortlichen der Unterdrückung kämpfen und nicht blindwütig jede/n auf der Straße zusammenschlagen, sind sie für den Staat gefährlicher. *»Insgesamt betrachtet entsteht hier bei der gegenwärtigen Gemengelage in der Gesamtheit betrachtet ein bedenkliches Gewalt- und Konfrontationspotential, das die Sicherheitsorgane hin- sichtlich präventiver und repressiver Konzeptionen vor neue Herausforderungen stellt.«* Nun, diese Konzeptionen werden wir aufmerksam be- obachten.

Doch nicht nur in der bürgerlichen Presse wird die Kriminalisierung vorangetrieben. Eine mündliche Anfrage der Abgeordneten Künast (Bündnis 90/Grüne) im Berliner Abgeordnetenhaus ergab, daß das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) in »unregelmäßiger Folge« Berichte unter dem Titel »Im Brennpunkt« erstellt. Bisher existieren zwei, der erste über die »Antifa Jugendfront Berlin« vom Oktober 91, der zweite über »Militante Skinheads in Berlin« vom Januar 92. Diese Berichte dienen angeblich der »Unterrichtung der Amtsleitung des LfV sowie der Fachaufsicht« und sind nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt, noch nicht einmal die Mitglieder im Verfassungsschutz-Ausschuß des Abgeordnetenhauses haben sie erhalten. Nichtsdestotrotz ist die »Untersuchung« über die AJF dafür prädi- stiniert von den richtigen Stellen zum richtigen Zeitpunkt benutzt zu werden.

Da uns der Jugendfront-Bericht zugespielt wurde und wir die ersten sind, die seinen Inhalt ans Licht der Öffentlichkeit zerren dürfen, berichten wir etwas ausführlicher darüber, als bei Material aus diesen dunklen Quellen ratsam ist.

In dem Bericht wird ausschließlich aus Veröffentlichungen der AJF zitiert. Die Entstehung und Entwicklung der Gruppe wird ausgeführt und die »Selbstdarstellung/Zielsetzung« analysiert. Nach Ausführungen über die »Terminologie« von



Antifaschismus, Rassismus und Sexismus, nachzulesen in den einschlägigen Ausgaben des Antifa Jugendinfos, berichten die Verfassungsschutzbürokraten über die »Arbeitsmethoden« der AJF: *»Drei ebenbürtige 'Bereiche' prägen den erklärten aktionistischen Ansatz der AJF: 'Unsere praktische Arbeit besteht aus ÖFFENTLICHKEITSARBEIT (Aufklärung und Propaganda über Flugblätter, Demos, das ANTIFA JUGENDINFO, Veranstaltung u.a.) STRUKTURARBEIT (Aufbau von arbeitsfähigen Strukturen, Diskussions-Möglichkeiten, Unterstützung neuer Antifagruppen) WIDERSTAND (Be- oder Verhinderung von Fascho-Veranstaltungen, aktiver Protest usw., Organisierung von der Basis aus).'«*

Die Öffentlichkeitsarbeit der AJF wird über die Auflagenhöhe ihrer Publikationen definiert, selbst die Verkaufspreise für Einzelverkäufer und Abonnenten werden detailliert beschrieben; schließlich mußten die 17 Seiten ja mit irgendwas gefüllt werden. Und: *»Sowohl das 'JUGENDINFO', das Loseblatt 'ZUM THEMA' und der 'AJF-Rundbrief' als auch die sonstigen Druckwerke der Gruppe enthalten weder Namen – existenter – presserechtlicher Verantwortlicher noch Hinweise auf die Verfasser.« Na, das ist ja nun echt gemein... Auch über die »Strukturarbeit« wird berichtet, vom Antifa-Jugendcafe, dem Antifa-Jugendkongreß und den »Vernetzungsbestrebungen Berliner 'Antifa-Gruppen'«.* Alle Angaben sind oberflächlich und wenig aussagekräftig und zum Punkt »Widerstand« findet sich merkwürdigerweise kein Wort; diese Erkenntnisse werden wohl von anderen Dienststellen erforscht.

Schließlich kommen sie zu Sinn und Zweck des Berichtes, *»Einstellung zur Gewalt«: »Zur Begründung der*

festgestellten 'absoluten Notwendigkeit' gewalttätiger Aktionsformen im Konflikt mit 'Faschisten' heißt es: 'Gerade in der Antifa reicht es längst nicht mehr, nur über Nazis zu diskutieren, sondern es muß ihnen auch etwas entgegengesetzt werden, ... was ihnen den Mythos der scheinbaren Unbesiegbarkeit runterreißt.'« Alle weiteren Zitate sind nachzulesen im Flugblatt der AJF *»Zum Thema – Gewalt Ja oder Nein oder Wie und wenn Ja Wen?«*. Weitergehende Aussagen des VS dazu finden sich nicht.

Nach einem kurzen Überblick über die Alters-»Struktur« und der angeblichen Mitgliederzahl der AJF wird die Gruppe schließlich »bewertet«. *»Die AJF Berlin bildet innerhalb des Potentials autonomer Beziehungsgeflechte einen Zusammenschluß mit dem Arbeitsschwerpunkt 'Antifaschismus'. (...) Faschismus, Herabsetzung anderer Kulturen als 'minderwertig' und patriarchalische Strukturen werden von der AJF als Wesensmerkmale der auf die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft ausgerichteten bestehenden politischen Ordnung beschrieben. Erklärtermaßen führt die AJF gegen die derart als 'Unterdrückungssystem' gebrandmarkte 'bürgerliche Demokratie' der Bundesrepublik Deutschland, gemeint ist die Freiheitliche Demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes, einen 'Kampf für ihre Abschaffung'. (So isses). Hierbei will sie die in der Rechtsordnung des Grundgesetzes 'gewährte Bewegungsfreiheit', so 'Kontrollmechanismen' – wie die 'Presse, ... Parlamente und Gerichte' –, gezielt für die eigenen Absichten ausnutzen, d.h. mißbrauchen.*

In der Auseinandersetzung mit den von ihr selbst als 'Faschisten' eingeschätzten Personen und Gruppen bejaht sie die 'Anwendung von Gewalt' kategorisch.« (...) »Die Tätigkeit der AJF Berlin richtet sich gegen den Bestand der Freiheitlichen Demokratischen Grundordnung, also gegen den Kernbereich des Grundgesetzes. Damit erfüllt die AJF die Kriterien einer extremistischen Bestrebung.«

Insgesamt bleibt das, was von den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes – wenn auch nur intern – herausgegeben wurde, eine oberflächliche Sammlung von Zitaten aus Tageszeitungen und vor allem aus Publikationen der AJF, die allerdings so umfangreich ist, daß man im nachhinein Zeilengeld für »geistigen Diebstahl« verlangen sollte. Unsere GenossInnen von der Antifa-Jugendfront waren beim Durchlesen des VS-Berichtes doch erstaunt, daß sie so viele intelligente Sachen geschrieben haben. Doch Spaß beiseite. Bemerkenswert an dem »Brennpunkt« sind auf jeden Fall folgende Punkte: Als erstes in dieser Reihe wurde über eine Antifa-Jugendgruppe berichtet, der Bericht ist im Vergleich zu dem über die Nazi-Skins sehr ausführlich und er wurde im Herbst letzten Jahres publiziert, zu einem Zeitpunkt also, als der Nazi-Terror offensiv durch das gesamtgesellschaftliche Klima gestützt wurde.

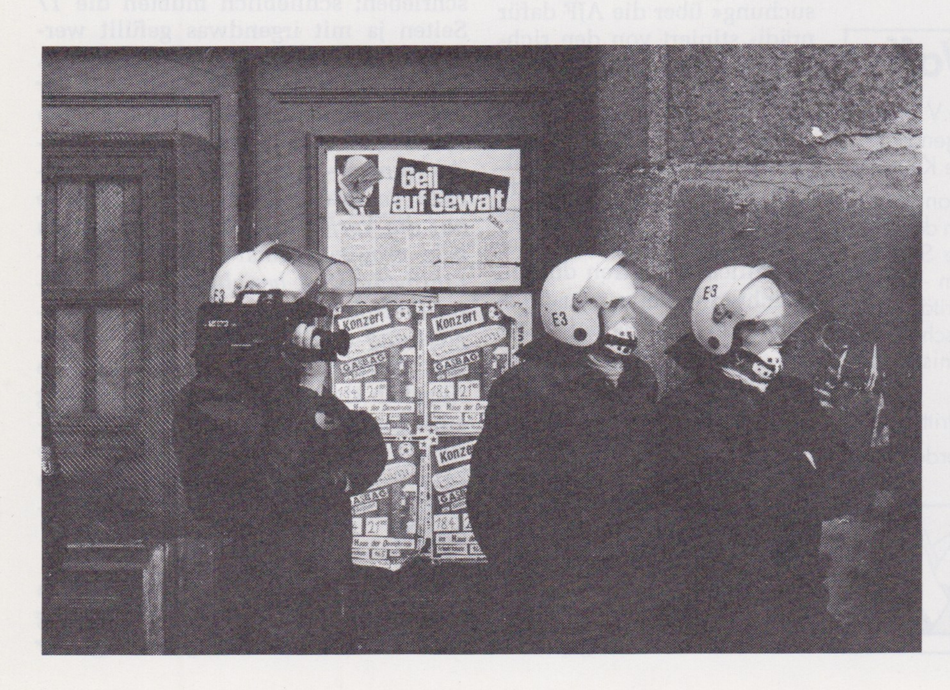
Merkwürdig ist allemal, daß der »Brennpunkt« über die Jugendfront vom Oktober 91 die laufende Nummer 2 trägt, der Bericht über die Skinheads mit der laufenden Nummer 1 jedoch erst im Januar 92 herausgegeben wurden – wohl kaum ein Versehen.

Die Abhandlung »Militanter Antifaschismus im Aufwind« in der Zeitschrift des Bundesministerium des Innern, »Innere Sicherheit«, beschäftigt sich ebenfalls mit der Antifa. *»Autonome sehen seit eh und je im "Antifaschismus" eine Möglichkeit, ihre Strukturen zu festigen und ihren subversiven Zielen näherzukommen.«* Auch sie zitieren ausführlich aus Konzepten und antifaschistischen Veröffentlichungen, berichten über die Vorschläge zur bundesweiten Organisierung, die Antifaschistische Selbsthilfe und die Antifa-Jugendfront. Doch ihre Zitate sind so gut gewählt, daß man ihnen für ihre antifaschistische Propaganda schon fast dankbar sein muß, nur die Bestelladressen der Antifa-Broschüren fehlen leider (nachzulesen in »Innere Sicherheit«, Nr. 1 vom 28 Februar 1992, S.2).

»Bewertung«

Angebliche »Erkenntnisse« und Konstrukte von Verfassungsschutz und Polizei werden von bürgerlichen Schreibtischtätern gerade zum jetzigen Zeitpunkt gezielt in die Presse gestreut, um gegen AntifaschistInnen Stimmung zu machen. In einer Zeit wo Linke schwach und Faschisten stark wie nie zuvor in der Geschichte der BRD sind, soll versucht werden den letzten Rest einer, wenigstens in Ansätzen, organisierten Abwehrbewegung zu isolieren. Auch die Ansätze der Zusammenarbeit von Deutschen und AusländerInnen in Zeiten gesamtgesellschaftlichen Rassismus müssen den Organisatoren der Asylkampagne und ihren Helfershelfern mißfallen.

Mit den Methoden des bürgerlichen Journalismus wird aus der publizistischen Kriminalisierung jedoch schnell kriminelle Publizistik. ■



Die Gewalt, wie sie uns auf der Straße begegnet, im Gegensatz zur Darstellung in den bürgerlichen Medien

Leipzig – keine Überdosis Deutschland



Für den 21.3.92 rief der Hamburger NL-Führer Christian Worch zusammen mit dem NPD-Vorsitzenden von Thüringen, Thomas Dienel, zu einer »Anti-Drogen Demonstration« auf. Daraufhin mobilisierten Leipziger und Hallenser AntifaschistInnen zu einer Gegendemo unter dem Motto: »Keine Überdosis Deutschland« (siehe Info Nr. 17).

Der Nazi-Aufmarsch

Nur unter massivem Polizeischutz konnte eine Kundgebung und ein anschließender Aufmarsch von ca. 500 Neonazis am 21.3.92 in Leipzig durchgeführt werden. Anmelder war wieder der NPD-Landesvorsitzende Thüringens THOMAS DIENEL, Organi- sator war der Kopf der GdNF, CHRISTIAN WORCH, und Bündnis- partner war MICHAEL SWIERCZEK und seine NATIONALE OFFENSIVE. Unter dem Motto »Drogendealer ins Arbeitslager« fand vor der Kundge- bung unter freiem Himmel eine Saalveranstaltung in der Leipziger Handwerkskammer statt. Anwesend waren ein Teil der GdNF-Reisekader, die als Ordner die bundesweit durch- geführten Aufmärsche begleiten: Die GdNF Gruppe aus Bielefeld um BERND STEHMANN, der Holländer EITE HOMANN, sowie der NATIONALE BLOCK aus Bayern. Mobilisiert wurde von den Nazis regional, mit Schwer- punkt in Leipzig und Sachsen. So fehlten auch die Brandenburger DA-Funktionäre. Nachdem die FAP des FRIEDHELM BUSSE schon zweimal zuvor bei Aufmarschversuchen in Leipzig kläglich gescheitert war, organisierten nun vor allen die GdNF und die NATIONALE OFFENSIVE in Leipzig ihre Anhängerschaft. Beson- dere Freude machte beobachtenden Antifas vor allem folgende Szene: Der Hamburger THOMAS WULFF führte die Nazis vom Leipziger Stadion zum Aufmarschort, streng diszipliniert in Dreierreihen wurden die üblichen Parolen geschrien. Als sich der feine Leipziger Regen zu einem echten »deutschen Wolkenbruch« entwikkelte, verstummten zuerst die Parolen, von hinten nach vorne löste sich in Windeseile der Aufzug auf, bis sich Wulff alleine auf der Straße befand. Er gesellte sich sodann zu den anderen Nazis, die sich durchnäßt und kleinlaut untergestellt hatten.

Bericht von der Antifa-Demo

Wie verlief dieser Tag, an dem ja alles auf eine Konfrontation hindeutete? Hinzu kam noch, daß genau an diesem Tag (Internationaler Tag gegen Rassendiskriminierung) der Direktor des Jüdischen Weltkongresses zu einer Ausstellungseröffnung in Leipzig weilte. Das Stadtzentrum war an diesem Tag deshalb für jegliche politische Demonstrationen gesperrt.

Von Anfang an war geplant, daß die antifaschistische Demo an einem anderen Ort und zu einer anderen Zeit als die Demo bzw. Kundgebung der Faschisten stattfinden sollte. Diese Planung konnte auch auf der letzten Vollversammlung vor der Demo, am Freitagabend, nicht mehr geändert werden. Dahinter stand die realistische Einschätzung, daß eine Antifa-Demo gegen die aufgestellten Polizeieinheiten keine Chance hat, zum Treffpunkt der Nazis zu gelangen. Vielmehr wurde als Konzept ausgegeben, daß kleine umherschweifende Gruppen versuchen sollten die Nazis vom marschieren abzuhalten – nur, es waren noch viel zu wenig Leute, die diesem Konzept folgten.

Am Samstag vormittag trafen die Leute aus dem gesamten Bundesgebiet im »Connie Eisland«, einem bekannten alternativen Jugendtreff in Leipzig-Connewitz, ein. Trotz des richtigen und wichtigen Vermerkes auf allen Demo-Hinweiszetteln, daß Alkohol völlig daneben und fehl am Platz ist, stürmten die Anwesenden in Massen in den Supermarkt, um Bier zu kaufen bzw. hatten die Ankommenden bereits die dicken Six-Packs unterm Arm. Außerdem kam bereits im Vorfeld eine sehr revolutionäre und kämpferische Stimmung dadurch auf, daß in größerer Anzahl meterlange Knüppel und Baseball-Schläger geschwungen wurden oder zu sehen waren. Wenn sich an diesen Zuständen nicht bald etwas ändert, werden wir wohl noch längere Zeit nicht aus den Hüften kommen und der Entwicklung weiter hinterherlaufen. Genug gemeckert - zum Glück

gab und gibts ja auch noch andere Leute. Zum Vormittag wäre noch zu bemerken, daß gegen 10.00 Uhr der Dimitroffplatz (an dem das Gebäude des ehemaligen NS-Reichsgerichts steht), Ort der für 17.00 Uhr angesetzten Fascho-Kundgebung, weiträumig abgesperrt wurde, weil ein Sprengsatz entdeckt worden war und von Spezialkräften entschärft wurde.

Nun zur Demo:

Gegen 13.30 Uhr formierten sich unter dem »Schutz« der allgegenwärtigen Polizei (sie bestand aus verschiedenen Sondereinsatzkommandos (SEK), Bundesgrenzschutz (BGS), bayrischem Unterstützungskommando (USK) und Polizeieinheiten aus Dresden, Cottbus und Leipzig) etwa 2000 linke DemonstrantInnen am Connewitzer Kreuz. Die friedliche Demo lief im losen BGS-Kessel, die USK-Einheit lief hinterher. Während der Demo kam es zu keinen weiteren nennenswerten Vorkommnissen. Das änderte sich augenblicklich, als die Demo an ihrem Endpunkt, dem Bayrischen Platz, angekommen war. Das USK machte sich sofort daran, bayrische Zustände herzustellen um die Demo schnellstmöglich aufzulösen und nach Connewitz zurückzutreiben. Dazu wurde erstmal eine »Zusam- menrottung« von Leuten, die auf Grund ihres Hungers käuflich Schmalzschrippen erwerben wollten, aufgelöst. Die 56-jährige Verkäuferin wurde für ihre Tat mit einer kräftigen Tracht Prügel belohnt (wahrscheinlich ist es nach dem neuen – oder bayrischen? – ASOG-Gesetz auch verboten, auf angemeldeten Demos Schrippen zu verkaufen!). Als die verprügelten und vom BGS noch nicht eingesammelten Leute es auch noch wagten, wieder aufzustehen (sofern sie noch konnten) und eventuell auch noch einen Stein zu werfen, war das Maß voll und es begann eine Prügelorgie gegen alle, die nicht so schnell laufen konnten, wie das USK. Dabei wurden auch sofort Wasserwerfer eingesetzt. Nach 20 Minuten war die recht einseitige Straßenschlacht vorbei, die Linken waren bis auf wenige Ausnahmen wieder in Connewitz und das Stadtzentrum somit bereit für die »Anti-Drogen-Demo«. Es wurden 67 Leute festgenommen, gegen 15 Personen ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Eine nicht bekannte Anzahl Antifas wurde verletzt. Zu bemerken wäre noch, daß selbst ein Abgeordneter der DSU (ehem. Schwesterpartei der CSU), Michael Baumann, der Polizei die Schuld für die Eskalation am Platz der Abschlußkundgebung zuwies.

Außer dem Aufmarsch konnten die Nazis ihre angekündigte Offensive gegen die Linken in Leipzig nicht durchführen. Die Leipziger Antifas haben für diese Mobilisierung alles in ihren Kräften Stehende unternommen und sich gut vorbereitet. Als eine Nazi-Gruppe ein besetztes Haus angegriffen hatte, wurde diese zurückgeschlagen und aus der Kneipe, von der aus sie den Angriff gestartet hatten, vertrieben. Auch das Zentrum der Leipziger Neofaschisten wurde angegriffen.

Am darauffolgenden Wochenende rächten sich 30 Neonazis aus Leipzig: Gegen 3 Uhr morgens drangen sie in ein besetztes Haus ein, setzten die Durchfahrt und die dort stehenden Autos in Brand. Das alte Haus fing sofort Feuer und ein Teil der Bewohner flüchtete bei Schneefall über die Dachgiebel. Einige zurück- gebliebene BewohnerInnen konnten gerade noch rechtzeitig von der Feuerwehr gerettet werden – Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt. Die Leipziger Polizei weigerte sich, eine Strafanzeige der BesetzerInnen aufzunehmen und kontrollierte stattdessen deren Personalien. Die Observation linker Zusammenhänge ist für sie wichtiger als die Aufklärung faschistischer Brandanschläge. Die Gruppe um den Leipziger Nazi und Hooligan RICARDO STURM führte diesen Angriff aus und füllte sich die Brandflaschen kurz vorher direkt vom Zapfhahn ab. Der größte Teil der Angreifer war im Alter zwischen 14 und 19 Jahren. Seit dem Wochenende vom 21.März bewachen die LeipzigerInnen ihr Zentrum Connie Island, damit dieses nicht ebenfalls abgebrannt wird ■

Leipzig, am 21.3.1992: Die Polizei bei der Erfüllung ihrer »Pflichten«



Mainz:

Erfolgreiche antifaschistische Aktion

Am 7. März 1992 war Mainz Schauplatz einer erfolgreichen Antifa-Aktion, die von der Antifa Mainz/Wiesbaden vorbereitet worden war. Die Neonazis der GdNF hatten vor, eine Kundgebung mit Aufmarsch zu veranstalten. Aufgerufen wurde von drei Unterabteilungen der GdNF, DEUTSCHES HESSEN, NATIONALEr LISTE und der DEUTSCHEn ALTERNATIVE (DA). In Mainz versammelten sich die Reisekader der GdNF unter Leitung von CHRISTIAN WORCH, die dem regionalen »Organisator der DA« MICHAEL PETRI beim Aufbau von Strukturen unter die Arme greifen wollten. Das Motto des Aufmarschversuchs war: »Multikultur – Nein Danke.«

Der erste Erfolg der antifaschistischen Mobilisierung zeigte sich schon im Vorfeld. DIE GRÜNEN klagten erfolgreich für ein Verbot der Nazi-Kundgebung, das u.a. mit der, durch die antifaschistische Gegenaktion entstehenden, Gefährdung der öffent- lichen Sicherheit begründet wurde.

Die AntifaschistInnen beschlossen ihre Gegenaktion nicht anzumelden und in ihr Konzept, den Aufmarschort der Neonazi zu besetzen, noch mehr Menschen einzubeziehen. Die Vorbereitungsgruppe sah es als wichtig an, vielen Menschen eine Beteiligung zu ermöglichen, um u.a. der Diffamierung des antifaschistischen Kampfes, als Rivalität zwischen radikalen Jugendgruppen, entgegenzutreten. So entstand der Plan einer Platzbesetzung, eine Stunde vor dem Aufmarschzeitpunkt der Faschisten, um schon von vorneherein durch Masse zu beeindrucken.

Bericht von der Aktion

Pünktlich um 13 Uhr fanden sich AntifaschistInnen aus Mainz und anderen Städten auf dem Theaterplatz ein, wogegen die ebenfalls anwesende Polizei nicht einschritt. Die am Rande auftauchenden und fotografierenden Nazis wurden vertrieben. Bei guter Stimmung befanden sich insgesamt 500 Menschen während der ganzen Zeit auf dem Platz. Die Leute verhielten sich sehr diszipliniert und auch der Alkoholkonsum wurde nach Aufforderungen fast völlig eingestellt.

Während die Redebeiträge und Grußadressen verlesen wurden, kam es zu einigen Reibereien mit Nazis, die daraufhin im Einverständnis aller einen nachdrücklichen Platzverweis (»eine aufs Maul«) erhielten. Auch der seit Jahren aktive Nazi CURT MÜLLER aus Mainz, der seine Gärtnerei seit den 70er Jahren für faschistische Treffen und Feiern zur Verfügung stellt, wurde mitsamt seiner beiden Leibwächter nicht verschont. Da die angereisten Faschisten offensichtliche Koordinierungsprobleme hatten, schafften sie es auch nicht sich in der erwarteten Anzahl zu sammeln.

So konnte dann die Antifa-Demo in Ketten, mit viel Musik, Parolen und Redebeiträgen, durch die Mainzer Innenstadt ziehen. Ihr Ziel war eine Gruppe von 100 Nazis, die sich am Rhein aufhielten. Dort angekommen war aber nur noch ein abfahrender Ausflugsdampfer zu sehen, der die Faschos in Sicherheit brachte. Nachdem dafür gesorgt wurde, daß sich auch die zurückgelassenen Nazis verzogen, zog die Demo wieder zu ihrem Ausgangsort zurück, um ein wenig zu feiern und Musik zu machen. Gegen 16 Uhr 30 wurden die auswärtigen Antifas zum Bahnhof begleitet und verabschiedet. ■

Einige der in Mainz angereisten Faschisten sind schon lange keine Unerkannten:

Als Organisator der GdNF-Gruppe DEUTSCHES HESSEN (DH) tritt STEFAN CUMIC aus Wiesbaden in Erscheinung. Weitere Anwesende waren CURT MÜLLER aus Mainz-Gonsenheim und seine Ehefrau URSULA, die Vorsitzende der HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE GEFANGENEN UND DEREN ANGEHÖRIGE (HNG). Wie überall fehlten auch diesmal nicht der Langener HEINZ REISZ und der auch in Leipzig anwesende BEREICHSLEITER WEST der GdNF PETER HÜBNER.

Seit längerem tagt das DH in Mainz: Am 22.9.1991 wurde eine Dampferfahrt veranstaltet, wo neben den GdNF- Gruppierungen auch der Europa-Parlamentsabgeordnete HARALD NEUBAUER, jetzt im Vorstand, der sich demokratischen DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT, zu den Anwesenden gesprochen hatte. Die hessischen GdNF-Nazis unterhalten auch enge Kontakte zu den REPUBLIKANERn, so z.B. zum Kreisvorstand Mainz, dessen Mitglieder ebenfalls an der erwähnten Dampferfahrt teilnahmen. Im November 1991 war auf einer Versammlung des DH der Pressesprecher des REP-Landesverbandes anwesend und der stellvertretende Landesvorsitzende BERND THRUN. (Quelle für die Informationen des letzten Absatzes ist die hervorragende Fernsehreportage: Helden für Deutschland?)

Kurzmeldungen und Berichte



aus der Fascho-Szene

Lohbrügge

Prozeß gegen Fascho-Skins

Am 30.4.92 begann die Verhandlung gegen drei Lohbrügger Skins, die zusammen mit anderen am 20.7.91 vor dem Disko-Schiff "Kogge" in Hamburg-Bergedorf drei Türken brutal angegriffen haben. Der bereits am Boden liegende, bewußtlose Ercan wurde weiter mit Stiefeltritten gegen Kopf und Körper bearbeitet und zum Schluß aus nächster Nähe mit Signalmunition beschossen. Er erlitt schwere Schädelverletzungen und schwebte mehrere Tage in Lebensgefahr.

Kurz darauf wurden ANDREAS VON PEIN, FRANK ZÜRZ, MARKUS HELMS, CHRISTIAN HAUPT und CHRISTIAN OBREMBALSKA festgenommen. Die letzten drei werden der Tat verdächtigt und sind angeklagt wegen versuchtem Totschlag. Die 5 Festgenommenen gehören zum harten Kern der rechten Szene von Lohbrügge. Bei dieser handelt es sich um einen gefestigten Zusammenhang, der z.B. über Andreas von Pein sehr gute Kontakte zur Hamburger NL von Christian Worch unterhält. Die NL wiederum ist fester Bestandteil der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front"(GdNF), deren Ziel die Wiederzulassung der NSDAP ist. Markus Helms hat sich für den Prozeß als Verteidiger JÜRGEN RIEGER genommen. Das NF-Mitglied Rieger verteidigt hauptsächlich NS-Verbrecher und andere bedeutende Rechte. Er ist eine der zentralen Figuren der deutschen und europäischen Faschisten. Daß er sich mit diesem Prozeß beschäftigt, kennzeichnet die Bedeutung der Verhandlung für die Naziszene und zeigt, daß die rechtsradikale Lohbrügger Szene nicht die unbedeutendste ist. Der Prozeß begann am 30.4.92 und soll etwa 15-20 Verhandlungstage umfassen. Während des Prozesses soll es Veranstaltungen und Blätter zur Diskussion sowie Informationen geben.

Die Infos sind einem Flugblatt der Antifa Hamburg entnommen. Kontakt: Antifa Hamburg, c/o Schwarzmarkt, Paulinenstr. 15, 2000 Hamburg 36

Niedersachsen

Studentenbund Schlesien will »Anti-Antifa«

Der Studentenbund Schlesien, geführt von Studienleiter Hans-Michael Fiedler, einem langjährigen NPD-Funktionär, hat Ende März 92 ausgewählte »Gäste« zu einer Arbeitstagung »Aktuelle Fragen der Gegenwart« in Südniedersachsen eingeladen. Eines der Themen sollten die Autonomen Antifaschisten sein, mit dem Ziel: *»Beobachtungen, Erkenntnisse, Möglich- keiten von Abwehr, Gedanken zur systematischen Bekämpfung, vor allem durch Gewinnung von Erkenntnissen, Herstellung von Öffentlichkeitsarbeit, bessere Vernetzung des Selbstschutzes (sic!), Übermittlung von Straftätern an Polizei und Justiz.«*

Es sei ein *»kurzer Bericht (ca. 5 Min.) über Autonome, persönliche Erfahrungen und Beobachtungen, örtliche und regionale Schwer- und Treffpunkte, Vernetzungen im linken und Antifa-Lager etc.«* zu verfassen. Ein Arbeitskreis 2 »Information und Öffentlichkeit« des Studentenbundes fragt die Leser der Einladung nach ihrer Bereitschaft an einem »Projekt Anti-Antifa« mitzuwirken. Na, im Abkupfern waren die Faschisten schon immer sehr groß...

(aus: Antifaschistische Nachrichten 7/92)

Bonn

Erste Anklagen wegen Anschlagswelle

In Bonn hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen zwei 17- und 18jährige Schüler sowie gegen einen 20jährigen Auszubildenden erhoben. Sie werden beschuldigt, am 21.9.91 an einem Flüchlingsheim in Bonn und am 3.11.91 an einem Flüchtlingsheim in Bad Honnef Feuer gelegt zu haben. Es laufen darüberhinaus Anklagen wegen Körperverletzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gegen die drei. In Duisburg wurde das Verfahren gegen die drei Hünxe-Attentäter eröffnet. Anklagepunkte sind u.a. versuchter Mord und menschengefährdende Brandstiftung. Das Urteil gegen einen 24jährigen, der in der Nacht zum 26.9.91 in Essen ein Flüchtlingsheim mit einem Molotow-Cocktail in Brand setzen wollte, lautete 18 Monate ohne Bewährung. Vor der Jugendstrafkammer des Landgerichts Kleve müssen sich sechs Nazi-Skins im Alter von 17 bis 26 Jahren verantworten. Ihnen wird der Anschlag auf ein Aussiedler(innen)heim in Kamp-Lintfort vom 5.10.91 zur Last gelegt. Bei Hausdurchsuchungen wurde u.a. NS-Material gefunden. (Blick nach Rechts Nr.2 u.3/92)

Dortmund

Dortmund: Borchardt erneut inhaftiert

Am 2.12.91 trat »SS-Siggi« Borchardt erneut eine Haftstrafe, diesmal von 10 Monaten, an. Er ist wegen Körperverletzung verurteilt worden. Borchardt hatte einer Linken ein FAP-Plakat aufs Gesicht gekleistert. Ei-

nen Tag vor seinem Strafantritt wurde Borchardt in einem anderen Verfahren wegen »Leitung einer unangemeldeten Demonstration« zu drei Monaten ohne Bewährung verurteilt. Es ging dabei um die »Trauerdemo« für den Dortmunder FAP'ler Manfred Schmacke, der im November '89 nach einer Schlägerei mit Linken an einem Herzversagen gestorben war. Bei dieser Demo kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Nazis und der Polizei.

Essen

Bewährungsstrafe für Anschlag auf Flüchtlingsunterkunft

Wegen eines Anschlags auf eine Flüchtlingsunterkunft in Essen-Steele am 9.3.90, bei dem eine Frau ins Krankenhaus mußte und eine Wohnung demoliert wurde, wurden fünf Personen zu Jugendstrafen zwischen sechs Monaten und einem Jahr auf Bewährung verurteilt.

Koblenz

Skinhead wegen Totschlags angeklagt

Am 10.2.92 wurde der Prozeß gegen Alexander Tieze (20) wegen Totschlags eröffnet. Tieze hatte am 28.12.90 in Hachenburg bei Koblenz den Kurden Nihad Yosufoglu erstochen. Schon über Wochen hinweg war die Familie bedroht und sind einzelne Familienmitglieder verprügelt worden. Die Familie Yosufoglu hat Hachenburg danach verlassen: Freunde der Familie berichten, daß ihnen ein Umzug in eine andere Stadt nahe gelegt worden sei.

Der Prozeß wurde so unpolitisch wie möglich gehalten. Obwohl Tieze Mitglied der »Taunusfront« war (er selbst bezeichnete sich nach seiner Verhaftung als Rädelsführer), er an Fascho-Aufmärschen teilgenommen hatte und gute Kontakte zu Skins aus dem Saarland pflegte, sahen es Richter und Staatsanwaltschaft nicht als erwiesen an, daß Tieze »zum Zeitpunkt des Messerstichs rassistische Motiver verinnerlicht« hätte.

Der Angeklagte gab während des Prozesses an, aus der Skinheadszene ausgestiegen zu sein und nur wegen des erwarteten Besuchs aus dem Saarland noch einmal die Kluft angezogen zu haben. Er wurde zu sechs Jahren Haft verurteilt.

Münster:

Revision von FAPler verworfen

Am 21.6.91 wurde das Münsteraner FAP-Mitglied Erhard Kemper vom Landgericht Münster wegen Beleidigung des jüdischen Volkes zu 3 Monaten auf Bewährung und 1500 DM Geldstrafe verurteilt. Kempers Revision gegen dieses Urteil wurde am 6.12.91 abgelehnt. Stattdessen wurden gegen den Nazi 4 weitere Verfahren mit dem gleichen Anklagepunkt eingeleitet, weil dieser wiederholt die Vergasung der Juden/Jüdinnen in Auschwitz geleugnet hatte.

Paderborn

"ODIN-Versand" nach Kronach verlegt

Der rechtsradikale "ODIN-Versand", der u.a. Aufkleber, T-Shirts, Fahnen, Flugblätter verschickt, wird neuerdings von Jürgen Sünkel aus Kronach/Bayern geleitet. Sünkel ist Mitglied der GdNF (Gesinnungsgem. der Neuen Front) und regelmäßig Mitglied der Ordner-Truppe bei Nazi-Aufmärschen

Remscheid

Niedrige Strafen für Brandanschlag

Drei Remscheider standen am 4.3.92 vor Gericht wegen des Brandanschlags auf das Flüchtlingsheim im DGB- Haus im Herbst '91. Trotz solcher Sprüche wie »Wir wollten den Ausländern mal tüchtig einheizen« wurden alle drei zu lächerlichen Geldstrafen zwischen 4000 und 4800 DM verurteilt. (Remscheider Antifa News Nr. 16)

Solingen

Wiederaufnahme des Weise-Verfahrens gefordert

Der ehemalige SS-Unterscharführer Gottfried Weise wurde im Januar 1988 vor dem Landgericht Wuppertal wegen mehrfachen Mordes zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt. Er war in dem Verfahren von mehreren Zeugen als »Wilhelm Tell« von Auswitz identifiziert worden, der sich durch besondere Grausamkeit hervorgetan hatte. Nachdem das Urteil rechtskräftig wurde, flüchtete Weise zunächst in die Schweiz, wurde dort allerdings aufgespürt und sitzt seit 1989 in der Pflegeabteilung der JVA Bochum ein. Sein Sohn Burghard Weise fordert nun in Flugblättern die Wiederaufnahme des Verfahrens, da Weise angeblich unschuldig sei. Diese Flugblätter wurden seit Anfang '92 u.a. über den Verteiler Wolfgang Juchem und bei Treffen von Rechtsextremisten aus unterschiedlichen Gruppierungen verteilt. Bereits 1989 hatte Burghard Weise die Erstellung der Broschüre »Der Fall Weise« veranlaßt, die im »Türmer- Verlag« aus Berg am See erschienen ist und in der ebenfalls die These von der Unschuld G. Weises aufgestellt wird.

Obersdorf

FAP-Parteitag

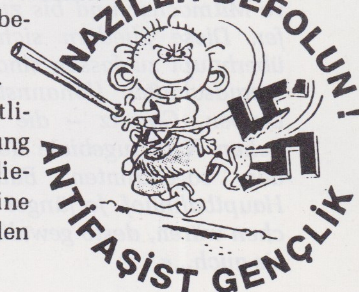
Nachdem es letztes Jahr in Berlin nicht geklappt hatte still und heimlich den Parteitag durchzuziehen, traf sich der stumpfe Rollflügel der Nazi-Bewegung dieses Jahr in Obersdorf, 50 km "stlich von Berlin. Es wurde eine neue Satzung und das Parteiprogramm »Unser Weg ins neue Jahrtausend« verabschiedet. Friedhelm BUSSE und Siegfried BORCHARD ließen sich als Chefs ihres Vereins bestätigen. Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die geplante Teilnahme der Partei an den Berliner Kommunalwahlen im Bezirk Prenzlauer Berg. Die hierfür erforderliche Wahlzulassung erhielt die FAP im April vom Landeswahlausschuß Berlin, der den Beschluß des Bezirkswahlausschusses auf Nichtzulassung damit aufhob.

Berlin-Weißensee

Jüdischer Friedhof verwüstet

Am Osterwochenende verwüsteten unbekannte Täter den Friedhof der Gemeinde Adass Jisroel im Ostteil der Stadt. Mindestens 55 Grabstellen wurden zerstört und beschädigt.

Trotz dieser beträchtlichen Zerstörung fanden sich dieses Mal keine Parolen auf den Grabstätten.



Berlin-Tempelhof

Versuchter Anschlag auf türkischen Friedhof

In der Nacht zum 20.April stellte Unbekannte eine Plastiktüte in den Eiongang des türkischen Friedhofes. Ein Stadtstreicher sah die Tüte und nahm sie hoch, um zu sehen was drin ist, dabei explodierte der Inhalt der Tüte. Aufgrund mehrerer Anschläge auf diesen Friedhof in den vergangenen Jahren, schützt nun ein massiver Stahlzaun die Grabstätten.Rechte

Werningerode

Skins randalierten

In Werningerrode/Ostharz fand am Osterwochenende ein Nazi-Skin Konzert statt. Der Saal bot keinen Platz für die ganzen rechten Glatzen, die angereist waren. So zogen sie während des ganzen Abends durch die Stadt und terrorisierten unterschiedslos sämtliche PassantInnen, die nicht zu ihnen gehörten. Besonders abgesehen hatten sie es auf das autonome Jugendzentrum der Stadt. Stundenlang griffen sie es an und es war nur dem Polizeischutz zu verdanken, daß das Zentrum nicht gestürmt worden ist.

Dresden

Polizei gegen »Führer-Geburtstags-Demo«

74 Personen nahm die Dresdner Polizei am 20.4.1992 vorläufig fest, als sie versucht hatten, unangemeldet durch die sächsische Landeshauptstadt zu demonstrieren.

In Dresden gäbe es, nach Informationen eines vom ÖKUMENISCHEN INFORMATIONSZENTRUM veranstalteten Seminars, *»30 bis 35 Jugendliche mit deutlich rechter Auffassung, 250 aktive Mitmacher und bis zu 800 Mitläufer. Diese gliedern sich, soweit sie überhaupt zu fassen sind, in drei Kameradschaften (Johannstadt, Prohlis-Leuben, Gorbitz – die drei wesentlichen Neubaugebiete der Stadt) und den sogenannten Babysturm am Hauptbahnhof. Je jünger die Jugendlichen wären, desto gewaltbereiter seien sie auch...«*

Demonstration der türkischen Rechten am 4.4.92 in Mainz

In mehreren deutschen Städten demonstrierten am ersten Aprilwochenende türkische Nationalisten und Fundamentalisten für den Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk. In Stuttgart und Hamburg kam es dabei zu Straáenschlachten zwischen TürkInnen und KurdInnen. Nur eine Woche später demonstrierten 10.000 türkische Anhänger nationalistischer und faschistischer Organisationen (u.a. die »Grauen Wölfe«) durch die Bonner Innenstadt. Aufgerufen hatte zu der Bonner Demonstration ein "Komitee für deutsch-türkische Freundschaft". Der folgende Bericht zu den Aktionen der türkischen Rechten erreichte uns aus Mainz.

Am Samstag, 4.4. haben in Mainz 5.000 Personen für die Fortsetzung der Massaker-Politik der türkischen Regierung und gegen die PKK demonstriert. Organisiert wurde die Demo in Mainz – laut Auskunft eines Ordners – vom türkischen Konsulat.

Auffallend war die Präsenz zahlreicher islamischer Vereine. Die Gläubigen waren zum Teil im Vorfeld von reaktionären Imanen agitiert und zum Kauf von Busfahrkarten für die Demo aufgerufen worden. Die gerufenen Parolen waren in der Plattheit ihrer Hetze kaum zu überbieten:

»PKK-Mörder«, »PKK-Drogenhändler«, und »PKK-Terroristen« war zu hören.

Am Rand der Demo wurden Flugblätter an die Passanten verteilt, in denen unter dem Titel »Liebe Deutsche Freunde !« Lügen über die PKK verbreitet wurden. So wird behauptet, die PKK finanziere sich hauptsächlich durch Drogenhandel, erpresse mit "Mafia-Methoden" Schutzgelder von türkischen Geschäftsleuten in der BRD und würde von den deutschen Sicherheitsbehörden gedeckt.

Die Bombardierungen der türkischen Luftwaffe gegen kurdische Dörfer werden schlichtweg geleugnet und als Presselügen bezeichnet, die Massaker als notwendig im Kampf gegen »Terroristen« gerechtfertigt.

Am Rande der Demo wurde deutschen Passanten - geschickt argumentiert - das Recht abgesprochen, das Vorgehen des türkischen Staates gegen die kurdische Zivilbevölkerung zu kritisieren, da hier lebende TürkInnen ja auch Menschen 2.Klasse seien und man doch erst einmal vor der eigenen Tür kehren müsse.

Der reaktionäre Charakter der Demo wurde noch dadurch unterstrichen, daß sie, bis auf einige Frauen an der Spitze ein reiner Männer-Aufmarsch war.

Am Schluss des Zuges zog die Demonstration noch zum türkischen Konsulat, dem die Solidarität ausgesprochen werden sollte. ■

Die nationalistische Türkische Demonstration in Bonn



Neues von der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front

Die GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF) arbeitet weiter nach alt bewährtem Muster. Neue Parteien werden aus der Taufe gehoben, wie die DEUTSCH NATIONALE PARTEI vom (ehemaligen?) NPD-Landesvorsitzenden Thüringens, THOMAS DIENEL, Aufmärsche wurden in Leipzig und Dresden durchgeführt und in Mainz aufgrund antifaschistischer Gegenwehr abgebrochen (siehe diese und letzte Infoausgabe). Über Neuigkeiten aus diesem Spektrum neofaschistischer Organisierung informieren wir euch auf den nächsten Seiten.

1992 soll Wunsiedel wieder Schauplatz eines Nazi-Aufmarsches werden. Zum »Rudolf Hess-Gedenkmarsch« in Wunsiedel mobilisiert ein Flugblatt, daß von THOMAS FINK aus dem bayrischen Günzburg unterzeichnet worden ist. Es geht in dem Aufruftext davon aus, daß die Behörden, wie schon im letzten Jahr, versuchen werden, den Aufmarsch zu verbieten und kündigt an, daß *»wir alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um wieder in Wunsiedel [...] eine würdige und machtvolle Kundgebung durchführen zu können«.*

Fink wirkte in den letzten Jahren im Sauerland und gibt zur Koordination des Neonazi-Aufmarsches seine neuen Telefonnummern in Bayern (0 66 29/68 94, 061 61/172 56 30), sowie eine Postlagerkarte in Günzburg an. Fink war 1989 noch Vorsitzender der BISMARCK-JUGEND des OTTO ERNST REMER, tritt aber seit einiger Zeit verstärkt dort auf, wo auch CHRISTIAN WORCH von der NATIONALEN LISTE und die GdNF zu finden sind.

SAUERLÄNDER AKTIONSFRONT gegründet

Den folgenden Artikel haben wir, leicht gekürzt und überarbeitet, aus der antifaschisischen Zeitung »Der Rechte Rand« übernommen.

Den Aufbau »nationaler Kameradschaften« betreibt seit September letzten Jahres eine SAUERLÄNDER AKTIONSFRONT im hessischen Landkreis Waldeck-Frankenberg und im benachbarten Hochsauerlandkreis (NRW). In Handzetteln (vor Schulen und Diskotheken verteilt) werden *»alle Skinheads, Hooligans und sonstige Deutsche, die ihre nationale Einstellung nicht nur für sich behalten..., sondern aktiv nach außen vertreten«* wollen, zu tätiger Unterstützung aufgefordert.

Für ihre Aktion greift die Aktionsfront auf Flugblätter eines FREUNDESKREISES FREIHEIT FÜR DEUTSCHLAND zurück, deren Inhalte auf die hochentwickelten Wahnvorstellungen ihrer Autoren bzw. Verteiler schließen lassen: Geplant sei ein *»Völkermord am deutschen Volk«* mittels *»systematisch betriebener Überfremdung durch fremdrassige Invasoren«*; Juden werden als *»Krummnasenbohrer«* diffamiert, deren Ziel eine *»Welt ohne Deutschland und die Deutschen«* sei.

Das Flugblattsortiment in Sachen *»Vergangenheitsbewältigung, Holocaust und Überfremdung«* bietet der, auch vom Verfassungsschutz in Baden-Württemberg als rechtsextrem eingestufte Freundeskreis allen an, die vor dem Problem stehen, *»deutsche Landsleute politisch kurz und sachlich überzeugen zu müssen«*. Darüberhinaus werden auch Flugblätter des SCHUTZBUND DES DEUTSCHEN VOLKES aus Frankfurt mit einer eigenen Kontaktanschrift verbreitet.

Überzeugungswillige sammelt der (ehemalige) Bromskirchener THOMAS FINK, der den Aufbau der Kameradschaften koordiniert und anleitet, in einer für dieses revisionistische, politische Spektrum noch ungewöhnlichen Weise: Am 31.8.91 rief die Aktionsfront zu einem »Skinkonzert« in Meschede auf. Die Veranstaltung, so die Verfassungsschutzbehörde des Landes NRW, sei von etwa 650 Personen besucht worden.

Eine Anfrage vor dem hessischen Landtag ergab ferner, daß Fink an seinen früheren Wohnorten Ulm und Günzburg in verschiedenen rechtsextremen Organisationen tätig war, u.a. in der FAP und der NPD. Unerwähnt bleibt, daß der 25-jährige seit etwa 12 Jahren *»nationalpolitische Jugendarbeit«* betreibt. In seinem Heimatort Günzburg entstand 1985 ein *»Leserkreis«* der illegal erscheinenden *»Publikation des nationalen Widerstands«*, der *»Neuen Front«*. Das ist eine in verschiedenen Städten aktive Tarnorganisation der seit 1983 verbotenen ANS/NA von Michael Kühnen. Schon im folgenden Jahr konnte das Blatt über den begonnenen *»Aufbau eines Zentrums (Eigentum!)«* in der Kleinstadt berichten. Wie ein Inserat in dem antisemitischen Hetzblatt SIEG zeigt, fungierte Fink zu diesem Zeitpunkt als Kontaktperson einer KAMERADSCHAFT GÜNZBURG, von der die Polizei am 13.August 1986 Transparente sicherstellte, die mit Parolen, wie *»Rudolf Hess – gestorben für Deutschland«*, *»Deutschland erwache«* und *»Nieder mit der Demokratie«* versehen waren.



Thomas Fink (oben links) auf dem Gründungsparteitag der »Deutschen Liga für Volk und Heimat«

Von dem, für seine Rolle bei der Niederschlagung des Putschversuches

am 20.Juli 1944, erst zum Oberst und dann zum Generalmajor beförderten OTTO ERNST REMER, wird Fink Ende 1989 mit der Führung der BISMARCK-JUGEND beauftragt. Er will die Jugendlichen anleiten *»zu den Tugenden des Kameradschafts- und Corpsgeist zurückzufinden. Wir müssen wieder Selbstdisziplin erlernen und Opferbereitschaft, allesamt Tugenden, die anknüpfen an die hohen Ideale soldatischen Kameradschaftslebens«*. Ein 22-jähriger Anonymus, der das Lernziel erreicht hat, schreibt: *»Wenn Europa das künftige Jahrtausend bestehen soll, muß es nach den Idealen der Waffen-SS gestaltet werden«*.

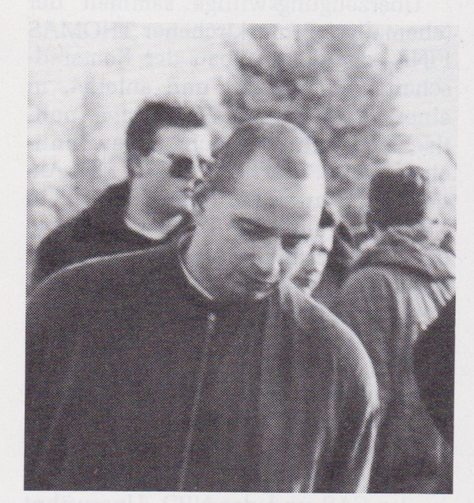
Der Artikel, aus dem das Zitat stammt, findet sich in dem Organ der 1983 von Remer gegründeten DEUTSCHEN FREIHEITSBEWEGUNG e.V. (DDF), deren Jugendorganisation die BISMARCK- JUGEND ist. Der DDF-Vorsitzende, GEORG ALBERT BOSSE aus Wolfsburg, sieht die *»weißen Völker«*, speziell aber die Deutschen, durch eine jüdische Weltverschwörung in ihrer Existenz bedroht. [...] Dieser Weltsicht folgend, wird die millionenfache Ermordung europäischer Juden unter Hitler von DDF-Mitgliedern geleugnet und als *»Geschichts- und Propagandalüge«*, die auch juristisch unnachsichtig verfolgt werden solle, dargestellt. [...]

Als ein Versuch Strukturen zu schaffen, die derartige Zielvorstellungen einmal verwirklichen sollen, muß der Aufbau der SAUERLÄNDER AKTIONSFRONT gewertet werden. Ihre Gründung scheint Teil von Finks Plan zu sein, *»überall in unserem von Fremdarmeen besetzten Restdeutschland Kameradschafen mit national gesinnten Mädchen und Jungen zu gründen«*. Im Kreis Waldeck-Frankenberg wird er dabei unterstützt von GISELA ROBEL-PITZNER, einer ehemaligen NPD-Funktionärin, die für derartige Solidaritätsdienste bekannt ist. Sie schenkte 1985 der NPD ihr Ferienhaus im norditalienischen Iseo, daß diese seither als Parteischulungszentrum nutzt. Ihr gehört auch das von Fink und seiner Frau Luise, geborene Wallner, bewohnte Haus in Bromskirchen, über das die NPD bis Anfang 1991 kostenlos verfügen konnte.

Politisch aktive Kameradschaften entstanden inzwischen in Korbach, Frankenberg und Meschede. Das politische Engagement dieser Gruppen beschränkt sich nicht nur auf Flugblattaktionen und Kameradschaftsabende, für die Fink und sein Gefolgsmann THOMAS KUBIAK, aus Hallenberg, noch ein Kameradschaftsheim suchen, es kennt augenscheinlich auch handgreifliche Aktionen.

Diese Erfahrung mußte ein junger Mann machen, der angegriffen und zusammengeschlagen wurde. Am 12.12.1991 schreibt dazu die Frankfurter Allgemeine: *»Drei oder vier Männer seien über das Opfer hergefallen. Die Kripo schließt nicht aus, daß es sich bei den Tätern um Rechtsradikale handelt. Gegenüber den Beamten hatte der Überfallene erklärt, daß er während eines Discoabends in Bromskirchen Flugblätter mit rechtsradikalem Inhalt verbrannt hätte. Zwei Tage später sei er daraufhin telefonisch aufgefordert worden, sich »aus Aktionen herauszuhalten.« Der Anrufer, so die Kripo weiter, habe sich mit BISMARCK-JUGEND gemeldet«*. ■

Der Deutsche Kameradschaftsbund - Vereinigte Rechte



Thorsten Schoenrock vom Deutschen Kameradschaftsbund am Grab von Michael Kühnen



Thorsten de Vries (ebenfalls Mitglied im Deutschen Kameradschaftsbund) auf der gleichen Veranstaltung

Am 23.Mai 1992 will der »DEUTSCHE KAMERADSCHAFTSBUND – VEREINIGTE RECHTE« (DKB) in Wilhelmshaven eine Kundgebung mit anschließender Versammlung und Liederabend mit dem Nazi-Barden FRANK RENNIKE durchführen. Eingeladen sind THOMAS WULFF und CHRISTIAN WORCH von der GdNF, bzw. der NATIONALEN LISTE aus Hamburg, die neben dem Veranstalter THORSTEN DE VRIES aus Wilhelmshaven weisungsbefugt sind.

Die dem DKB vorstehenden Nazis sind Teil der GdNF und das Vorstandsmitglied THORSTEN SCHOENROCK trat beim Landesparteitag der DEUTSCHEN ALTERNATIVE (DA) im November 1991 in Hoyerswerda als DA-Landesvorsitzender Niedersachsen auf. Der dritte im Bunde des DKB ist Michael Kunzmann aus Delmenhorst, der schon oft auf Zusammenkünften der GdNF-Kader aufgefallen war. Schon am 4.Januar 1992 wollte der DKB eine Saalkundgebung durchführen, die jedoch erfolgreich von Antifas verhindert worden war, indem sie das Versammlungslokal blockierten.

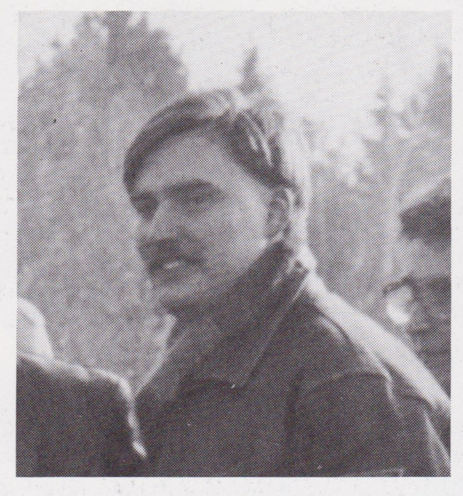
Treffpunkt für den 23.Mai, 10 Uhr, ist der Parkplatz vor dem Betriebswerk der AEG-Olympia-Werke (Roffhausener Hof). ■

Die DEUTSCH NATIONALE PARTEI

Auf der Gründungsversammlung der DEUTSCH NATIONALEn PARTEI im sächsischen Wechselburg stellte sich sein Vorsitzender der (Ex?) NPD-Landesvorsitzende Thüringens, THOMAS DIENEL, vor laufender Kamera wirksam in Pose. Vor den etwa 40 anwesenden Neonazis mit Hakenkreuzarmbinden und Fahnen äußerte seinen Wunsch den Antifaschisten Simon Wiesenthal in die *»Öfen von Buchenwald«* zu stecken.

Die Einladung für die Neonazi-Versammlung wurde vom NPD-Kreisvorstand Rochlitz-Geithain ausgesprochen, der das Lokal »Brückenschänke« angemietet hatte. Als deutliches Anzeichen, daß es sich bei der DNP um eine weitere Neugründung im Geflecht der GdNF handelt, kann die Anwesenheit der GdNF-Führungskader HEINZ REISZ (Vors. DEUTSCHES HESSEN) aus Langen, ARNULF WINFRIED PRIEM (WOTANS VOLK) aus Berlin und ROMAN DANNEBERG (DA-Landesvors. Sachsen) aus Hoyerswerda gewertet werden. Darüberhinaus soll der langjährige GdNF-Kader WILHELM KÖBERICH aus Meißner, als Generalsekretär der neuen Partei, für die Integration der DNP ins faschistische Netzwerk der KÜHNEN-Nachfolger sorgen. Als Stellvertreter Dienels wurde FRANK BONKOWSKI und als Schatzmeister HEIKO TAUBENECK gewählt.

Im Programm der DNP finden sich geschichtsreviosionistische Phrasen,



Der Landesvorsitzende der DA-Sachsen, Roman Dannenberg aus Hoyerswerda auf der Kühnen-Beerdigung

nach denen es keinen Holocaust an den Juden, Roma und Sintis gegeben habe, ein Bekenntnis zur *»deutschen Rasse«*, was immer auch das sein mag, und rassistische Hetze gegen Flüchtlinge.

Aktiv werden will die DNP vor allem in den neuen Bundesländern und Berlin. Sie ruft zu *»einem verstärkten Kampf gegen Ausländer und Kommunisten«* auf. Im Programm ist dazu der Aufbau eines *»Sicherheitsamtes«* angekündigt worden, dessen Aufgabe es sei politische Gegener zu bespitzeln, und die *»führenden Köpfe«* auszuschalten: *»Abgeordneten der PDS und Grünen in den Parlamenten gilt der besondere Kampf«*.

Es wird auf den Flugblättern mit der Abbildung eines Fahrtenmesser und einer Stielhandgranate zum *»Widerstand«* gegen den *»Feind in unserem Land«* aufgerufen. In den mit *»Heil Deutschland«* unterzeichneten Flugblättern werden *»schwarzafrikanische Asylbetrüger«* für die *»Verseuchung des deutschen Volkes mit Aids«* verantwortlich gemacht. Wie auch schon SAUERLÄNDER AKTIONSFRONT verteilt die DNP Hetzschriften des FREUNDESKREIS FÜR DEUTSCHLAND mit ihrer Kontaktadresse. Nachdem Dienel diese Parteigründung an dem Osterwochenende von seinem Wohnort Weimar aus Angst vor antifaschistischen Gegenaktionen nach Sachsen verlegt hatte, kündigte er für den 20.Juni einen bundesweiten Aufmarsch *»mit 2500 Teilnehmern«* in Weimar an.

Am 4.April hielten Dienel und etwa 1000 Neonazis eine Kundgebung in Dresden ab. Das Motto war *»Wir kriegen euch alle«*. Anlaß war der Freispruch der Todesschützen des Dresdner Neonazi RAINER SONNTAG. Die Stadt Dresden folgte nicht der Forderung von 20 Dresdner AntifaschistInnen, die versuchten mit einer Besetzung des Bürgermeisterbüros das Verbot des Aufmarsches durchzusetzen. ■

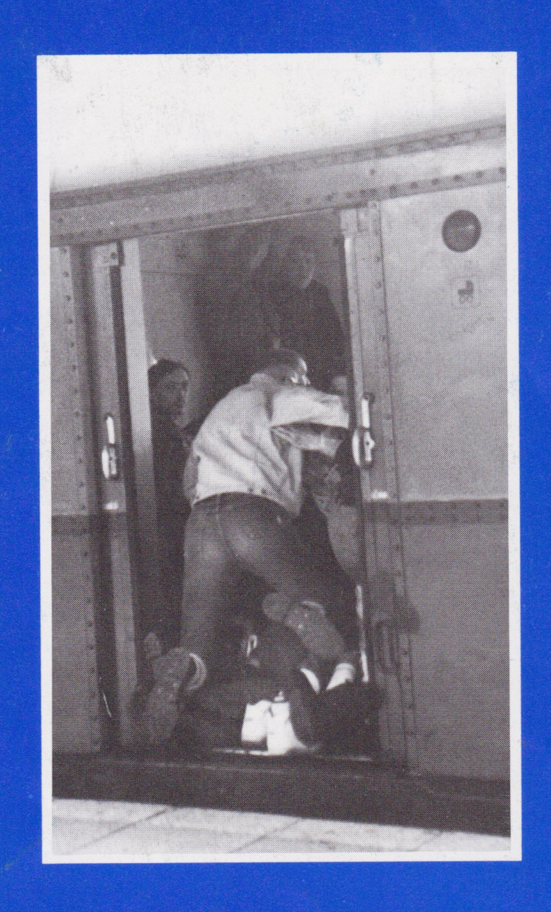
Der NATIONALE BLOCK

Als bayernweite Partei der GdNF hat sich der NATIONALE BLOCK formiert, der 1990 im bayerischen Landau gegründet wurde und als Auffangbecken für ehemalige DA-Mitglieder fungiert. Vorsitzender ist »GdNF-Bereichsleiter-Süd« FRED EICHNER aus München, der im Juli bei Dingolfing in Bayern die Vereidigung von Kühnens SA durchführte. Mit von der Partie sind auch die fränkischen GdNF-Kader um den Neonazi GÜNTER KURSAWE aus Lichtenfels bei Kronach. Neben Flugblättern die zum Umweltschutz aufrufen führte der NATIONALE BLOCK im Februar 1992 einen kleinen Aufmarsch zur Freilassung der inhaftierten GdNF-Gallionsfigur GOTTFRIED KÜSSEL durch. ■

Alle Fotos auf den Seiten 33 bis 35 von C.N. Bilder
Kontakt über Antifa-Info: L. Meyer Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61



Das »dicke Ende«
des 1. Mai-Aufmarschs
der FAP



Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren